



MONATLICHER PRESSESPIEGEL

NOVEMBER 2020

Inhalt:

- Staat und Politik
- Wirtschaft
- Finanzen
- Transport und Logistik
- Wissenschaft, Bildung und Kultur
- Tourismus und Gastronomie
- Verschiedenes

Folgen Sie uns auf [Twitter](#) und [Facebook](#)

Botschaft von Luxemburg
Presseabteilung
Klingelhöferstraße 7
D-10785 Berlin

Tel. +49 30 263 957 0
Fax +49 30 263 957 27

berlin.amb@mae.etat.lu
berlin.mae.lu





GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

STAAT UND POLITIK

Strengere Corona-Maßnahmen ab heute

PARLEMENTSDEBATTE

Ausgangssperre verlängert, Gaststätten geschlossen

Robert Schneider

Luxemburg ist inzwischen eines der Länder der EU mit den proportional höchsten Covid-Infektionszahlen, in den Spitälern werden nicht dringende Eingriffe abgesagt, die Intensivstationen sind zur Hälfte durch Corona-Patienten belegt. Mit verschärften Maßnahmen und einem entsprechenden Gesetz will die Regierung gegensteuern. Während einer intensiv geführten Debatte wurde das entsprechende Projekt gestern bei Gegenstimmen der gesamten Opposition angenommen.

Obwohl der Präsident der Gesundheitskommission und Berichterstatter des Gesetzes, Mars Di Bartolomeo, sich alle Mühe der Welt gab, um das Parlament zum Zusammenrücken gegen die Krise zu motivieren, verweigerten die Oppositionsabgeordneten die Zustimmung zu dem Text, der, so die Hauptvorwürfe, inkohärent sei, Widersprüche beinhalte und zu spät komme.

Di Bartolomeo bezeichnete den Text als nächste Etappe im Kampf gegen einen mörderischen Gegner, der notwendig geworden sei, nachdem die vor einem Monat getroffenen Maßnahmen nicht ausreichten, um die Infektionszahlen zu drücken. Das Gesetz sei keine Patentlösung, man habe aber keinen zweiten kompletten Lockdown gewollt, wie dies im Frühjahr der Fall war.

Teil-Lockdown
bis zum 15. Dezember

Der Berichterstatter ging weiter auf die Maßnahmen ein, die zusätzlich zu den bereits beschlossenen vorerst bis zum 15. Dezember gelten werden. So bleibt die Ausgangssperre von 23 bis 6 Uhr bestehen,

Restaurants und Cafés müssen schließen, andere Geschäfte bleiben geöffnet, die Kunden müssen Maske tragen und Abstand halten. Versammlungen von mehr als hundert Menschen sind verboten, bei mehr als vier gilt Maskenpflicht. Weiter werden überdachte Sporteinrichtungen und Schwimmbäder geschlossen (außer für Elitesportler), Handwerkskurse (Nähen, Töpferei usw.) dürfen nicht mehr als vier Teilnehmer haben, Vereinsversammlungen werden strengeren Regeln unterworfen.

Eine Regel, die während der Debatten noch Diskussionen auslösen sollte, ist jene, dass die Zahl der Gäste, die von einem Haushalt empfangen werden dürfen, auf zwei Menschen, die zudem ihrerseits aus dem gleichen Haushalt kommen müssen, beschränkt wird. Eltern mit Kind dürfen also nicht zu den Großeltern, diese dürfen aber zu ersterem Haushalt, was eine der später kritisierten Inkohärenzen war. Auch einige Vertreter von Mehrheitsparteien regten an, den Besuch eines Haushaltes bei einem anderen zu erlauben, die Zwei-Personen-Regel also beiseitezulassen.

„Gesetz ist ein Seiltanz
und nicht perfekt“

Einschränkungen wird es auch beim Sport, der Justiz und der Kultur geben. Theater werden geschlossen, Kultstätten (Kirchen, Moscheen usw.) bleiben hingegen zugänglich, was auch als Widerspruch im Text kritisiert wurde. Schulkantinen werden offen bleiben, Betriebskantinen müssen schließen: auch dies ein umstrittener Punkt.

Das Gesetz, so schloss Di Bartolomeo, sei ein Seiltanz zwischen sanitärem Nutzen und wirtschaftlichen Kollateralschäden. Es sei

nicht perfekt, erlaube aber eventuell eine gewisse Normalität zu Weihnachten erreichen zu können; dies in Erwartung des Impfstoffes. Claude Wiseler bündelte in einer engagierten Stellungnahme die zahlreichen Kritikpunkte, die bereits während der letzten Wochen und Monate von der CSV vorgebracht wurden. Das Gesetz komme zu spät: Trotz extrem hoher Infektionszahlen sei „abgewartet und zugehört“ worden. Die Partei vermisse Evaluierungen der bisherigen Maßnahmen, hätte einen genau definierten Stufenplan zur Einsetzung verschiedener Maßnahmen vorgezogen. Der Redner verwies weiter auf eine ganze Reihe von technischen und Definitionsfragen und kritisierte teils widersprüchliche Aussagen von Regierungsmitgliedern.

An den vergangenen Wochenenden seien die Fußgängerzonen im Land „schwarz von Menschen“ gewesen, die CSV verlangt eine allgemeine Maskenpflicht etwa für die hauptstädtische Oberstadt.

Schließlich fragte er nach Perspektiven für nach dem 15. Dezember und nach Kriterien zur Aufhebung der Maßnahmen. Die CSV reichte ein knappes Dutzend Mötionen ein und stimmte gegen das Gesetz.

Für Gilles Baum, Fraktions-sprecher der DP, sind die drei kommenden Wochen des Verzichts eine Notwendigkeit, ein Wellenbrecher, der das Gesundheitssystem und das Personal entlasten soll. Es sei jetzt nicht die Zeit, nach den Einzelnen zu schauen, sondern nach der Allgemeinheit. Es gebe allerdings keine Alternative zu offenen Schulen, so der Politiker weiter.

Andere Länder hätten vergleichsweise strengere Regeln, so der Fraktionssprecher der LSAP, Georges Engel, der einen entsprechenden Vergleich anstellte. Das effizienteste Mittel gegen das

Virus sei ein kompletter Lock-down, den habe die Regierung aber ob der schweren Konsequenzen zu Recht nicht gewollt. Es sei besser, einen Teil des Lebens weiterführen zu können, das Virus bekämpfen zu können und dafür einige Inkohärenzen in Kauf zu nehmen.

„Besuche müssen
Ausnahme sein“

Es müsse klar sein, dass während der nächsten Zeit der Besuch bei anderen Menschen die Ausnahme werden müsse und es nicht darum gehe, möglichst weitgehende Besuchsrechte zu verteidigen. Auf die Kritik an der Schließung von Betriebskantinen eingehend, gab Engel zu bedenken, dass zahlreiche Unternehmen gar keine Kantine haben und die Mitarbeiter – entgegen dem, was manche Oppositionspolitiker unterstellen würden – auch so überleben könnten.

Nicht unkritisch mit dem Gesetzentwurf beschäftigte sich die Grünen-Sprecherin Josée Lorsché, die ankündigte, sie werde im Vergleich zu manchen ihrer Vorredner leiser sprechen, um nicht unnötig Aerosole zu verbreiten. Um der Überlastung des Gesundheitssystems entgegenzuwirken, versuche die Regierung, die vorgeschlagenen Maßnahmen auf die verschiedenen Bereiche ausgeglichen zu verteilen, um so auch die Kollateralschäden gerecht zu verteilen. Es stimme, dass die Maßnahmen nicht immer kohärent seien; sollten sie verlängert werden müssen, so könne sicher noch an diversen Schrauben entsprechend gedreht werden.

Gegen die Ausgangssperre und alle Eingriffe in die Freiheit der Bürger sei die ADR, so Jeff Engelen, der stattdessen gezielte Maßnahmen zum Schutz der Älteren und der Verletzbaren forderte.

Theater zu, Kirchen auf ...

Für Marc Baum („déi Lénk“) haben die bisherigen Maßnahmen ihr Ziel nicht erreicht, sie seien, wie die

Ausgangssperre, disproportioniert und der wissenschaftliche Hintergrund fehle. Im Gegensatz zu den Theatern, für die es keine Studien gebe, dass dort eine höhere Infektionsgefahr herrsche, gebe es sehr wohl solche, die dies in Kirchen belegten. Erstere würden geschlossen, Zweitgenannte bleiben geöffnet – eine weitere Inkohärenz laut Baum.

Auch Marc Goergen (Piraten) bemängelte dies. Es handele sich hierbei um Aktionismus. Er bedauerte, dass die Gaststätten, die viel Geld in Schutzmaßnahmen investiert haben, wieder schließen müssen.

Im Anschluss an die Debatten bedankte sich Staatsminister Xavier Bettel für alle Beiträge und räumte ein, niemand habe ein Patentrezept gegen das Virus. Erziehungsminister Claude Meisch ging kurz auf das bestehende Stufenmodell gegen das Virus in den Schulen ein, das die Orientierung bei den Maßnahmen erlaube. Es gebe auch in Schulen keine absolute Sicherheit gegen das Virus; u.a. deshalb würden so viele Tests dort durchgeführt.

Schließlich ging Gesundheitsministerin Paulette Lenert auf die Infektionslage ein, die laut Weltgesundheitsorganisation zurzeit in Europa sehr kritisch sei. Der normale Höhepunkt von Grippeviren sei der Monat Januar – der uns noch bevorstehe. Die Maßnahmen seien notwendig – auch wenn sie Einzelne stark treffen würden – um eine Besserung der Lage herbeizuführen. Luxemburg habe seinen Weg in der Pandemie gesucht und dieser sei nicht einfach gewesen. Die Infektion sei gedeckelt worden, die Lage sei nicht katastrophal. Sie zeigte sich überzeugt davon, dass die Infektionswelle auch diesmal nicht aus dem Ruder laufe.

Lenert rief die Menschen zur Vorsicht, auch innerhalb der Familie, auf.

Das Gesetz wurde mit den Stimmen der Mehrheit angenommen.

Grünes Licht für rote Karte

Mit den Stimmen der Mehrheitsabgeordneten votiert die Chamber für schärfere Corona-Restriktionen

Von Marc Hoscheid

„Ich würde heute lieber über etwas anderes als die nächste Etappe im Kampf gegen dieses hinterhältige Virus berichten“, so Mars Di Bartolomeo (LSAP) zu Beginn seiner Ausführungen während der gestrigen Chamberdebatte. Der Präsident der parlamentarischen Gesundheitskommission fungierte als Berichterstatter für das Gesetzesprojekt 7694, welches weitere Verschärfungen im Kampf gegen die Verbreitung des Corona-Virus vorsieht.

Die bereits geltenden Maßnahmen hätten die Ausbreitung des Virus zwar ausgebremst, dies aber nicht stark genug. Auch wenn er durchaus verstehe, dass einige der neuen Maßnahmen kritisch gesehen werden, setzten diese doch an den richtigen Stellen an. Die meisten Kontroversen habe es in der Kommission rund um die Frage gegeben, wie viele Besucher man zuhause empfangen darf, wobei sich die strengere Position durchgesetzt habe. Di Bartolomeo verteidigte zudem die Entscheidung, die Gotteshäuser offen zu lassen während mehrere Kultureinrichtungen geschlossen werden mit dem Verweis auf die Religionsfreiheit. „Das Gesetz ist nicht perfekt, es handelt sich um einen Seiltanz.“ Die schmerzhaften Einschnitte würden aber gleichzeitig Perspektiven mit Blick auf das Weihnachtsfest liefern.

Zögerliches Handeln bemängelt

Claude Wiseler (CSV) kritisierte, dass es rund einen Monat gedauert hat, bis neue Maßnahmen beschlossen wurden, andere EU-Staaten hätten wesentlich schneller reagiert. „Wenn man die Zahl der Infizierten sieht, weiß man, dass diese sich eine Woche später auf die Situation in den Krankenhäusern auswirken.“ Es gehe nicht nur um die Neuinfektionen und die Krankenhausbetten, sondern auch um die Zahl der Toten, von denen er selbst mehrere gekannt habe.

Wiseler hinterfragte auch die Kommunikation der Regierung. Mehrere Mitglieder der Krisenzelle hätten sich in Interviews bereits seit Längerem für härtere Restriktionen ausgesprochen. Er bezweifelte zudem, dass der Pro-

zentsatz der positiv auf Corona Getesteten tatsächlich bei lediglich fünf bis sechs Prozent liege. Wenn man das Large Scale Testing herausrechne, liege dieser nämlich bei 12,69 Prozent.

„Wir sind mit allen Restriktionen einverstanden, wenn bewiesen ist, dass sie die Verbreitung des Virus ausbremsen“, unterstrich Wiseler. Vor diesem Hintergrund beschwerte er sich darüber, dass lange behauptet worden sei, in Gastronomiebetrieben gebe es keine erhöhte Ansteckungsgefahr, wobei eine kürzlich vorgelegte Studie aus dem Juli das Gegenteil beweise. Auch die Beschränkungen im Privatbereich seien nicht nachvollziehbar. „Die Leute verstehen nicht, dass zwei Großeltern zu ihren drei Enkeln gehen dürfen, aber umgekehrt die drei Enkel nicht zu ihren Großeltern, zwei und drei ergibt immer fünf.“ Ohne Verständnis verliere man die Akzeptanz der Bevölkerung.

Die Christsozialen fordern außerdem eine Maskenpflicht in Fußgängerzonen, weil der jetzige Text zu schwammig formuliert sei, damit die Polizei bei großen Menschenansammlungen eingreifen kann. Eine Impfung gegen das Corona-Virus solle kostenlos sein.

„Im Moment geht es nicht um den Einzelnen, sondern um uns alle“, so DP-Fraktionspräsident Gilles Baum. Es müsse verhindert werden, dass die Angestellten im Gesundheitsbereich in den kommenden Wochen mit Arbeit überflutet werden. Er habe aber auch Verständnis für den Frust vieler Menschen angesichts der neuen Einschränkungen.

„Ein kompletter Lockdown würde vielen Betrieben das Genick brechen und unserer Wirtschaft schwer schaden“, so rechtfertigte Baum den Verzicht auf ein komplettes Herunterfahren der Gesellschaft. Auch die negativen Konsequenzen auf die Psyche des Einzelnen müssten berücksichtigt werden.

Für den Chef der LSAP-Fraktion, Georges Engel, zeigt die Stabilisierung der Infektionszahlen, dass die bisher getroffenen Maßnahmen, wie die Ausgangssperre, gegriffen hätten. Es sei richtig gewesen so lange wie möglich mit

neuen Restriktionen zu warten. Er räumte aber auch Inkohärenzen beim neuen Text ein. Der Opposition warf er vor, keine konkreten Alternativen vorzulegen und lieferte sich mehrere verbale Scharmützel mit deren Vertretern. „Ich rede etwas leiser als einige Herren, dann fliegen weniger Aerosole durch die Luft“, meinte anschließend Josée Lorsché, Fraktionschefin von Déi Gréng. Sie hinterfragte kritisch, warum dem Elitesport mehr Rechte eingeräumt würden als beispielsweise dem gesundheitserhaltenden Seniorensport.

Ausgangssperre in der Kritik

„Die ADR ist weiterhin gegen eine Ausgangssperre und andere Eingriffe in die Privatsphäre“, so Jeff Engelen. Die hohe Zahl an Vorschriften führe zu einer immer größeren Verwirrung bei den Bürgern aber auch bei den Ordnungskräften. Marc Baum (Déi Lénk) bemängelte, dass die vorgelegten Regelungen nicht auf wissenschaftlichen Erkenntnissen fußten, inkohärent seien und zu Kollateralschäden führten. Als Beispiel führte er an, dass Schulkantinen geöffnet bleiben, jene in Krankenhäusern aber nicht.

Für Marc Goergen (Piraten) droht die Gefahr, dass die Gesellschaft sich zunehmend in eine Richtung entwickelt, in der der Mensch vor allem funktionieren muss und Freizeitaktivitäten nebensächlich werden. Mit Blick auf die Schule plädierte er für eine Verlängerung der Weihnachtsferien, damit die Schüler, die sich über die Feiertage im Privatbereich infiziert haben, das Virus nicht weiter verbreiten.

Bildungsminister Claude Meisch (DP) verteidigte das eingeführte Stufenmodell. Er unterstrich zudem, dass man nicht behauptete, es gebe in den Schulen keine Ansteckungsgefahr, was die vielen Tests und die rezenten Anpassungen belegten. Gesundheitsministerin Paulette Lenert (LSAP) warnt ihrerseits, dass der Anfang des kommenden Jahres wegen der vorgelagerten Feiertage besonders kritisch werden könnte.

Das Gesetz wurde schließlich mit 31 Ja- bei 29 Nein-Stimmen angenommen.

● *Das Gesetz ist nicht perfekt, es handelt sich um einen Seiltanz.*

Mars Di Bartolomeo, LSAP

- *Die Leute*
- *verstehen nicht,
dass zwei
Großeltern zu
ihren drei Enkeln
gehen dürfen, aber
umgekehrt die drei
Enkel nicht zu
ihren Großeltern.*

Claude Wiseler, CSV

Was sich ändert und was nicht

Heute treten wegen der stabil hohen Zahl an Neuinfektionen mit dem Corona-Virus neue Restriktionen in Kraft, die bis einschließlich dem 15. Dezember gelten. So sind Cafés und Restaurants ab dem heutigen Tag geschlossen. Wie Premier Xavier Bettel (DP) am Montag erklärte, handele es sich bei den Gastronomiebetrieben zwar nicht um Infektions-Hotspots und die Betreiber hätten die geltenden Hygienemaßnahmen auch gut eingehalten, allerdings wolle man die Zahl der sozialen Kontakte ohne Maske, zu denen es beim Essen und Trinken zwangsläufig komme, reduzieren. Es besteht aber die Möglichkeit einen Lieferdienst respektive einen Take-away einzurichten. Hotels bleiben geöffnet.

Komplett geschlossen bleiben das Kasino, Indoorspielplätze und Themenparks. Auch Ausstellungen und Messen sind verboten. Im Kulturbe-

reich schließen Kinos, Konzertsäle und Theater ihre Türen. Bibliotheken, Gotteshäuser, Kunstzentren, Museen und das Nationalarchiv bleiben hingegen geöffnet.

Im Sportbereich müssen Fitnessstudios schließen. Laut Bettel führe der Umstand, dass man dort während den Übungen keine Maske trägt und gleichzeitig tiefer ein- und ausatmet zu einer erhöhten Ansteckungsgefahr. Auch Sporthallen und Schwimmbäder sind während der kommenden drei Wochen für die breite Öffentlichkeit nicht mehr zugänglich. Schulsport soll aber möglich bleiben, die Mitglieder des Elitekaders des nationalen olympischen Komitees (COSL) haben zudem weiterhin Zugang zur Coque in Kirchberg. Auch die Nationalmannschaften und Personen, die im Besitz eines ärztlichen Attests sind, das ihnen eine sportliche Aktivität ans Herz

legt, stellen eine Ausnahme dar. Sportliche Aktivitäten im Freien sind auf bis zu vier Personen begrenzt.

In den Lyzeen werden zwischen dem 30. November und den Weihnachtsferien in der Oberstufe (von 4e bis 2e) wieder A- und B-Klassen eingeführt. Die Abschlussklassen sind hingegen von dieser Maßnahme ausgenommen. Schulausflüge werden ausgesetzt.

Die Zahl der Besucher, die man bei sich zuhause empfangen darf, wird von vier auf zwei gesenkt, diese müssen zudem aus einem Haushalt stammen. Bei Versammlungen zwischen vier und zehn Personen müssen die Maskenpflicht und der Mindestabstand von zwei Metern respektiert werden. Ansammlungen von mehr als zehn Personen sind verboten. Die Ausgangssperre zwischen 23 und 6 Uhr bleibt in Kraft. Generell ist es die Aufforderung der Regierung, die sozialen Kontakte auf ein striktes Minimum zu reduzieren. *MaH*

Gezogene Handbremse

Ab Donnerstag gelten schärfere Corona-Beschränkungen

Von Marc Hoscheid

Wie erwartet haben Premierminister Xavier Bettel (DP) und Gesundheitsministerin Paulette Lenert (LSAP) gestern strengere Maßnahmen im Kampf gegen das Corona-Virus angekündigt. Dies vor allem angesichts der Infektionszahlen, die sich in den vergangenen Tagen zwar stabilisiert hätten, allerdings auf einem zu hohen Niveau. Die Beschränkungen sollen am Donnerstag in Kraft treten und gelten erst einmal bis zum 15. Dezember. Diese hatte die Regierung bereits vor einer Woche präsentiert, wobei das zwangsweise Schließen von Cafés und Restaurants heraussticht.

„Wir ziehen jetzt die Handbremse, damit wir später nicht in einen Lockdown müssen, der dann länger als drei Wochen dauert“, so Bettel. Die Lage sei zwar derzeit stabil, aber man wolle sich zusätzliche Luft geben. „Wir können es uns als Luxemburg nicht erlauben, dass mittelfristig keine Intensivbetten mehr zur Verfügung stehen.“ Derzeit befinden sich 242 mit Covid-19 infizierte Personen in Krankenhäusern in Behandlung, davon 47 auf der Intensivstation. Laut Lenert fällt zudem auf, dass mehr Patienten beatmet werden müssen, als dies noch vor einigen Wochen der Fall war.

Restaurants keine Hotspots

Die Gesundheitsministerin erin-

nerte daran, dass die Strategie der Regierung darauf fuße, die Infizierten ausfindig zu machen und zu isolieren, sowie ihre Kontakte zurückzuvorführen. Da derzeit rund fünf Prozent der Bevölkerung corona-positiv sei, bestehe jedoch die Gefahr, dass sich Cluster bildeten und das Tracing nicht mehr klappen würde, schon jetzt könne in der Hälfte der Fälle nicht mehr nachverfolgt werden, wo sich die Personen angesteckt haben. Sie unterstrich jedoch auch, dass die Altersstruktur der Infizierten stabil sei. Etwa 15 Prozent seien älter als 65 Jahre.

Trotzdem richtete sie einen eindringlichen Appell an die Menschen: „Habt keinen Besuch, wenn nicht nötig!“ Die Freiheit, die man jetzt noch behalte, habe ihren Preis. Dass Luxemburg bisher vergleichsweise gut durch die Krise gekommen ist, führt Lenert unter anderem auf die von 23 bis 6 Uhr geltende Ausgangssperre und die durchgängig beibehaltene Maskenpflicht zurück.

Bettel war es besonders wichtig zu unterstreichen, dass es sich bei Cafés und Restaurants nicht um Infektionshotspots handele. Die Betreiber hätten sich gut an die geltenden Vorschriften gehalten, aber es sei normal, dass es zu Interaktionen komme, wenn bis zu vier Personen an einem Tisch sitzen, um zusammen zu essen und zu trinken. „Wir können nicht von

den Restaurants verlangen, den Abstand von zwei Metern einzuhalten, dann brauchen sie Tische von acht oder zehn Metern Länge.“

Neben den Betrieben aus dem Horesca-Bereich sind auch Kultureinrichtungen und Fitnessstudios betroffen. In Letzteren bestehe eine erhöhte Ansteckungsgefahr, da man teils keine Maske trage und heftiger atme. Auch Sporthallen und Schwimmbäder machen zu. Es bleibt aber weiterhin möglich, dass bis zu vier Personen gemeinsam im Freien sportlichen Aktivitäten nachgehen. Außerdem dürfen Eiltesportler weiterhin trainieren.

Auch der Schulsport soll möglich bleiben. In den höheren Klassen im Lyzeum wird zudem ein System mit alternierendem Präsenzunterricht eingeführt. Die Kantinen bleiben zwar geöffnet, aber der Mindestabstand von zwei Metern muss eingehalten werden. Schulausflüge werden ausgesetzt. Den Glaubensgemeinschaften bleibt es unter Einhaltung der Hygienemaßnahmen erlaubt, religiöse Zeremonien abzuhalten.

Chamber stimmt am Mittwoch ab

Die Entscheidung, dass die Zahl der Personen, die man bei sich zu Hause empfangen darf, ab Donnerstag von derzeit vier auf zwei reduziert wird, verteidigte Bettel. „Sobald man sich aus der familiären Blase hinaus begibt, besteht ein

Risiko“. Man habe die Zahl aber auch nicht auf null setzen wollen, weil viele Personen alleine lebten und ein Minimum an sozialen Kontakt benötigten. Vor allem Paulette Lenert war deutlich anzumerken, dass ihr die Nachfragen nach dem, was denn nun ab Donnerstag genau bei den Besuchen im privaten Bereich erlaubt bleibt, auf die Nerven gehen. „Es geht darum die sozialen Kontakte auf ein Minimum zu reduzieren und nicht den Rahmen, den wir jetzt setzen, bis zum Letzten auszubreiten.“

Mit Blick auf eine Impfstrategie wollten sich die Minister nicht zu weit aus dem Fenster lehnen. Hier hänge viel davon ab, wann der Impfstoff und andere Materialien geliefert werden. Bettel verwies zudem auf ein noch ausstehendes Gutachten des Ethikrats.

Bevor die neuen Regeln in Kraft treten können, muss das Parlament noch zustimmen. Dies soll am Mittwoch passieren. Ob nach dem 15. Dezember wieder Lockerungen vorgenommen werden, hänge von mehreren Faktoren ab, darunter der Reproduktionswert und die Zahl der freien Krankenhausbetten. Wie diese dann aussehen könnten, darüber wollten Bettel und Lenert nicht spekulieren.

● **Habt keinen Besuch, wenn nicht nötig!**

Gesundheitsministerin Paulette Lenert

Drei harte Wochen

Restriktionen im Kampf gegen das Corona-Virus werden bis zum 15. Dezember verschärft

Luxemburg. Auch wenn der eine oder andere noch auf ein kleines Wunder gehofft hatte, so war die Ankündigung der Regierung, dass ab Donnerstag strengere Corona-Regeln gelten, zu erwarten. Die Zahl der Neuinfektionen ist rezent zwar leicht zurückgegangen, bewegt sich aber mit täglich mehr als 500 auf einem hohen Niveau. Wenn das Parlament morgen seine Zustimmung gibt, bleiben Kultur- und Sport-

einrichtungen sowie Cafés und Restaurants ab Donnerstag bis mindestens zum 15. Dezember geschlossen. Die neuen Maßnahmen der Regierung treffen vor allem den Horesca-Sektor hart. Die Betriebe betrachten sich als „Kollateralschaden“ in der Pandemie-Bekämpfung. Viele stehen mit dem Rücken zur Wand. Ihr einziger Strohhalm sind die neuen Hilfgelder der Regierung. Die Gastronomen fordern, dass diese schnell ausgezahlt werden. *MaH/mab*

In Erwartung der Dinge

Regierungsrat beschließt weitere Sozial- und Wirtschaftsmaßnahmen

Von Annette Welsch

Bis Montag lässt sich die Regierung Zeit. Dann zieht sie ihre definitive Schlussfolgerung aus der Covid-Entwicklung. Premier Xavier Bettel (DP) und Gesundheitsministerin Paulette Lenert (LSAP) werden der Präsidentenkonferenz des Parlaments morgens einen Vorschlag unterbreiten, wie weiter mit den am vergangenen Dienstag auf den Instanzenweg geschickten, verschärften Covid-Maßnahmen vorgegangen werden soll. „Das Parlament ist der Souverän und entscheidet über seine Agenda, wir können nur empfehlen“, betonte Premierminister Xavier Bettel (DP), als er gestern nach dem Regierungsrat vor die Presse trat.

Das Gutachten des Staatsrats könnte Anfang nächster Woche vorliegen, meinte er. „Wenn der Staatsrat bis Montag fertig ist und die Gesundheitskommission ihren Bericht noch verabschiedet, wäre Dienstag ein idealer Tag für die Abstimmung. Dann könnte das Gesetz am Mittwoch in Kraft treten.“ Und danach sieht es ganz aus.

„Wir bewegen uns weiter auf einem hohen Niveau. Die Zahlen von heute weisen 519 Neuinfektionen aus bei 11 782 Testen, also eine Positivitätsrate von 4,41 Prozent. Das ist eine Absenkung, über die wir uns freuen, dennoch bleiben die Zahlen über Dauer geschaut stabil auf einem hohen Niveau, ohne dramatisch zu steigen.“ Dabei bräuchte man ein dauerhaftes Absinken, um Luft zu bekommen und das Gesundheitssystem entlasten zu können.

Mindestlohn steigt um 2,8 Prozent

Von 100 Intensivbetten seien 41 mit Covid-Patienten belegt. Aber: „Auch andere Patienten brauchen Intensivbetreuung, wir können nicht alle Plätze für Covid-Patienten reservieren.“ Jede notwendige Intervention werde durchgeführt, sagte Bettel, auch wenn einzelne verschoben werden müssten. Der Regierungsrat befasste sich auch

mit weiteren Sozial- und Wirtschaftshilfen. Der Mindestlohn steigt ab 1.1.2021 um 2,8 Prozent an, so wie das Gesetz es vorsieht. „Es ist uns bewusst, dass es wirtschaftlich schwer zu verkraften ist, es ist aber wichtig, diese Anpassung zu machen. Denn wir können gerade die Ärmsten nicht links liegen lassen.“ Diese weitere Belastung, gerade für Betriebe, die es schon am schwersten haben, wird aber kompensiert. Der Horesca- und Tourismusbereich, der Event-Sektor, der Handel und verschiedene Kultur-Betriebe bekommen eine nicht erstattbare Soforthilfe in Höhe von 500 Euro pro Arbeitnehmer, dessen Gehalt zwischen dem Mindestlohn und dem qualifizierten Mindestlohn liegt. „So können die Betriebe auch in diesen schweren Zeiten ihre Arbeitskräfte behalten.“

Falls nächste Woche weitere Schließungen beschlossen werden sollten, bekommen betroffene Betriebe nicht 75 Prozent, sondern 100 Prozent der Hilfen aus der Klasse sechs. Der größte Teil der Betriebskosten wird so vom Staat übernommen. Da der Handel generell leiden wird, wenn Restaurants und Cafés eventuell schließen, können auch Geschäfte, die Umsatzverluste von mehr als 25 Prozent einfahren von Direkthilfen profitieren. „Wenn weitere sanitäre Maßnahmen kommen sollten, haben wir bei den Hilfen vorgesorgt, um vorbereitet zu sein.“

Die Erhöhung des Mindestlohns bedeutet auch, dass der Revis um 2,8 Prozent steigt. „Die Kaufkraft soll erhalten bleiben. Gerade die Leute, die es am schwersten haben, sollen nicht auch noch existenzielle Sorgen bekommen.“ In diesem Sinn wurde auch bei der Kurzarbeit die Hilfe angepasst, so dass nun 100 Prozent und nicht 80 Prozent des Gehalts ausbezahlt werden. Und schließlich wird die Teuerungszulage im nächsten Jahr um zehn Prozent erhöht.

45 000 Impfdosen Mitte Dezember

Bettel berichtete dann noch vom virtuellen EU-Gipfel vom Vortag, der sich vor allem um die gegenseitige Anerkennung von Covid-Tests, aber auch den für Mitte Dezember erwarteten Impfstoff drehte. Die PCR-Tests sind EU-weit anerkannt, so dass kein weiterer Test erforderlich ist, wenn man in ein anderes EU-Land einreisen will. Anders die neuen, sehr unterschiedlichen Antigen-Schnelltests, bei denen derzeit noch an Standards gearbeitet wird.

Eine Schlüsselrolle wird die EU auch bei den Covid-Impfungen übernehmen. „Wir sind dankbar, dass die EU-Kommission die Verhandlungen übernahm“, betonte Bettel. „Wir wollen alle zusammen nur die Impfungen nehmen, die Garantien bieten.“ Denn ohne diese hätten die Leute kein Vertrauen, sich impfen zu lassen. Bettel rechnet derzeit damit, dass Mitte Dezember 45 000 Impfdosen, um gut 23 000 Personen durchimpfen zu können verfügbar sind. „Es muss priorisiert werden, wer als erstes geimpft wird. Der luxemburgische Ethikrat arbeitet momentan einen Vorschlag dafür aus.“

Es gab natürlich beim EU-Gipfel auch eine Diskussion über den Rechtsstaatsmechanismus. Bekanntlich haben Ungarn, Polen und mittlerweile auch Slowenien ihr Veto gegen das Covid-Paket der EU eingelegt, weil sie sich gegen den mühsam ausgehandelten Rechtsstaatsmechanismus wehren. „Luxemburg war, ist und bleibt wörter eines ehrgeizigen Rechtsstaatsmechanismus, der an das europäische Budget gebunden ist. Für uns ist die Rechtsstaatlichkeit ein wichtiges Fundament unserer Werte – und die sind nicht verhandelbar.“

● *Wir können die Ärmsten nicht links liegen lassen.*

Xavier Bettel

Allgemeine Zustimmung

Abschluss der außenpolitischen Debatten im Parlament

LUXEMBURG

LJ

Nachdem Außenminister Jean Asselborn am Mittwoch rund 90 Minuten gebraucht hatte, um seine nunmehr bereits 14. außenpolitische Erklärung im Parlament vorzustellen, hatten die Abgeordneten gestern Nachmittag während fünf Stunden Zeit, auf die Erklärung zu reagieren. Allgemein stießen die Prioritäten unserer Außenpolitik auf Zustimmung, Kritik gab es aber auch vonseiten der Oppositionsparteien.

So vermisste Claude Wiseler (CSV) die großen Linien der Luxemburger Außenpolitik, die oftmals nur aus Einzelaktionen des Außenministers bestehe, die eher als Privatinitiativen zu betrachten seien, wie zum

Beispiel in Bezug auf die Nahost-Politik. Auch sei die Außenpolitik von Jean Asselborn oftmals nicht mit der Außenpolitik des Premierministers und nicht mit der Politik des Wirtschafts- und des Finanzministers abgesprochen, monierte der christlich-soziale Redner.

Gusty Graas (DP) berichtete über seine Erlebnisse als Wahlbeobachter in den USA, derweil Yves Cruchten (LSAP) hierauf eine Lanze für den Multilateralismus brach. „D’Zäiten hunn sech gerännert, mir gesinn haut erëm méi Egoismus a Kompetitioun uechter d’Welt“, so der Präsident der außen- und europapolitischen Kommission.

Abkommen mit Japan

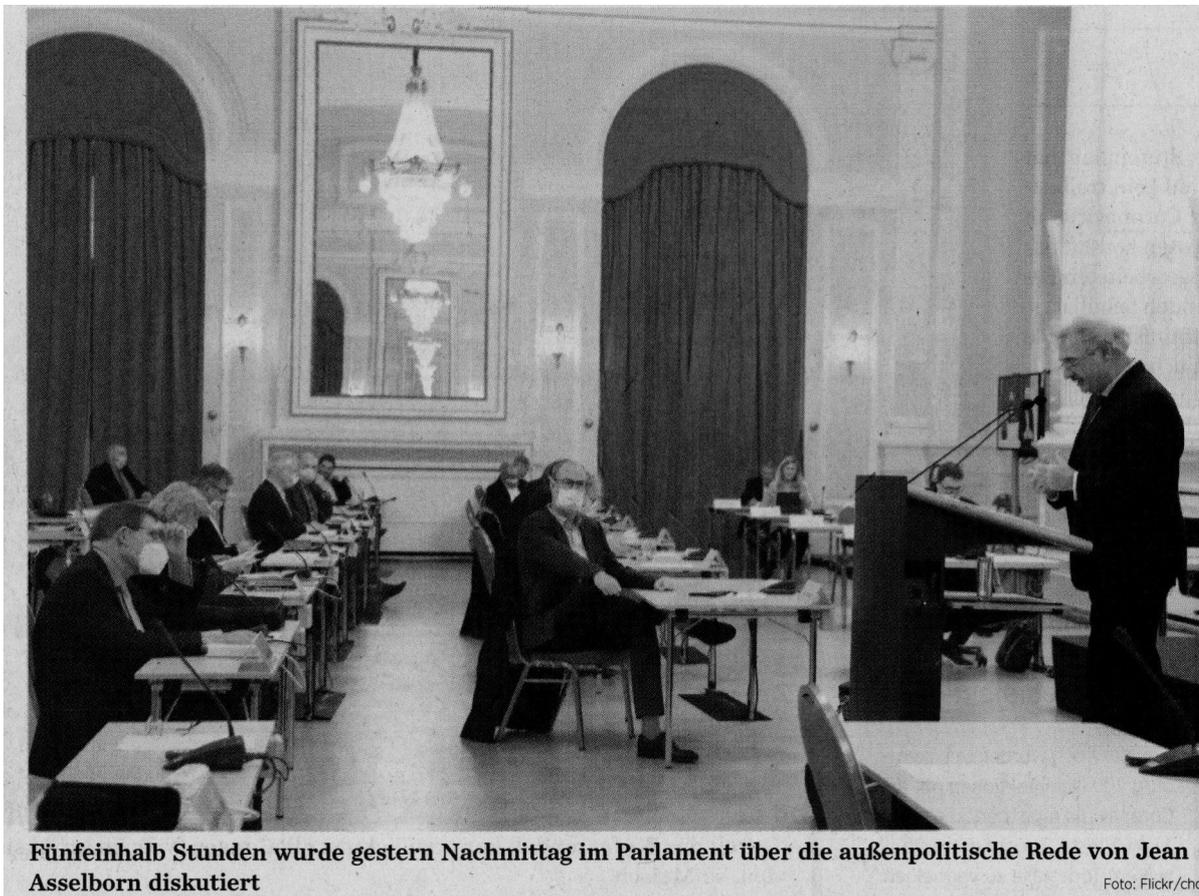
Nach Abschluss der außenpolitischen De-

batte befasste sich die Abgeordnetenkammer am Abend dann auch noch mit drei Gesetzesprojekten, mit denen internationale Abkommen in nationales Recht umgesetzt werden, darunter ein Partnerschaftsabkommen zwischen der EU und Japan in den Bereichen internationale Sicherheit, Cyberkriminalität und Justiz.

Nächste Woche stehen ab Dienstag dann drei öffentliche Sitzungen auf der Tagesordnung, darunter eine von der CSV angefragte Aktualitätsstunde über die Situation in den Alters- und Pflegeheimen während der Corona-Krise, eine Orientierungsdebatte über die großen Infrastrukturprojekte sowie der Gesetzentwurf über den immer teurer werdenden Militärsatelliten... ●

„D’Zäiten hunn sech gerännert, mir gesinn haut erëm méi Egoismus a Kompetitioun uechter d’Welt“

YVES CRUCHTEN Präsident der außenpolitischen Kommission



Fünfeinhalb Stunden wurde gestern Nachmittag im Parlament über die außenpolitische Rede von Jean Asselborn diskutiert

Foto: Flickr/chd.

Trotz Krisenmodus zielstrebig

Asselborn: Einsatz für die internationale Zusammenarbeit bekräftigt - Kooperation mit den Nachbargebieten wird verstärkt

Von Morgan Kuntzmann

Geschlossene Grenzen, Rückholaktionen, Aufrechterhaltung von Lieferketten für medizinisches Material, die Fragen der Bürger zu den Corona-Beschränkungen der einzelnen Länder beantworten: Die Corona-Krise habe direkte Auswirkungen auf die Arbeit des Ministeriums gehabt, erklärte Außenminister Jean Asselborn (LSAP) gestern bei seiner jährlichen Rede vor dem Parlament.

Besonders im Frühjahr war die Außenpolitik von einer aktiven Krisendiplomatie geprägt. „Es ging unter anderem darum, unseren Bürgern weltweit zu helfen, wieder zurück nach Luxemburg zu kommen“, so Asselborn. Der Schengen-Gedanke habe während der Krise schwer gelitten. „Wir müssen sicherstellen, dass kein bleibender Schaden entsteht für dieses Kernstück der europäischen Integration“, so der Außenminister.

Doch der Einsatz habe sich gelohnt. Auch wenn Covid-19 momentan virulenter sei als im Frühjahr. Die Tatsache, dass es derzeit keine geschlossenen Grenzen gibt und der Binnenmarkt funktioniert, „sei auch dem Einsatz Luxemburgs und seiner Partner zu verdanken“, so der Diplomatiechef.

Zusammenarbeit in der Großregion

„Die Krise hat dazu beigetragen,

das öffentliche Bewusstsein, wie stark die gegenseitige Abhängigkeit wirklich ist, auf beiden Seiten der Grenze zu schärfen“, erläuterte Asselborn vor den Abgeordneten. Besonders die Grenzschließungen hätten dies gezeigt. Die Wahrung der Bewegungsfreiheit in der Europäischen Union sei wieder eine der maßgeblichen Herausforderungen der luxemburgischen Außenpolitik, erklärte der Diplomat.

Deshalb wolle man sich auch verstärkt in der Nachbarschaftsdiplomatie einbringen. „Auf der Ebene der Großregion wird an einem gemeinsamen Pandemieplan gearbeitet, das ist die Richtung, in die wir gehen müssen“, erläuterte der Minister. „Wir müssen sicherstellen, dass diese Region weiter in einer Perspektive des 'Co-Développement' zusammen wächst“, beschrieb Asselborn die Zukunftsaussicht.

Um dies zu erreichen, ist es seiner Meinung nach wichtig, dass Luxemburg nicht nur mit den jeweiligen Nachbarländern Gespräche führt, sondern sich auch multilateral mit mehreren Staaten gleichzeitig investiert. „Ich denke dabei an das Potenzial des Gipfels der Großregion und den vielen Instanzen und Arbeitsgruppen“, so Asselborn.

Europäische Union

Die Covid-Pandemie habe einen globalen Trend beschleunigt und verstärkt, der bereits vorher vorhanden war, meinte er weiter. „Dieser Trend ist komplex und vielschichtig, aber ich würde ihn mit einem Wort zusammenfassen: Verwundbarkeit“, so der Außenminister. Die Weltordnung, die Luxemburg seit dem Zweiten Weltkrieg mitgeholfen habe aufzubauen, sei fragil. Auch auf EU-Ebene könne man Lehren aus der Pandemie ziehen, um dagegen vorzugehen.

„Wir müssen uns als EU Gedanken darüber machen, wie wir weltweit mit anderen Ländern betreffend der öffentlichen Gesundheit zu einem besseren Dialog finden“, führte Asselborn aus. Covid sei nicht das erste gefährliche Virus, das in den letzten Jahren aufgetreten sei und wohl auch nicht das letzte. „Wir müssen aber auch über Umweltschutz reden, über den Eingriff des Menschen in die Natur, über die Regulierung von Lebensmittelketten, über weltweite Frühwarnsysteme für Krankheiten“, erläuterte der Politiker die erste Erfahrung, die man aus der Krise ziehen könne.

Die zweite Lektion sei, dass das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten zusätzlich gestärkt

werden soll. „Wir brauchen allgemein mehr Geld für die Forschung im Bereich der übertragbaren Krankheiten“, forderte Asselborn. In seiner Rede hatte er bereits zuvor daran erinnert, dass auch Luxemburg Covid-Patienten aus dem Ausland aufgenommen hatte. Die Solidarität zwischen den EU-Mitgliedsstaaten sei jedoch aus der Not heraus entstanden. „Hier müssen wir nach der Krise den nötigen Rahmen schaffen, damit Mitgliedsstaaten sich in Krisensituationen effektiver unterstützen können.“ Asselborn forderte ebenfalls, den Kampf gegen die Krankheit auf EU-Ebene zu koordinieren. Covid-Tests sollten EU-weit anerkannt sein und die Maßnahmen zwischen den Ländern angepasst werden.

In Bezug auf den Austritt Großbritanniens aus der EU unterstrich der Außenminister, dass es zu großen Veränderungen kommen werde, gleichgültig, ob ein Abkommen erreicht werde oder nicht. „Das Vereinigte Königreich wird auch weiterhin ein wichtiger Partner für uns bleiben.“

Zuversichtlich zeigte sich der Außenminister in Bezug auf die transatlantischen Beziehungen. Er hofft, dass nach der Wahl von Joe Biden wieder positive Impulse aus den USA kommen, um die globalen Probleme zu lösen.

Neuausrichtung in der Außenpolitik

Luxemburg setzt auf eine verstärkte Zusammenarbeit in der Großregion

Luxemburg. „Wir müssen in unserer Außenpolitik neue Prioritäten setzen und strategisch vorgehen, da unsere Mittel nicht unbegrenzt sind“, sagte gestern Jean Asselborn bei der Erklärung zur Außenpolitik vor dem Parlament.

Das Außenministerium und die

diplomatischen Vertretungen seien wegen der Corona-Pandemie vor außerordentliche Aufgaben gestellt worden. Die Rückholaktionen von rund 1000 Einwohnern Luxemburgs und die Gewährleistung der Lieferketten von Medikamenten und medizinischer Aus-

rüstung habe den Rückgriff auf eine Krisendiplomatie notwendig gemacht. Das Virus habe bereits vorher bestehende Tendenzen verstärkt und die Weltordnung verwundbarer gemacht. Offene Grenzen und Bewegungsfreiheit in der EU seien wieder zu Herausforde-

rungen für die auswärtige Politik geworden.

Zu den neuen Akzenten der Luxemburger Außenpolitik zählt eine stärkere Ausrichtung auf die direkte Nachbarschaft. Die Großregion soll im Sinne eine partnerschaftliche Entwicklung zusammenwachsen. Auch die EU müsse ihre Lehren aus der Pandemie ziehen.

M.K.

Kein Jahr ohne neue Krisen

In 90 Minuten um die Welt: 14. außenpolitische Erklärung von Jean Asselborn

LUXEMBURG

PASCAL STEINWACHS

Es war dies gestern Nachmittag bereits die 14. außenpolitische Erklärung, die Chefdiplomat Jean Asselborn im Parlament abgab, wobei bei der diesjährigen Ausgabe nach der Flüchtlingskrise und der Brexit-Krise der vorangegangenen Jahre diesmal erwartungsgemäß die Corona-Krise sowie die Wahlen in den USA im Mittelpunkt standen.

Heute werden die Abgeordneten dann die Gelegenheit haben, auf die Asselborn'sche Erklärung zu reagieren, wobei Kritik vor allem vonseiten der AdR zu erwarten ist, hatte diese doch – natürlich erfolglos – im vergangenen Monat die Demission Asselborns gefordert, da dieser unser Land im Ausland nicht gut vertrete.

Asselborn optimistisch, was Wiederaufnahme der transatlantischen Beziehungen anbelangt

Auch hatten sich gestern Nachmittag im Vorfeld der Erklärung vor dem Cercle-Gebäude, in dem die Abgeordnetenkammer momentan wegen der Covid-19-Pandemie ihre öffentlichen Sitzungen abhält, einige Demonstranten der „Initiative Devoir de Vigilance“ eingefunden, die im Zusammenhang mit der Kandidatur Luxemburgs für den Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen für den Zeitraum 2022 bis 2024 für ein nationales Gesetz über Menschenrechte und Unternehmen eintritt.

Was nun die 46 Seiten umfassende Erklärung anbelangt, so zeigte sich der dienstälteste Außenminister der EU hier direkt eingangs seiner Rede überzeugt, dass der

Ausgang der Präsidentschaftswahlen in den Vereinigten Staaten ab Januar kommenden Jahres ermöglichen werde, dass die verschiedenen Nationen wieder zu einem kultivierten Umgang untereinander finden. „Véier Joer Desaster op all dëse Gebidder waren der véier ze vill“, so Asselborn, der sich vom neuen US-Präsidenten Joe Biden positive Impulse und eine neue Dynamik erwartet, nicht zuletzt was eine Rückkehr zum Pariser Klimaabkommen und zum Multilateralismus angeht.

Mit Joe Biden und seiner Vizepräsidentin Kamala Harris komme mit Sicherheit neue Energie in die transatlantischen Beziehungen, was aber nicht heiße, dass ab dem 20. Januar 2021 nun alles anders werde, werde der neue Präsident sich doch zuallererst auf die Beseitigung innenpolitischer Probleme konzentrieren müssen, gelte es doch die Amerikaner, die in den letzten Jahren immer weiter auseinandergedriftet seien, wieder zusammenzuführen, was nicht einfach werde. Außenpolitisch sei er aber überzeugt, so ein optimistischer Jean Asselborn, dass Europäer und Amerikaner wieder ein richtiges Vertrauensverhältnis aufbauen könnten.

Im Laufe seiner rund 90-minütigen Rede ging der Außenminister unter anderem auf die bereits erwähnte Covid-19-Pandemie ein, die Migrationspolitik, den Brexit, die Rechtsstaatlichkeit, die Klimapolitik, das Verhältnis zur Türkei, die Handels- und die Standortpolitik, den Multilateralismus, die Lage im Nahen Osten sowie die diversen anderen Krisenherde in der Welt. ●

*„Véier Joer Desaster op all
dëse Gebidder waren der véier ze vill“*

JEAN ASSELBORN Außenminister, über die Amtszeit von US-Präsident Donald Trump

COVID-19

„Die größte Krise seit dem Zweiten Weltkrieg“

Jean Asselborn gab eingangs seiner Erklärung zu bedenken, dass zu Beginn dieses Jahres noch keiner habe absehen können, dass die Menschheit 2020 durch das Coronavirus mit der größten

Krise seit dem Zweiten Weltkrieg konfrontiert werde, die unser aller Leben verändert habe. Der Außenminister erinnerte in diesem Zusammenhang insbesondere an die Krisendiplomatie, die während der ersten Welle im Frühjahr für viel Arbeit gesorgt habe, sei es doch unter anderem darum gegangen,

die Luxemburger aus dem Ausland nach Hause zu holen und genügend Schutzmaterial zu organisieren. Die Corona-Krise habe aber auch vieles, was wir bis jetzt als selbstverständlich betrachtet hätten, zum Wackeln gebracht, womit Asselborn natürlich die Quasi-Schließung der Grenzen ansprach:

„D'COVID-Kris huet d'Europäesch Unioun, iwwert Grenz- a Kompetenzfreen eraus, op eng schwéier Proouf gestallt“. So etwas dürfe sich nicht wiederholen. Auch brauche Europa in Zukunft eine bessere Koordinierung was die Gesundheitspolitik anbelangt.

Relations internationales

RECHTSSTAATLICHKEIT

„Bedenkliche Entwicklung“

Besorgt zeigte sich der Chefdiplomat über die Entwicklung der Rechtsstaatlichkeit, womit er in erster Linie die Situation in Ländern wie Polen und Ungarn meinte. So müsse man sich be-

wusst sein, dass das Fundament der europäischen Zusammenarbeit in Frage gestellt werde, wenn das Vertrauen in das Justizsystem eines anderen Mitgliedstaats in Frage gestellt werde. Aus diese, Gründe müsse auch sichergestellt werden, dass die EU-Fördergelder auch für das benutzt werden, für

das sie gedacht waren. Entsetzt zeigte sich der Außenminister zudem über die Reaktion des slowenischen Premierministers, der quasi aus heitem Himmel die Aussagen von Donald Trump unterstützt habe, dass er die Wahlen gewonnen habe, obwohl nach Millionen von Stimmen nicht aus-

gezählt waren. „Dat ass net eleng en Zeeche vu falscher Solidaritéit zum falsche Moment, mee et weist datt et an der EU Regierunge gëtt, déi d'Einmaleins vun den demokratesche Basisreegelen einfach bewosst ignoréieren“, so Jean Asselborn.

MIGRATION

„Wir brauchen ein gerechteres System“

Der Außenminister ging natürlich des Längeren auf die Migrationspolitik ein. Der Migrationsdruck habe angesichts der Corona-Pandemie zwar etwas nachgelassen, diese Entspannung sei aber wohl nur von

kurzer Dauer. „Mir brauchen dringend ee méi gerechte System, wou Länner déi Leit um Mier retten oder engem gréisseren Zoufluss ausgesat sinn, sech kënnen op eng previsibel Solidaritéit vun alle Memberstaaten verloossen“, zeigt sich Asselborn überzeugt, wobei Luxemburg aber nicht allein das Problem des Schengen-Systems lösen könne. Allerdings

spreche unser Land im Gegensatz zu anderen Ländern nicht nur von Solidarität, sondern übe sie auch aus. Die EU müsse indes in der Lage sein, ihre Außengrenzen besser zu schützen; für den Grenzschutz gebe es aber konkrete Regeln, und diese müssten unter allen Umständen eingehalten werden. Sogenannte

Push-backs von Migranten seien illegal. Luxemburg gehe engagiert in die Verhandlungen über einen Migrationspakt: „Mir brauche Resultater fir eng méi human an effikass europäesch Migratiounspolitik. De Problem ass net d'Migratioun, mee eis Gestiouon dovun“.

BREXIT

„Großbritannien bleibt ein wichtiger Partner“

Jean Asselborn ging natürlich auch auf den Brexit ein, wobei das Austrittsabkommen zwischen der Europäischen Union und Großbritannien den besten und einzigen Weg darstelle, um den Frieden auf der

irischen Insel und den Binnenmarkt zu schützen. Dieses Abkommen müsse respektiert werden, und das gelte es sicherzustellen. Die Verhandlungen über die zukünftigen Beziehungen zwischen der EU und London seien weiterhin kompliziert, würden sich aber in der entscheidenden Phase

befinden. London, aber auch die Europäische Union, wären indes gut beraten, nicht noch weiter zu pokern. Ein „No Deal“ sei dabei immer noch nicht auszuschließen, was weitreichende Folgen für die Bürger und die Wirtschaft habe. Das Vereinigte Königreich

bleibe jedoch auch in Zukunft ein wichtiger Partner für Luxemburg, was besonders für den Dienstleistungsbereich und den Finanzsektor gelte. „A ville Beräicher wäerte mir weiderhin enk zesumme schaffen, ebe just an engem anere Kader.“

TÜRKEI

„Auch hier gilt das internationale Recht“

Was nun die aktuelle Situation in der Türkei anbelangt, so bedauert der dienstälteste Außenminister der EU, dass diese sich immer weiter weg von der EU fortbewege, unter anderem auch was die

Menschenrechte und die Rechtsstaatlichkeit anbelange, die nicht mit den Kopenhagener Kriterien in Einklang zu bringen seien. Dies habe dann auch dazu geführt, dass die Beitrittsverhandlungen mit der EU komplett zum Stillstand gekommen seien. „D'EU war oppen ënnert ver-

schidde Konditiounen eng positiv politesch Agenda ze lancéieren an un enger Redynamisatioun vun där Agenda ze schaffen. Leider sinn d'Signaler absolut net encouragéant, mee carrément enttäuschend.“ Auch müssten sich die Türkei, Griechenland und Zypern endlich an einen Tisch setzen,

um zu einer Lösung zu finden. „Lëtzebuerg bleift solidaresch mat Zypern a Griecheland wat de Respekt fir hir Souveränitéit a souverän Rechter ugeet. D'Tierkei an hire President stinn net iwwert dem internationale Recht“, so der Außenminister.

HANDELSPOLITIK

„Handelsbeziehungen zu Drittstaaten fairer gestalten“

Wie Jean Asselborn weiter unterstrich, biete die aktuelle Debatte über die Zukunft der Handelspolitik die Gelegenheit, verschiedene Sachen „nei auszebalancéieren“. In diesem Zusammenhang werde

sich die Aufmerksamkeit der Luxemburger Regierung auf die Frage der Öffnung des Binnenmarkts fokussieren. Dieser sei für Unternehmen aus zahlreichen Drittländern zugänglich, wobei diese aber oftmals unseren Betrieben den Zugang erschweren würden. Auch werde der Wettbewerb

im Binnenmarkt oftmals verfälscht, weil ausländische Firmen in ihren Ländern Subventionen bekommen würden, um in unseren Ländern wettbewerbsfähiger zu sein. Aus diesem Grund unterstütze Luxemburg die Arbeit der EU-Kommission, um derartige Missbräuche zu einem Ende zu bringen

und die Handelsbeziehungen zu Drittstaaten fairer zu gestalten. Auch setze Luxemburg Akzente in der EU-Handelspolitik, wenn es um den nachhaltigen Schutz und die Förderung des Respekts der Menschenrechte gehe.

Relations internationales

STANDORTPOLITIK

„Der Standort Luxemburg ist nicht in Frage gestellt“

Jean Asselborn bekräftigte in seiner außenpolitischen Erklärung noch einmal seinen Einsatz für den EU-Standort Luxemburg, dessen Attraktivität trotz des Abzugs der Exekutivagentur für Verbraucher, Gesundheit, Landwirtschaft und Lebensmittel nicht in Frage gestellt

sei. „Lëtzebuerg ass houfreg drop ee vun den historesche Sätz vun den EU-Institutiounen ze sinn a mir setzen eis all Dag an fir deenen iwwer 14.000 EU-Fonctionnairen an Agenten an den europäeschen Institutiounen an Agencen zu Lëtzebuerg déi beschten Aarbechts- a Liewensbedingungen ze garantéieren.“ In den vergangen 18 Monaten sei es Luxemburg gelungen,

zwei neue EU-Agenturen im Land zu empfangen, nämlich die Europäische Staatsanwaltschaft sowie das Gemeinsame Unternehmen eines Europäischen Hochleistungsrechners (EuroHPC), und nicht später als am letzten Freitag habe Luxemburg auch seine Kandidatur für den Sitz des zukünftigen Europäischen Kompetenzzentrums für Cybersicherheit eingereicht.

MULTILATERALISMUS

Luxemburg kandidiert für UN-Menschenrechtsrat

Der Minister brach aber natürlich auch diesmal wieder eine Lanze für den Multilateralismus und erinnerte dabei an unsere Mitgliedschaft in den Jahren 2013 bis 2014 im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Da auch kleine Länder wie Luxemburg dort etwas bewegen könnten, habe das Großherzogtum erneut seine Kandidatur eingereicht – diesmal für die Periode 2031 bis 2032. „Dat ënnermauert eise Wëllen, eise Bäitrag an der UNO fir Fridden a Sécherheet ze leeschten“, so Asselborn. Auch habe unser Land seine Kandidatur für den UN-Menschenrechtsrat für die Jahre 2022 bis 2024 eingereicht; dies wäre dann das erste Mandat in diesem 2006 geschaffenen Gremium für Luxemburg. „Mir wëllen eis do staark maache fir all d'Mënscherechter. Nieft der Ënnerstëtzung fir d'Mënscherechtsverdeedeger a fir d'Rechtsstaatlechkeet huet Lëtzebuerg fir säi Mandat de Kampf fir d'Egalité des genres an de Schutz vu vulnerabele Gruppe viru Gewalt an Diskriminéierung als Prioritéit festgehalen.“

INTERNATIONALE KRISEN

„Ein zweites Syrien vermeiden“

In aller Ausführlichkeit ging der Minister dann auch noch auf die zahlreichen internationalen Krisen ein, so auch auf die Situation in Belarus, wo das Regime von Lukaschenko das Wahlergebnis verfälscht habe. „De Regime ënnerdréckt di friddlech Opposition mat

massiver Gewalt a gebraucht all d'Instrumenter vum Staatsterror, entfëiert a foltert Demonstranten“. So etwas dürfe es im Euroa des 21. Jahrhunderts nicht geben. Besorgt zeigte sich Asselborn aber natürlich auch über den Konflikt in Bergkarabach und die weiterhin angespannte Situation im Donbass, ehe er auf die zahlreichen Konflikte in der Sahel-Zone und in

Libyen zu sprechen kam: „A Libye gëtt et ze vill Waffen an ze vill extern Acteuren. Mir als Europäer müssen alles maachen, fir dass aus Libyen keen zweet Syrie gëtt.“ Dramatisch bleibe die Lage aber auch im Nahen Osten und hier insbesondere in Syrien. Auch wies Asselborn erneut darauf hin, dass Luxemburg weiterhin die Zwei-Staaten-Lösung unterstütze.

ASIEN/AFRIKA

Wichtige Zusammenarbeit

Zum Abschluss seiner rund eineinhalbstündigen Rede befasste sich der Außenminister dann auch noch mit der Situation in Asien und in Afrika. Hier wies er vor allem auf die Wichtigkeit guter Beziehungen

zu China hin, wobei China aber gleichzeitig ein Konkurrent sei, „deen aner Valeuren an eng aner Visioun vun der Weltuerdnung huet, wéi mir“. Als sehr gut bezeichnete Asselborn das Verhältnis zu Japan, wo im Zusammenhang mit dem Brexit bereits eine ganze Reihe von japanischen Unternehmen ihren europäischen Sitz von

London nach Luxemburg verlegt hätten, unter anderem im Bereich der Versicherungen. Immer wichtiger werde aber auch das Verhältnis zu Indien. Dann wünschte sich Jean Asselborn auch noch, dass in Zukunft mehr Luxemburger Unternehmen in Afrika investieren würden. Zu einer Zusammenarbeit mit unseren afrikanischen Partnern

würde aber auch die Verteidigung der demokratischen Werte und der Respekt der Menschenrechte gehören, „nëmme esou kënnen d'Afrikaner hire Kontinent op de Wee vun der nohalteger Entwécklung féieren“.

Luxemburg und die Weltpolitik

PARLEMENT Eine außenpolitische Debatte mit wenig Höhen und Tiefen

Lucien Montebrusco

Die Abgeordnetenkammer hat gestern über die Rolle des „Ländchens“ in der großen Welt sinniert. Außenminister Jean Asselborn (LSAP) hatte am Mittwoch die außenpolitischen Schwerpunkte der Regierung umrissen.

Die Luxemburger Außenpolitik bietet der Opposition selten Angriffspunkte gegen die Regierung. Fundamentale Unterschiede sind bei den großen Fraktionen nicht festzustellen. Also bleibt es in der Regel bei Allgemeinplätzen und Kritiker knüpfen sich oftmals eher technische und formale denn inhaltliche Aspekte vor.

So vermisste der außenpolitische Sprecher der CSV Claude Wiseler klare außenpolitische Linien. Auf ein vor über einem Jahr gefragtes Dokument zur außenpolitischen Strategie warte man noch heute, sagte er. Zwar habe Außenminister Jean Asselborn am Vortag eine Reise um die Welt gemacht und internationale Ereignisse kommentiert. Die großen Richtlinien habe er, Wiseler, jedoch nicht ausgemacht. Luxemburgs Außenpolitik bestehe aus Einzelaktionen. Wiederholte Aussagen des Außenministers zur Palästina-Problematik seien wohl eher privater Natur. Dabei wünschte sich Wiseler in diesem Bereich eine ausgewogenere Haltung Luxemburgs. Außenpolitik werde auch vom Premierminister und vom Verteidigungsminister gemacht, so der CSV-Politiker weiter. Dabei habe er den Eindruck, dass jeder sage, was er so wolle.

Die Welt habe sich geändert, seitdem Asselborn im Jahr 2004 Außenminister wurde, analysierte Wiseler. Die EU sei schwach in einer Welt, die wesentlich brutaler geworden sei. „Wenn wir das nicht verstehen, haben wir keine Chance“, so der CSV-Abgeordnete. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen wolle eine geopolitische Kom-

mission. Welche Rolle Luxemburg in diesem neuen Umfeld einnehmen wolle, fragte Wiseler. In außen- und verteidigungspolitischen Fragen müsse auf das Einstimmigkeitsprinzip verzichtet werden, forderte er. Die EU brauche eine gemeinsame Politik.

Multilaterale Lösungsvorschläge

Der Kritik Wiselers an Asselborn setzte Gusty Graas (DP) Lobesworte entgegen. Das hohe Lebensniveau Luxemburgs sei eine Folge der Offenheit des Landes und dazu hätten auch Politiker beigetragen, die sich für Luxemburg im Ausland einsetzen. Er bedankte sich ausdrücklich bei Asselborn für dessen langjährigem Engagement. Zuvor hatte Graas über seine Erfahrungen als Wahlbeobachter bei den rezenten Präsidentschaftswahlen in den USA berichtet. Unregelmäßigkeiten seien keine festgestellt worden.

Yves Cruchten (LSAP) unterstrich seinerseits die Bedeutung von Kooperation und Multilateralismus für ein kleines Land, das oftmals Spielball großer Länder war. Eine multilaterale Herangehensweise ermögliche, dass auch kleine Länder mitreden könnten. Internationale Organisationen und internationale gültige Regeln seien die Voraussetzung dafür, dass Luxemburg seine Souveränität genießen könne. Die EU sei ein Beispiel für Multilateralismus. Sie müsse jedoch verstärkt multilaterale Lösungsvorschläge vorlegen, jetzt wieder zusammen mit den USA unter einem neuen Präsidenten.

Wie Wiseler zuvor stellte auch Cruchten die Weiterführung von Beitrittsgesprächen mit der Türkei infrage. Außenpolitische Entscheidungen in der EU sollten mit qualifizierter Mehrheit getroffen werden. Stéphanie

Empain („déi gréng“) sprach sich für die Aufrechterhaltung des Dialogs mit schwierigen Partnern aus, doch dürfe man sich von diesen nicht unter Druck setzen lassen, so die Abgeordnete mit Blick auf die Türkei. Eine Motion der CSV zum Abbruch der Gespräche mit der Türkei wurde jedoch verworfen.

Partnerschaft mit Japan

Inhaltliche Kritik kam von den kleinen Fraktionen. So lehnte Fernand Kartheiser (ADR) allzu scharfe Angriffe auf Ungarns und Polens Führung wegen deren Untergrabung der Rechtsstaatlichkeit ab. Auch Luxemburgs Regierung habe oft Probleme mit Rechtsstaatlichkeit. Er erinnerte dabei ab die rezente Äußerung von Premierminister Bettel, den Krisenzustand auszurufen, sollte das Parlament nicht rechtzeitig zusätzliche Covid-Maßnahmen verabschieden. Man sollte sich auch nicht in die aktuelle Diskussion um die Verschärfung des Abtreibungsgesetzes in Polen einmischen. Das sei deren Angelegenheit.

Der ADR-Sprecher bemängelte die Nahostpolitik des Außenministeriums. Asselborn sei der einzige Außenminister der westlichen Welt gewesen, der das Abkommen zwischen Israel und den VAE kritisiert habe. Kartheiser warf ihm Einseitigkeit bei der Einschätzung der Situation im Nahen Osten vor, insbesondere was die Einhaltung der Menschenrechte anbelangt. Er zitierte dabei aus dem Bericht von Amnesty International über Menschenrechtsverstöße in den palästinensischen Gebieten.

David Wagner („déi Lénk“) befasste sich hauptsächlich mit dem rezenten Wahlausgang in den USA. Ja, Trump wurde abgewählt, doch sollte man sich über die Wahl Bidens freu-

en? Joe Biden sei die elegante Version der Verteidigung der Kapitalinteressen, so Wagner. Auch Biden spreche sich für die führende Rolle der USA in der Welt aus. Die Europäer werden wohl erneut jede kritische Haltung gegenüber den USA verlieren, befürchtet er.

„Deux poids, deux mesures“ – warf Wagner der EU in Sachen Menschenrechte vor. So bezeichne man Syriens Machthaber Assad wohl zu Recht als Kriegsverbrecher, den saudi-arabischen Kronprinzen Mohammed Bin Salman jedoch nicht, trotz des Jemen-Kriegs.

Nach mehr als fünfstündiger außenpolitischer Debatte verabschiedete das Parlament noch drei internationale Verträge. Einer davon betrifft das Abkommen über strategische Partnerschaft der EU mit Japan.

Sorge um Staatsstreich

Außenminister ohne Verständnis für Trumps Vorgehen

Luxemburg. Mit großem Unverständnis hat Außenminister Jean Asselborn auf die vorzeitige Wahlsiegerklärung Donald Trumps reagiert. Dass der amtierende Präsident vor Auszählungsende so agiere und einen Wahlbetrug in den Raum stelle - „für mich ist das ein Horrorszzenario, was die politische Ethik angeht“, sagte der LSAP-Politiker gestern Abend, als noch kein Sieger abzusehen war. „Es gibt Leute, die das als einen Staatsstreich ansehen“, sagte Asselborn. Wenn so etwas in Belarus geschehe, würden Sanktionen ins Spiel gebracht. Doch es bestehe hier ein Unterschied: „Ich habe Vertrauen in die Rechtsstaatlichkeit in Ame-

rika.“

Die Wahl habe gezeigt, wie gespalten das Land sei - und dass viel mehr Amerikaner hinter Trump stünden, als das in Europa wahrgenommen werde. Zudem habe sich erneut erwiesen, wie unzuverlässig Umfragen geworden seien. Gestern Abend zeichnete sich ein Vorsprung von Joe Biden ab. Asselborn wies darauf hin, dass der Demokrat acht Jahre unter Barack Obama Vizepräsident war. Biden habe ein Verständnis für die historischen Beziehungen zwischen Europa und den USA. „Ich will nicht sagen, dass es einfacher wird, was Russland, China und den Handel angeht“, so Asselborn. Es wer-

de in vielen Politikfeldern auch weiterhin unterschiedliche Interessen geben. Doch müsse man diese Konflikte auf zivilisierte, kultivierte Weise lösen. „Es würde vieles verbessern“, wenn Biden die Wahl gewinnen würde.

Scharf kritisierte Asselborn, dass der rechtspopulistische slowenische Ministerpräsident Janez Janša Trump bereits zum Sieg gratuliert hat. Das werfe ein schlechtes Licht auf Europa. Ein Sieg Bidens würde einen Dämpfer für „die größten Fans“ von Trump wie Viktor Orbán, Marine Le Pen und Matteo Salvini bedeuten.

Premierminister Xavier Bettel (DP) hat sich gestern bis Redaktionsschluss noch nicht zum vorzeitig reklamierten Wahlsieg Donald Trumps geäußert. *mer*

Luxemburger Glückwünsche an Biden

Bettel erwartet mehr Berechenbarkeit- Asselborn sieht Hoffnungen

Luxemburg. Außenminister Jean Asselborn hat dem am Samstagabend bestätigten US-Präsidenten Joe Biden zu seinem Wahlsieg gratuliert. „In den letzten Jahrzehnten hat selten eine Wahl so viel Hoffnung gemacht wie diese“, sagte der LSAP-Politiker dem „Luxemburger Wort“. „Millionen Menschen auf der Welt sind froh, dass das vierjährige Spektakel vorüber ist“, sagte Asselborn mit Blick auf die Amtsperiode Donald Trumps.

Asselborn betonte, er wolle nicht zu viel Hoffnung in die Präsidentschaft Bidens setzen, doch „das könnte ein Moment sein, in dem die ganze Nervosität der Welt eingedämmt werden kann“. So könne Biden wichtige internationale Impulse etwa für den Klima-

schutz, die Handelspolitik und den Kampf gegen Corona setzen. Doch müsse man auch im Blick behalten, dass noch nicht entschieden ist, wie stark die beiden großen Parteien im Senat abschneiden. Bei einer Dominanz der Republikaner habe der Präsident trotz seiner großen Machtfülle nur einen sehr begrenzten Spielraum für tiefgreifende Reformen etwa im Gesundheitswesen.

Noch nie habe ein US-Präsident mit 74 Millionen so viele Stimmen erhalten wie nun Biden. Es sei jämmerlich, dass der scheidende Staatschef Donald Trump nicht in der Lage sei, „das zu machen, was Tradition in den USA und in anderen Ländern ist: Das Telefon in die Hand zu nehmen und dem Sieger zu gratulieren – und damit ein-

zusehen, dass die Demokratie ge-griffen hat.“

Positiv sei hingegen, dass die demokratischen Institutionen der USA nicht in eine Krise geraten seien. „Wenn auch Illiberalismus gepredigt wird, bringt es doch nicht die demokratischen Strukturen ins Wackeln.“ Der Wahlsieg bringe Hoffnung für Europa und sei ein Dämpfer für jene Politiker, die etwa in Ungarn, Polen und Slowenien nicht die Rechtsstaatlichkeit respektierten. Auch für den britischen Premier und Trump-Vertrauten Boris Johnson, der sich nicht an bereits vereinbarte Verträge mit der EU halte, sei es ein Dämpfer mit Blick auf die Post-Brexit-Verhandlungen.

Premierminister Xavier Bettel reagierte gestern und gratulierte

dem Wahlsiegerduo Joe Biden und Kamala Harris. „Egal wer gewinnt, als erstes gratuliert man“, sagte er und betonte den Umstand, dass zum ersten Mal in der Geschichte der USA eine Frau zur Vizepräsidentin gewählt worden sei. Es werde für die beiden keine einfache Aufgabe. „Momentan sind die Vereinigten Staaten nicht ganz vereint, es herrscht ein tiefer Graben in der amerikanischen Gesellschaft“, so der Luxemburger Premierminister, der den Wahlsiegern „eine glückliche Hand“ beim Regieren wünschte.

Vom gewählten Präsident erhofft sich Xavier Bettel mehr Berechenbarkeit, besonders in der Klimapolitik. „Mit Joe Biden stehen wieder verschiedene Punkte im Vordergrund, die mit Trump nicht im Vordergrund standen, wie die Umwelt.“

mer/M.K.

Regierungsarbeit verliert während der zweiten Corona-Welle an Zustimmung

POLITMONITOR 56 Prozent der Befragten fühlen sich von der Pandemie belastet

Cédric Feyereisen

Die Regierung verliert an Unterstützung: Laut dem Politmonitor des Marktforschungsinstituts TNS Ilres bewertet die Luxemburger Bevölkerung die Corona-Maßnahmen seit September schlechter als am Anfang der Pandemie.

Sechs von zehn Menschen stuften die Covid-19-Maßnahmen der luxemburgischen Regierung seit Mitte September als gut ein. Das ist das Resultat des Politmonitors,

den das Marktforschungsinstitut TNS Ilres gestern veröffentlicht hat. Das Vorgehen am Anfang der Krise wird hingegen positiver eingeschätzt. Neun von zehn Menschen bewerten die Arbeit der Regierung von Mitte März bis April als gut. Die Hälfte der Luxemburger Bevölkerung redet sogar von sehr guten Maßnahmen.

40 Prozent der Befragten empfinden die aktuellen Schritte zur Bekämpfung des Coronavirus als nicht ausreichend – 10 Prozent wünschen sich sogar eine Lockerung. Die Hälfte der Men-

schen zeigt sich zufrieden mit den Sicherheitsmaßnahmen. Die Stammwählerschaft der Grünen und CSV bewertet die Arbeit der Regierung am kritischsten.

Die Pandemie zeigt laut den Ergebnissen der Umfrage auch ihre Spuren bei der mentalen Gesundheit der Luxemburger Wähler: 56 Prozent fühlen sich durch die Situation belastet. Vor allem die jüngeren Generationen empfinden die Krise als mental herausfordernd – 70 Prozent der 18- bis 24-Jährigen. Bei den Menschen über 65 Jahren sagen 51 Prozent, dass Corona sie kaum bis gar nicht belastet.

Tendenz negativ

Politmonitor: Zustimmung zum Corona-Management von Blau-Rot-Grün nimmt ab

Luxemburg. Sechs von zehn Wählern sind zurzeit zufrieden mit der Corona-Politik der Regierung, ein Viertel der Befragten stellt Blau-Rot-Grün im Herbst 2020 die Note „ganz gut“ aus. Das geht aus dem jüngsten Politmonitor hervor.

Die Umfrage offenbart auch, dass ein Drittel der befragten Wähler die Arbeit der Regierung als „schlecht“ einstuft und dass die positive Bewertung des Corona-Managements im Laufe der Monate abgenommen hat: Zu Beginn der Krise, von Mitte

März bis April, fanden neun von zehn Befragten, dass Bettel&Co „gut“ auf die Pandemie reagieren, die Hälfte sprach sogar von „ganz guter“ Arbeit.

46 Prozent der Befragten bewerten die aktuellen Maßnahmen als „genau richtig“, eine Mehrheit ist beispielsweise mit der Ausgangssperre einverstanden. Genauso gibt eine Mehrheit an, dass die Pandemie sie belastet – je nach Generation jedoch in unterschiedlichem Maße. *mas*

Belastend

Besonders der jüngeren Generation schlägt Corona aufs Gemüt

Von Marc Schlammes

Alle Jahre wieder im Herbst und Winter machen die von Dunkelheit und Tristesse geprägten Tage vielen Menschen zu schaffen. 2020 gesellt sich eine weitere Belastung dazu: die Corona-Krise.

56 Prozent der Befragten geben im jüngsten Politmonitor an, dass sie die anhaltende Pandemie belastet; für 14 Prozent stellt sie eine „ganz starke“ Belastung dar. Je nach Alter schlägt die Krise unterschiedlich aufs Gemüt und es ist mit 70 Prozent die Generation der 18- bis 24-Jährigen, die sich durch Maßnahmen wie Mundschutz, Abstand halten und Kontaktbeschränkungen am stärksten belastet fühlt. Umgekehrt findet sich einzig bei den über 65-Jährigen eine Mehrheit an Befragten, die angibt, sich nicht belastet fühlen.

Maßgeschneidert

Auch wenn die Einschränkungen das alltägliche Leben beschwerlicher machen, so steht dennoch eine Mehrzahl der Befragten dahinter: 46 Prozent erachten die derzeitigen Maßnahmen als „genau richtig“ und 41 Prozent vertreten sogar die Meinung, dass diese „nicht streng genug“ sind. Neun Prozent bewerten die Vorkehrungen als „übertrieben“.

Damit einher geht eine positive Benotung des Corona-Managements von Blau-Rot-Grün. Allerdings hat die Zustimmung im Laufe der zurückliegenden sechs Monate deutlich nachgelassen. War im März/April die Hälfte der Befragten überzeugt, dass die Regierung eine „ganz gute“ Arbeit verrichtet, so sind es im September/Oktober bloß noch rund 25 Prozent. Demgegenüber stuft ein

Drittel der befragten Wähler die Arbeit der Bettel-Regierung als „schlecht“ ein.

Aufgeschlüsselt in Stammwähler erteilt die elektorale Kundschaft von CSV und Déi Gréng der Regierung eine weitaus schlechte-

[Politmonitor]

re Note – rund ein Fünftel spricht im Herbst 2020 von „ganz guter“ Arbeit – als die Wähler von DP und LSAP – 39 beziehungsweise 38 Prozent vergeben die Note „ganz gut“. Allerdings fiel auch die Einschätzung der liberalen und sozialistischen Anhängerschaft im Frühjahr mit 64 beziehungsweise 62 Prozent weitaus besser aus.

Im Zusammenhang mit dem Krisenmanagement geben auch 43 Prozent der Befragten an, dass sie die Maßnahmen als nicht kohärent wahrnehmen. Quasi jeder Fünfte zeigt sich dabei „ganz einverstanden“ mit dieser Aussage.

Gleichzeitig sagt eine solide Mehrheit der Befragten, dass sie einverstanden ist mit der seit knapp zwei Wochen geltenden Ausgangssperre – 38 Prozent sind „ganz“ einverstanden, 25 Prozent „eher“ einverstanden. Gleiches gilt für die Kontaktbeschränkungen, mit denen sich 44 respektive 37 Prozent „ganz“ beziehungsweise „eher“ einverstanden zeigen. Sorgen machen sich dennoch 68 Prozent der Befragten, dass es nochmals zu einem Lockdown kommt: Jeweils 34 Prozent sind „ganz“ beziehungsweise „eher“ einverstanden mit dieser Sorge.

Rücksichtslos

folgte via Telefon und online via MyPanel von TNS. Die Rohdaten wurden auf folgenden Variablen gewichtet: Altersgruppe, Geschlecht, Wohnbezirk und Berufstätigkeit (Daten vom Statec). Die Fehlermarge könnte zwischen 1,3 und 3,0 Prozentpunkte betragen. Die Angaben zur Methodologie wurden bei der ALIA (alia.lu) hinterlegt. *mas*

45 Prozent der befragten Wähler sind wiederum der Meinung, dass die Normalisierung „eindeutig zu schnell“ erfolgt. 80 Prozent stimmen der Aussage zu, dass sich viele Mitbürger unvorsichtig und ohne Rücksichten benehmen; 49 Prozent sind mit dieser Feststellung „ganz“ einverstanden, was dem höchsten Wert entspricht.

Kopfzerbrechen bereiten den Menschen die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der anhaltenden Pandemie. So machen sich beispielsweise 86 Prozent der Befragten Sorgen um die wirtschaftlichen Folgen, 71 Prozent stimmen der Aussage zu, dass die Unterschiede zwischen Arm und Reich mit der Corona-Krise gewachsen sind und 69 Prozent sind einverstanden mit der Feststellung, dass die sanitäre Krise viele soziale Ungleichheiten provoziert habe.

Für 59 Prozent der Befragten offenbart die sanitäre Krise zudem, dass Luxemburg über seinen Verhältnissen lebt. Und infolge von Grenzsicherungen und Grenzkontrollen steht für 77 Prozent der Befragten fest, dass das Zusammenleben in der Großregion durch die Pandemie Schaden genommen hat.

● 80 Prozent der Befragten stimmen der Aussage zu, dass sich viele Mitbürger mittlerweile unvorsichtig verhalten.

Wie die Umfrage zustande kam

Die repräsentative Politmonitor-Meinungsumfrage wurde im Auftrag von „Luxemburger Wort“ und RTL von TNS durchgeführt. Im Zeitraum vom 22. Oktober 2020 bis zum 3. November 2020 wurden 1 039 wahlberechtigte Einwohner befragt. Die Befragung er-

Lenert hat die Nase vorn

Die Gesundheitsministerin führt unangefochten das Polit-Ranking an

Von Dani Schumacher

Zurzeit führt offensichtlich kein Weg an der Gesundheitsministerin vorbei. Paulette Lenert (LSAP) dominiert auch weiterhin die Umfragen. Laut dem Politmonitor von „Luxemburger Wort“ und RTL liegt sie im November erneut mit deutlichem Vorsprung auf Platz 1. 90 Prozent der 1 039 Befragten sind mit ihrer Arbeit zufrieden und halten sie für sympathisch.

Damit verweist sie Premier Xavier Bettel (DP) und Außenminister Jean Asselborn (LSAP) klar auf die Plätze 2 und 3. Bettel erreicht eine Zustimmung von 82 Prozent, gegenüber 83 Prozent im Juli. Allerdings überholt er diesmal Diplomatiechef Asselborn, dem nur noch 78 Prozent der Befragten ihr Vertrauen aussprechen. Der LSAP-Politiker büßt insgesamt sieben Prozentpunkte gegenüber der Umfrage vom Juli ein. Kein anderer Politiker muss einen derartigen Verlust hinnehmen.

Hinter dem Spitzentrio folgen mit deutlichem Abstand Sozialminister Romain Schneider (LSAP) und Finanzminister Pierre Gramegna (DP). Allerdings schiebt sich Schneider (61 Prozent) diesmal mit einem Zugewinn von vier Punkten an Gramegna (58 Prozent) vorbei auf Platz 4. Der Finanzminister büßt fünf Prozentpunkte ein, übrigens genau wie Bildungsminister Claude Meisch, der auf Rang 26 abrutscht und dem nur noch 35 Prozent der Befragten ihr Vertrauen entgegenbringen.

Mittelstandsmittel Lex Delles (DP) ist den beiden dicht auf den Fersen. Er gewinnt ganze acht Prozentpunkte hinzu und genießt das Vertrauen von 54 Prozent der Befragten, nach 46 Prozent im Juli. Im Sommer reichte es nur für Platz 10, nun liegt er auf Rang 6. Kein anderer Politiker kann so hohe Zugewinne verbuchen. Seine Parteikollegin, Familienministerin Corinne Cahen, kann sich um fünf Prozentpunkte verbessern und erreicht bei der Zustimmung einen Wert von 46 Prozent. Sie schafft es diesmal auf Platz 11. Im Sommer reichte es nur für Rang 16.

Einen Sprung nach vorn macht auch Dan Kersch (LSAP). Der Arbeitsminister legt um sechs Prozentpunkte zu und landet mit 52 Prozent Zustimmung auf Platz 7. Im Aufwind befindet sich auch sein

Parteikollege Franz Fayot. Der Wirtschaftsminister verbucht sogar ein Plus von sieben Prozentpunkten und genießt das Vertrauen von 42 Prozent der Befragten. Der Wirtschaftsminister Fayot landet im November auf Platz 16, im Juli reichte es nur für Rang 24. Auch Innenministerin Taina Boffering (LSAP) kann sich deutlich verbessern. Mit einem Plus von sechs Prozentpunkten kommt sie im Politmonitor diesmal auf Platz 9. 51 Prozent der Befragten schenken der ihr das Vertrauen.

Durchwachsene Bilanz

Bei Déi Gréng schafft es diesmal nur Nachhaltigkeitsminister François Bausch knapp in die Top-Ten. Er landet mit einer Zustimmung von 48 Prozent (+3 Prozentpunkte) auf dem 10. Platz. Im Juli war er noch hinter Justizministerin Sam Tanson als Zwölfter ins Ziel gegangen. Tanson büßt im November zwei Prozentpunkte bei der Zustimmung ein und erreicht mit 46 Prozent Zustimmung nur noch Platz 11. Der Drittplatzierte bei den Grünen ist Wohnungsbauminister Henri Kox. Er legt um fünf Prozentpunkte zu und genießt nun das Vertrauen von 39 Prozent der Befragten. Das reicht für den 19. Platz. Im Juli hatte es Kox nur bis auf Rang 26 geschafft. Umweltministerin Carole Dieschbourg belegt unverändert Rang 22. 37 Prozent der Teilnehmer an der Umfrage erklären sie sowohl für sympathisch als auch für kompetent. Energieminister Claude Turmes schafft es auf Platz 29, kann sich aber bei der Zustimmung ganz leicht um einen Prozentpunkt auf 33 Prozent verbessern.

Die Opposition hat es schwer

Insgesamt schneiden die meisten Politiker diesmal wieder besser ab. Im Juli, bei der ersten Umfrage nach dem Ausbruch der Pandemie, hatte die Mehrzahl der Politiker an Vertrauen eingebüßt. Allerdings können die Vertreter der Opposition nicht in gleichem Maße punkten wie die Mitglieder der Regierungsparteien. Nur Sven Clement von den Piraten legt deutlich zu. Mittlerweile vertreten 45 Prozent der Befragten die Meinung, dass Clement eine gute Arbeit macht, das reicht für Platz 13. Im Juli hatten nur 38 Prozent

der Befragten ihm ihr Vertrauen geschenkt, damals hatte er es lediglich auf Platz 19 geschafft.

Claude Wiseler (CSV) führt allerdings wie schon im Juli die Liste der Oppositionspolitiker an. Wie vor vier Monaten sind auch diesmal 52 Prozent der Befragten der Meinung, dass Wiseler ihr Vertrauen verdient. Er rutscht allerdings von Platz 6 auf Platz 7 ab. Der ehemalige Spitzenkandidat der Christsozialen liegt aber weiter deutlich vor der CSV-Fraktionschefin. Martine Hansen landet ex aequo mit Sven Clement von den Piraten im Ranking auf Platz 13. 45 Prozent der Befragten erteilen ihr eine gute Zensur.

Bei der CSV schaffen es Serge Wilmes und der amtierende Generalsekretär Paul Galles hinter Wiseler und Hansen auf die Plätze 15 und 17, dies mit Zustimmungswerten von 44, beziehungsweise 41 Prozent. Galles ist übrigens das erste Mal beim Politmonitor dabei. CSV-Parteipräsident Frank Engel schafft es nur auf Rang 26, dies wie im Sommer mit einer Zustimmungswerte von 35 Prozent.

Bei der ADR sieht es nicht so gut aus. Fernand Kartheiser, der nach dem Rückzug von Gast Gibéryen an der Spitze der sensibilité politique steht, schenken nur 28 Prozent der Befragten ihr Vertrauen, das reicht nur für Platz 33. Gibéryen hatte es im Juli noch locker unter die Top-Ten geschafft, dies mit einem Zuspruch von immerhin 51 Prozent.

Marc Baum von Déi Lénk kann vier Plätze gut machen und schafft es direkt hinter Umweltministerin Carole Dieschbourg auf Rang 24. 36 Prozent der Befragten sind zufrieden mit seiner Arbeit, drei Prozent mehr als noch im Juli.

Der Bekanntheitsgrad

Ein wichtiger Gradmesser für Politiker ist ihr Bekanntheitsgrad. Bei der Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen, also Erst- und Jungwähler, sieht das Ranking wie folgt aus:

1. Xavier Bettel 100 %
2. Paulette Lenert 98 %
3. François Bausch und Claude Meisch 97 %
5. Jean Asselborn 96 %
6. Frank Engel 80 %
7. Corinne Cahen, Carole Dieschbourg, Pierre Gramegna, Romain Schneider und Dan Kersch 76 %

12. Claude Turmes, Marc Hansen, Paul Galles 74 %
15. Taina Boffering und Georges Engel 70 %
17. Sam Tanson, Martine Hansen und Sven Clement 68 %
20. Djuna Bernard 66 %
21. Yves Cruchten 64 %
22. Claude Wiseler und Meris SehoVIC 62 %
24. Lex Delles 60 %
25. Fernand Kartheiser 59 %
26. Laurent Mosar und Serge Wilmes 58 %
28. Fernand Etgen 57 %
29. Gilles Baum 56 %
30. Marc Baum und Franz Fayot 54 %
32. Henri Kox 52 %
33. Gilles Roth 51 %
34. Georges Mischo 44 %
35. Josée Lorsché 41 %

Wie die Umfrage zustande kam

Die repräsentative Politmonitor-Meinungsumfrage wurde im Auftrag von „Luxemburger Wort“ und RTL von TNS durchgeführt. Im Zeitraum vom 22. Oktober 2020 bis zum 3. November 2020 wurden 1 039 wahlberechtigte Einwohner befragt. Die Befragung erfolgte via Telefon und online via MyPanel von TNS. Die Rohdaten wurden auf folgenden Variablen gewichtet: Altersgruppe, Geschlecht, Wohnbezirk und Berufstätigkeit (Daten vom Statec). Die Fehlermarge könnte zwischen 1,3 und 3,0 Prozentpunkte betragen. Die Angaben zur Methodologie wurden bei der ALIA (alia.lu) hinterlegt. mas



Luxembourg

Neuer Honorarkonsul von Luxemburg in Trier

Fünf Jahre lang hat Triers Oberbürgermeister a.D., Klaus Jensen, die Belange des Großherzogtums als Honorarkonsul in der Region Trier vertreten. Nun gib er das Ehrenamt ab. Sein Nachfolger ist in der Region beileibe kein Unbekannter.

VON HERIBERT WASCHBÜSCH

ben Honorarkonsul Klaus Jensen und sein Nachfolger ihr Büro in unmittelbarer Nähe gehabt. Und wenn es um die deutsch-luxemburgische Zusammenarbeit und Verständigung ging, haben sie auch schon viele Projekte gemeinsam diskutiert, angestoßen und umgesetzt. Der Nachfolger von Klaus Jensen als luxemburgischer Honorarkonsul ist der Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Trier (IHK), Jan Glockauer. Räumliche und inhaltliche Nähe bei diesem Übergang sind also offensichtlich.

Dass Glockauer auf Jensen folgt, hat allerdings einen ziemlichen Verwaltungsaufwand vorausgesetzt. Nach fünf Jahren in diesem Ehrenamt möchte sich Klaus Jensen in seiner Lebensplanung wieder vermehrt anderen Aktivitäten widmen. „Es gab keinen sachlichen oder inhaltlichen Grund, das Amt aufzugeben. Die Luxemburger hätten sich gefreut, wenn ich nach den ersten fünf Jahren weitergemacht hätte, und es hat mir auch große Freude bereitet“, erklärt der ausgeschiedene Honorarkonsul. Doch Jensen möchte sich verstärkt wieder der gemeinsamen „Klaus-Jensen-Stiftung“ widmen, mit der er und seine Frau, Ministerpräsidentin Malu Dreyer, eine Kultur der Gewaltprävention, ziviler Konfliktbehandlung und Versöhnung von Konfliktparteien fördern wollen. Zudem sei er als „First Gentleman“ von Rheinland-Pfalz auch gefordert. Dass die lebendige Zusammenarbeit in der Großregion aber erfolgreich weitergeführt werde, sei ihm ein wichtiges Ziel. Deshalb habe er vorgeschlagen, dass IHK-Chef Jan Glockauer ihm als Honorarkonsul folge. Das Auswärtige Amt in Berlin und natürlich das Großherzog-

tum Luxemburg hätten diesen Vorschlag wohlwollend aufgenommen. Durch das großherzogliche Dekret vom 9. Oktober wurde Dr. Jan Glockauer, Hauptgeschäftsführer der IHK Trier, zum neuen Honorarkonsul des Großherzogtums Luxemburg in Trier ernannt. Nach der Erteilung des Exequaturs („Der Konsul möge sein Amt beginnen“) durch die Bundesregierung am 5. November kann Jan Glockauer seine Tätigkeit ab sofort offiziell ausüben.

Während solche Wechsel in der Vergangenheit mit einem offiziellen Festakt begangen wurden, ist dies in Corona-Zeiten ein recht bescheidener Akt. Doch für den Honorarkonsul a.D. und seinen Nachfolger ist die Aufgabe auch weiterhin eine Herzenssache, wie sie im Gespräch mit dem TV erklärten.

Die fünf Jahre hatten für Klaus Jensen „viele wunderbare Begegnungen“, die ihm die Verbundenheit der Menschen in der Region immer wieder zeigten. Die Grenzschließung vor einigen Monaten sei ein prägender Moment gewesen. Die Empörung auf beiden Seiten war groß. „Es war eigentlich ein trauriger und bedrückender Augenblick, gemeinsam mit unseren luxemburgischen Freunden an der Grenze zu stehen und zu sehen, wie dort deutsche Grenzschrützer mit Waffen den Übergang bewachten. Dass das in Luxemburg keine nachhaltige Wirkung auf unser freundschaftliches Verhältnis hat, hat mich positiv berührt. Das zeigt, wie tief der Zusammenhalt hier geht.“ Auch die Gedenkfeier im Konzentrationslager Hinzert im vergangenen Jahr, an der Überlebende des Lagers, Großherzog Henri, der luxemburgische Premier Xavier Bettel und die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer teilgenommen hätten, sei für ihn als Honorarkonsul ein

prägendes und berührendes Erlebnis gewesen.

Doch für einen Honorarkonsul gehört auch viel Alltagsgeschäft zu den Aufgaben, wie Klaus Jensen verriet. Auf fünf Jahre ernannt, kümmert sich der Honorarkonsul um die Sorgen der rund 8000 Luxemburger, die in dem Konsularbezirk leben. Das sind die ehemaligen Regierungsbezirke Trier und Koblenz, also der heutige Zuständigkeitsbereich der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord. Für diese Menschen muss der Honorarkonsul in Notsituationen da sein. Das können Unternehmen sein, luxemburgische Strafgefangene in Deutschland, die Beistand und Hilfe bei der Resozialisierung brauchen, oder auch Rat suchende in Einbürgerungsfragen. Ein weiteres Feld ist die Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, der Kooperationen und der kulturellen und sonstigen Zusammenarbeit, etwa bei den Hochschulen. Und zudem gehöre auch Lobbyarbeit für Luxemburg dazu, beispielsweise für den Ausbau der Bahnlinien oder bei einer Frage wie der Grenzschließung in der Pandemie.

Gerade was die wirtschaftliche Zusammenarbeit in der Region angeht, hat Klaus Jensen mit Jan Glockauer in den vergangenen Jahren schon einen eifrigen Mitstreiter gehabt. Für den IHK-Chef auch ein Grund, das Amt anzutreten. „Es ist für mich eine große Ehre, und ich habe mir den Schritt reiflich überlegt. Ich bin seit achteinhalb Jahren in Trier und bin genau wegen der Grenznähe und den Möglichkeiten der Zusammenarbeit in die Region gekommen“, erklärt Glockauer. Zuvor war er im IHK-Bereich am Bodensee aktiv, und auch dort gab es mit der Schweiz, Liechtenstein und Österreich zahlreiche Verbin-

düngen. „Mit Klaus Jensen habe ich mich beispielsweise seit Jahren für die grenzüberschreitende Berufsausbildung eingesetzt. Es gibt erste Erfolge, doch auch noch einiges zu tun.“ Der Zusammenhalt und die Zusammenarbeit der Wirtschaft in der deutsch-luxemburgischen Region ist Glockauer wichtig. Ein neues Feld wird aber die Kooperation in kulturellen und gesellschaftlichen Bereichen sein. Der IHK-Hauptgeschäftsführer freut sich ohne Einschränkungen darauf. „Ich habe gerade die Eintrittsgelder für die we-

gen Corona ausgefallenen Konzerte in der Philharmonie in Luxemburg zurückbekommen. Das tut meinem Konto gut, meinem Herzen aber gar nicht“, erzählt Glockauer.

Von offizieller Seite gibt es Beifall für den Honorarkonsul a.D.. Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn: „Die fortführenden Bemühungen von Klaus Jensen zu einer verstärkten Zusammenarbeit haben mit dazu geführt, dass Luxemburg und Trier heutzutage zu einer beispielhaften europäischen Modellregion zusammengewachsen

sind.“ Gleichzeitig freut sich Minister Asselborn auf die Zusammenarbeit mit seinem neuen Honorarkonsul: „Dank seiner guten Vernetzung, sowohl in Luxemburg wie in Rheinland-Pfalz, wird Dr. Glockauer dazu beitragen, die nachbarschaftlichen Beziehungen Luxemburgs mit Trier und mit Rheinland-Pfalz weiter zu vertiefen, indem er Kontakte auf der wirtschaftlichen sowie kulturellen Ebene erleichtern wird. Dis ist umso wichtiger in Zeiten der Corona-Pandemie.“

EXTRA

Die Honorarkonsulate Luxemburgs

Das Großherzogtum führt in Deutschland insgesamt zehn Honorarkonsulate: in Stuttgart, München, Saarbrücken, Dresden, Hamburg, Düsseldorf, Hannover, Bad Homburg, Bremen und Trier. Seit etwa 15 Jahren hat das Honorarkonsulat in Trier sein Büro in der Herzogenbuscherstraße be-

zogen, im Gebäude der IHK. Der Honorarkonsul wird für fünf Jahre bestellt. Es ist ein reines Ehrenamt, es gibt dafür weder eine Bezahlung noch eine Aufwandsentschädigung. Der Honorarkonsul übernimmt seine Aufgaben als reines Ehrenamt.

Die Kontaktdaten: Honorarkonsul Dr. Jan Glockauer
Herzogenbuscher Straße 12
54292 Trier
trier@consul-hon.lu

Ein guter Freund Luxemburgs

Amtsamttritt für neuen Honorarkonsul Jan Glockauer in Trier

TRIER Ein besonderer Amtswechsel fand dieser Tage in Trier statt, wo Dr. Jan Glockauer als neuer Honorarkonsul von Luxemburg in Trier auf den früheren Oberbürgermeister Klaus Jensen nachfolgte.

Glockauer, der als Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Trier auch in Luxemburg ein viel und gern gesehener Gast ist, wurde durch das großherzogliche Dekret vom 9. Oktober zum neuen Honorarkonsul des Großherzogtums Luxemburg in Trier ernannt.

Nach Erteilung des Exequaturs durch die Bundesregierung am 5. November 2020, kann Dr. Glockauer seine Tätigkeit ab sofort offiziell

ausüben. Klaus Jensen vertrat das Großherzogtum seit 2015 als Honorarkonsul in Trier. Der Konsularbezirk umfasst die Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord (also die ehemaligen Regierungsbezirke Trier und Koblenz). „Dank seiner guten Vernetzung, sowohl in Luxemburg wie in Rheinland-Pfalz, wird Dr. Glockauer dazu beitragen die nachbarschaftlichen Beziehungen Luxemburgs mit Trier und Rheinland-Pfalz weiter zu vertiefen, indem er Kontakte auf der wirtschaftlichen sowie kulturellen Ebene erleichtern wird. Dies ist umso wichtiger in Zeiten der Corona-Pandemie“, wird der luxemburgische Aussenminister Jean

Asselborn in einer Pressemitteilung zitiert. Der Chefdiplomat dankte dem scheidenden Honorarkonsul Klaus Jensen. „Die fortwährenden Bemühungen von Klaus Jensen zu einer verstärkten Zusammenarbeit haben mit dazu geführt, dass Luxemburg und Trier heutzutage zu einer beispielhaften europäischen Modellregion zusammengewachsen sind.“ Hier die Adresse des Honorarkonsulats des Großherzogtums Luxemburg in Trier: Honorarkonsul Dr. Jan Glockauer c/o IHK Trier, Herzogenbuscher Straße 12, D54292 Trier. Telefon: (0049) 651 9777 102, Mail: trier@consul-hon.lu Öffnungszeiten: montags bis freitags von 9.00 bis 12.00.. LJ

Warten auf gemeinsame Lösung

Studie über Umsetzung des Aktionsplans „Unternehmen und Menschenrechte“

LUXEMBURG

LJ

Im Dezember vergangenen Jahres hat die Regierung den nunmehr bereits zweiten Aktionsplan „Unternehmen und Menschenrechte“ angenommen, der den Zeitraum 2020 bis 2022 abdeckt. Dass die sogenannte Sorgfaltspflicht der Regierung besonders am Herzen liege, hatte Außenminister Jean Asselborn (LSAP) zuletzt noch einmal bei seiner letztwöchigen außenpolitischen Erklärung hervorgehoben, wobei man hier jedoch auf eine europäische Lösung warte. Es gehe darum sicherzustellen, wie und auf welcher Ebene man den größtmöglichen Effekt erzielen könne, und dies sei wohl auf europäischer Ebene. „Mir sinn der Meenung datt eng Aktioun um europäeschen Niveau eis déi gréisste Kredibilitéit an Effizienz gött fir dese Sujet international, notamment am Kader vun der UNO, weiderzebréngen. Och sinn ech der Meenung datt de Bannemaart eng Realitéit ass déi mir net kënnen ignoréieren an datt Gesetzer déi de Bannemaart betreffen, am beschten op EU-Niveau diskutéiert ginn“, so Asselborn in seiner Erklärung.

Mangelndes Bewusstsein für die Problematik festgestellt

Gestern nun stellten der Außenminister und eine Forscherin an der Universität Luxemburg, Dr. Basak Baglayan, die Studie „Mapping the Business and Human Rights

Landscape in Luxembourg – National Baseline Study“ vor, die nun mit Vertretern der Zivilgesellschaft und der Betriebe diskutiert werden soll. Hierbei wurde festgestellt, dass die diesbezügliche Situation in Luxemburg eigentlich gut, aber noch verbesserungswürdig sei. Dr. Baglayan sprach ihrerseits von einem allgemeinen Mangel an Bewusstsein für die Problematik, derweil Jean Asselborn angab, dass man hier eigentlich auf eine Initiative des deutschen EU-Ratsvorsitzes gehofft habe, aber wegen dem Coronavirus sei ja bekanntlich in diesem Jahr alles anders gekommen als erwartet. Nun warte man auf eine europäische Lösung.

Im vergangenen Jahr hatte sich unter anderem die beratende Menschenrechtskommission zu Wort gemeldet, die in Be-

zug auf den Aktionsplan „Unternehmen und Menschenrechte“ gefordert hatte, dass die Ausschließung von Menschenrechtsverletzungen eine gesetzliche Verpflichtung werden müsse. Es gelte nämlich zu verhindern, dass Unternehmen Menschenrechtsverletzungen begehen würden, und dies nicht nur in weit entfernten Entwicklungsländern, sondern ebenfalls in Luxemburg, wo im Hotel- und Gaststättengewerbe oder im Bausektor durchaus Menschen ausgebeutet würden.

Erinnert wurde gestern auch an die Katastrophen in Ländern

wie Bangladesch oder Pakistan, wo Menschen starben, weil sie unter unmenschlichen Bedingungen Kleider herstellen mussten, die von transnational agierenden Unternehmen bestellt wurden... ●

„Mir sinn der Meenung, datt eng Aktioun um europäeschen Niveau eis déi gréisste Kredibilitéit an Effizienz gött“

JEAN ASSELBORN Außenminister, bei seiner außenpolitischen Erklärung

Luxemburg macht den größten Sprung

STUDIE ASTI analysiert Integrationspolitik von über 50 Ländern

Marlene Bucher

Die „Association de soutien aux travailleurs immigrés“ hat für eine Studie die Integrationspolitik von mehr als 50 Ländern analysiert. Luxemburg hat dabei in der Gesamtwertung von allen zwar den größten Sprung nach oben gemacht – doch laut der Organisation ist da immer noch viel Luft.

Wie fühlen sich Menschen, die nicht in dem Land aufgewachsen sind, in dem sie gerade leben? Für viele ist es schwer, sich beruflich und gesellschaftlich an einem Ort einzufinden, wenn sie noch nicht sehr lange dort sind – oder wenn die Bedingungen in diesem Land es ihnen sogar erschweren. Mit diesem Thema beschäftigt sich die „Association de soutien aux travailleurs immigrés“ (ASTI) in ihrer Studie „Migrant integration policy index 2020“ (Mipex). Luxemburg hat dabei laut der Analyse den größten Fortschritt gemacht – gegenüber dem bisher jüngsten Bericht aus dem Jahr 2015.

Lokales Wahlrecht für Migranten

Beim Mipex handelt es sich um eine vergleichende Studie über die rechtlichen Bestimmungen zur Integration in den jeweiligen Ländern. „Es geht nicht um die Bewertung der konkreten Anwendung der Gesetze“, schreibt die ASTI. Das sei Gegenstand anderer Studien, wie sie zum Beispiel die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) im Auftrag der luxemburgischen Regierung durchführt. Deren Ergebnisse sollen Anfang 2021 vorgestellt werden.

„Im Mipex 2020 ist Luxemburg das Land, das in der Indexskala am stärksten gestiegen ist“, schreibt die ASTI in einer Pressemitteilung. Generell ist das durch-

schnittliche Mipex-Land laut der Analyse in den vergangenen fünf Jahren um zwei Punkte gestiegen. Im Gegensatz dazu führe Luxemburg mit einem Plus von zehn Punkten die Europäische Union mit den größten Verbesserungen seiner Integrationspolitik an und kommt damit auf 64 von 100 Punkten. Dennoch sei die demografische Situation Luxemburgs im Vergleich zum Rest der Welt so speziell, dass die Ergebnisse weiter analysiert werden müssten.

Ein Beispiel für eine positive Veränderung Luxemburgs in der Integration ist laut ASTI-Sprecher Sérgio Ferreira der Fortschritt bei den lokalen Wahlrechten für Migranten. Beim Punkt „politische Partizipation“ liegt Luxemburg in der MIPEX-Bewertung bei 85 von 100 Punkten. Damit liegt das Großherzogtum laut ASTI-Mitteilung „neben Irland und Neuseeland sogar auf Platz zwei der Rangliste“. Bürgern mit Wohnsitz in einem Drittland sei in Luxemburg die Teilnahme an Kommunalwahlen und sogar die Wahl zum Bürgermeister oder Stadtrat erlaubt – „eine Öffnung, die in der Europäischen Union bei weitem nicht die Regel ist“, heißt es in dem ASTI-Schreiben.

Auf der anderen Seite sei Luxemburg nach wie vor das einzige Land in der EU, das eine Aufenthaltsklausel von fünf Jahren für die Registrierung und Wahl von EU-Bürgern vorschreibt, schreibt die ASTI. „Diese Klausel ist umso unverständlicher, wenn man bedenkt, dass für die Eintragung in das Wählerverzeichnis oder für die Beantragung der luxemburgischen Staatsbürgerschaft dieselbe Aufenthaltsdauer von fünf Jahren erforderlich ist“, erklärt die Organisation weiter. Dass es das Wahlrecht auf lokaler Ebene jetzt gebe, sei ein guter Schritt in die richtige Richtung, sagt ASTI-Sprecher Ferreira. „Aber Luxemburg kann noch besser werden.“

Recht auf Schutz

vor Diskriminierung

Die ASTI-Analyse hat jedoch noch ein paar weitere Fortschritte in Luxemburgs Integrationspolitik entdeckt. „Alle rechtmäßig in Luxemburg ansässigen Personen genießen nun das Recht auf Schutz vor Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit und das Recht auf eine geburtsrechtliche Staatsbürgerschaft für die zweite Generation.“ Darüber hinaus sollen sich erwachsene Zuwanderer in ihrem Recht auf Familienleben und auf ihrem Weg zur Einbürgerung etwas sicherer fühlen, während ihre Kinder beim Zugang zu Hochschulbildungsmöglichkeiten stärker unterstützt werden sollen.

Bezüglich Nicht-EU-Familien ist Luxemburg laut ASTI familienfreundlicher geworden – indem es die einjährige Wartezeit für Familienzusammenführungen abgeschafft habe. Das „für Westeuropa leicht überdurchschnittliche luxemburgische Angebot“ beim Thema Bildung zielt zudem auf die spezifischen Bedürfnisse von Schülern mit Migrationshintergrund ab und befürworte einen interkulturellen Ansatz für alle Lernenden. „Diese Reformen dürften langfristig positive Auswirkungen auf die Einstellung und das Bewusstsein der Öffentlichkeit in Bezug auf Einwanderung und Diskriminierung haben“, heißt es in der Studie.

Dennoch gibt es nach wie vor einige Ungleichheiten. Die größten Lücken zeigen sich in den folgenden Bereichen:

- Beschäftigung: Unterrepräsentierung im öffentlichen Sektor und Lücken in Bezug auf Einkommen, Armut und Qualifikationen in Luxemburgisch im Vergleich zu Französisch und Deutsch;
- Bildung: Schulkonzentration von Schülern mit Migrationshintergrund, Sprachen und Bildungswege;
- langfristige Sicherheit: ständi-

ger Wohnsitz oder Einbürgerung;
- Bewusstsein und Bericht-
erstattung über Diskriminierung.

„Diese Ungleichheiten lassen
sich zum Teil durch Lücken und
Hindernisse in der Integrations-
politik Luxemburgs in Bereichen
wie Arbeitsmarktmobilität, Bil-
dung, Familienzusammenführung
und Daueraufenthalt erklären“,
so die ASTI. Positiv sei allerdings,

dass alle Einwohner Luxemburgs,
unabhängig von ihrer Staats-
angehörigkeit, nun weitgehend die
gleichen Grundrechte genießen.
Die Integrationspolitik eines Lan-
des sei wichtig, weil die Art, wie
Regierungen mit Einwanderern
umgehen, stark beeinflusse, wie
gut Einwanderer und Öffentlich-
keit miteinander umgehen.

Europa-Hauptstadt Luxemburg

Diese EU-Organen und -Agenturen haben ihren Sitz im Großherzogtum

Luxemburg ist Sitz einer Vielzahl von europäischen Institutionen, Agenturen und Organen. Und das seit fast 70 Jahren, also seit die Europäische Union sich entwickelte. So war bereits die Hohe Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl ab 1952 in Luxemburg angesiedelt. Neben Brüssel und Straßburg ist Luxemburg eine der europäischen Hauptstädte und beherbergt heute die meisten finanziellen und rechtlichen Institutionen der EU. Die Zahl der EU-Beamten in Luxemburg wird auf rund 11.000 geschätzt. Ein Überblick.

Das Sekretariat des Europäischen Parlaments, dem einzigen direkt gewählten EU-Organ mit Zuständigkeit für Gesetzgebung, Aufsicht und Haushalt.

Die Europäische Kommission mit den Einrichtungen zahlreicher Generaldirektionen, darunter Eurostat, die Statistikbehörde der EU.

Das Amt für Veröffentlichungen, eine interinstitutionelle Einrichtung, deren Aufgabe die Herausgabe der Veröffentlichungen der Organe der Europäischen Union ist. Das Amt gibt etwa täglich das Amtsblatt der Europäischen Union in 23 EU-Amtssprachen (mit Irisch, 24) heraus.

Der Gerichtshof der Europäischen Union, der das EU-Recht auslegt und somit gewährleistet, dass es in allen EU-Ländern auf die gleiche Weise angewendet wird. Außerdem entscheidet der EuGH in Rechtsstreitigkeiten zwischen nationalen Regierungen und EU-Institutionen.

Der Europäische Rechnungshof, der die EU-Finanzen prüft und Empfehlungen zur größeren Transparenz von Einnahmen und Ausgaben der EU-Gelder erstellt.

Die Europäische Investitionsbank, die Darlehen für die Finanzierung von Projekten vergibt, mit denen die Ziele der EU innerhalb und außerhalb der Union verwirklicht werden.

Der Europäische Investitionsfonds, der insbesondere Risikofinanzierungsdarlehen für kleinere und mittlere Unternehmen zur Verfügung stellt.

Die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität, die während der Finanz- und Wirtschaftskrise ins Leben gerufen wurde, um schuldengeplagten Euro-Ländern zu helfen. Der Europäische Stabilitätsmechanismus sorgt seit 2013 für die finanzielle Stabilität in Europa.

Das Übersetzungszentrum für die Einrichtungen der EU, dessen Hauptaufgabe darin besteht, den mehrsprachigen Kommunikationsbedarf der EU-Agenturen und anderer EU-Einrichtungen zu decken

Die Exekutivagentur für Verbraucher, Gesundheit, Landwirtschaft und Lebensmittel (CHAFEA). Die EU-Kommission hat allerdings geplant, sie im Januar nach Brüssel abzuziehen.

Die Euratom-Versorgungsagentur (AAE) die dazu beiträgt, im Rahmen des Euratom-Vertrages die Versorgung der Europäischen Union mit spaltbarem Material sicherzustellen.

Der EuroHPC Dieses junge gemeinsame Unternehmen soll dafür sorgen, dass die EU im Bereich der Hochleistungsrechner mit der Weltspitze mithalten kann. Auch Luxemburg bekommt bekanntlich einen Hochleistungsrechner namens Meluxina.

„Ein Vorzeigeprojekt mit Signalwirkung“

Europäische Staatsanwaltschaft zieht im Januar in ihren definitiven Sitz in Kirchberg

Der Europäische Gerichtshof bekommt Gesellschaft. Demnächst lässt sich nämlich die neu geschaffene Europäische Staatsanwaltschaft (EUSTa) in unmittelbarer Nähe nieder. Ab Januar bezieht die Behörde die ersten fünf Etagen der Tour B in der Avenue John F. Kennedy in Kirchberg. Gestern haben Außenminister Jean Asselborn (LSAP) und die Europäische Generalstaatsanwältin Laura Kövesi das Abkommen zum Sitz der jungen Institution unterschrieben. Asselborn zeigte sich in seiner kurzen Ansprache zufrieden, dass Luxemburg sich bei der Wahl des Standorts durchsetzen konnte; „Die EU-Staatsanwaltschaft ist ein Vorzeigeprojekt mit Signalwirkung, das dazu beitragen wird, den europäischen Rechtsraum zu vertiefen.“ Zudem festigte die neue Behörde Luxemburg als Sitz der europäischen Institutionen.

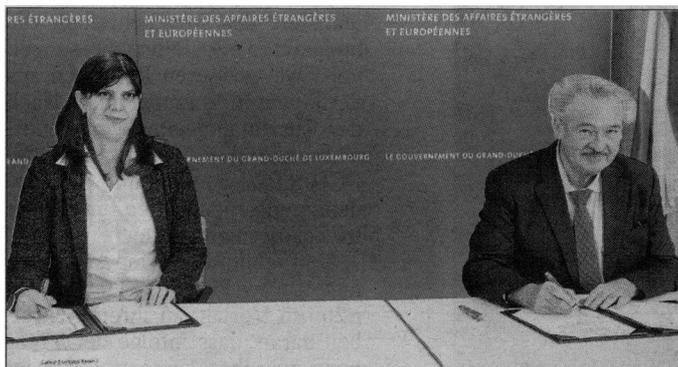
Im März 2017 hatten sich die Staats- und Regierungschef aus 17 EU-Staaten darauf verständigt, die EUSTa als unabhängige EU-Behör-

de gegen Straftaten zum Nachteil finanzieller Interessen der Union ins Leben zu rufen. Sie soll Betrug, Korruption und schweren grenzüberschreitenden Mehrwertsteuerbetrug untersuchen, strafrechtlich verfolgen und die Täter vor Gericht bringen. Asselborn verspricht sich von der neuen Behörde deshalb auch eine Stärkung des Rechtsstaats. Derzeit sind 22 Mitgliedstaaten mit von der Partie. Der damalige Justizminister Félix Braz (Déi Gréng) hatte sich nicht nur für die Schaffung einer europäischen Strafverfolgungsbehörde stark gemacht, er hatte sich auch nachdrücklich für Luxemburg als Sitz der EUSTa engagiert.

Im Oktober vergangenen Jahres war die Rumänin Laura Kövesi als erste EU-Generalstaatsanwältin bestätigt worden. Davor war Kövesi Staatsanwältin am Obersten Gerichts- und Kassationshof in Rumänien. Im Rahmen der Pressekonferenz sprach sie sich für eine starke und unabhängige Europäische Staatsanwaltschaft aus. Mit

einem „zahnlosen Tiger“ sei niemandem geholfen, meinte die erfahrene Juristin, die zwischen 2013 und 2018 die oberste Korruptionsbekämpfungsbehörde ihres Landes geleitet hatte.

Anfang Januar soll die EUSTa von ihrem provisorischen Zuhause im Hémicycle an ihren definitiven Sitz umziehen. Zurzeit sind bereits 67 Personen für die Institution tätig, bis 2021 ist eine Sollstärke von 122 Mitarbeitern geplant. DS



Die Europäische Generalstaatsanwältin Laura Kövesi und Außenminister Jean Asselborn besiegelten gestern das Abkommen, das Luxemburg als Sitz der EU-Staatsanwaltschaft festhält. Foto: Guy Jallay

Kampf gegen Betrug und Korruption

LUXEMBURG EU-Staatsanwaltschaft hat nun offiziell ihren Sitz auf Kirchberg

Guy Kemp

Die EU-Staatsanwaltschaft hat seit gestern nun auch offiziell ihren Sitz in Luxemburg, nachdem der luxemburgische Außenminister Jean Asselborn und die Europäische Generalstaatsanwältin Laura Codruța Kövesi ein entsprechendes Abkommen unterzeichnet haben. Die neue EU-Justizbehörde soll nun möglichst schnell ihre Arbeit aufnehmen. Der Umzug der bislang 67 Mitarbeiter der EU-Staatsanwaltschaft vom „Klénge Kueb“, wo sie bisher provisorisch untergebracht war, in den „Turm B“ an der Avenue John F. Kennedy auf Kirchberg kann nun beginnen. Fünf Stockwerke stellt die luxemburgische Regierung der neuen EU-Behörde dort bereit. Für die EU-Generalstaatsanwältin hat die direkte Nähe zum Europäischen Gerichtshof (EuGH) einen „starken symbolischen Wert“, da die beiden Behörden einen „wesentlichen Pfeiler der EU“ bilden würden, meinte die Rumänin nach der Unterzeichnung des Abkommens im luxemburgischen Außenministerium.

Die EU-Staatsanwaltschaft geht aus einer sogenannten „verstärkten Zusammenarbeit“ innerhalb der EU hervor, die im April 2017 von 16 EU-Staaten, darunter Luxemburg, initiiert wurde. Derzeit beteiligen sich 22 EU-Staaten (nicht dabei sind: Ungarn, Polen, Irland, Schweden und Dänemark). Die Staatsanwaltschaft soll vor allem gegen Betrug und Korruption sowie andere Straftaten vorgehen, die im Zusammenhang mit dem EU-Haushalt sowie EU-Geldern stehen. Jean Asselborn nannte gestern als Beispiel etwa grenzüberschreitenden Mehrwertsteuer-Betrug. Die EU-Staatsanwaltschaft wird dazu Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen durchführen können. Vor allem soll sie das in

aller Unabhängigkeit durchführen können.

Ab dem 15. Januar sollen die ersten der 22 Staatsanwälte aus den beteiligten EU-Staaten ihre Arbeit aufnehmen. Allerdings sind noch nicht alle Formalitäten erfüllt, damit auch die ersten Untersuchungen aufgenommen werden können. Es bleibe noch einiges zu klären, hieß es gestern nach der Unterzeichnung. Am kommenden Mittwoch werden sich die EU-Justizminister mit der EU-Staatsanwaltschaft befassen.

Für Jean Asselborn ist der Sitz der EU-Staatsanwaltschaft in Luxemburg ein „wichtiger Schritt“. Damit werde der hiesige EU-Standort gestärkt. Er erinnerte daran, dass der ehemalige Justizminister Felix Braz eine „große Vorarbeit“ dazu geleistet habe, damit die Behörde überhaupt nach Luxemburg kommt.

Bis zum kommenden Jahr sollen 121 Mitarbeiter der europäischen Staatsanwaltschaft angehören. Das würde aber längst nicht reichen, um den Aufgaben gerecht zu werden, die auf die neue Behörde zukommen würden, kritisierte diese Woche die „Union syndicale Luxembourg“ (USL), eine der Gewerkschaften der EU-Beschäftigten, in einer Mitteilung. Ihrer Ansicht nach bräuhete die Rechtsbehörde 219 Beschäftigte, um „anständig“ arbeiten zu können. Denn mit der neuen EU-Haushaltsplanung käme viel Arbeit auf die EU-Staatsanwaltschaft zu. Auch Jean Asselborn wies gestern darauf hin, dass ihre „Mission jetzt noch wichtiger“ werde, da sie neben dem fast 1,1 Billionen Euro umfassenden mehrjährigen EU-Haushalt ebenfalls den 750 Milliarden Euro umfassenden Wiederaufbaufond „Next Generation EU“ im Auge behalten müsse, mit dem durch die Corona-Krise wirtschaftlich ins Straucheln geratenen EU-Staaten geholfen werden soll.

Effiziente Kämpferin gegen Korruption

Luxemburg engagierte sich für eine starke und unabhängige Staatsanwaltschaft, auch in personeller und finanzieller Hinsicht, versicherte Jean Asselborn. Auch was die finanzielle Ausstattung der Rechtsbehörde anbelangt, hat die USL ihre Vorstellungen. Anstatt der bislang vorgesehenen 18 Millionen Euro sollten der Staatsanwaltschaft 55 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden, damit sie ihrer Aufgabe gerecht werden könne, fordert die USL. Laura Codruța Kövesi scheint sich ihrer beschränkten Mittel bewusst zu sein. Denn, wie sie gestern erklärte, habe sie die zuständigen EU-Justizminister gefragt, ob sie eine starke europäische Staatsanwaltschaft wollten oder nur eine Staatsanwaltschaft, um eine zu haben. Als Staatsanwältin wolle sie eine klare Antwort auf ihre Fragen, machte Laura Codruța Kövesi deutlich.

Der Rumänin eilt der Ruf einer effizienten Kämpferin gegen Korruption voraus. Hunderte Politiker, Beamte sowie Geschäftsleute aus dem In- und Ausland wurden unter ihrer Führung als Chefin der rumänischen Antikorruptionseinheit der Staatsanwaltschaft angeklagt. Trotz Protesten der Bevölkerung wurde sie dennoch im Juli 2018 durch den rumänischen Justizminister Tudorel Toader ihres Amtes enthoben. Die sozialistische Regierung versuchte gar, vor allem auf Betreiben ihres damaligen Chefs Liviu Dragnea, der selbst wegen betrügerischer Machenschaften verurteilt worden war, Laura Codruța Kövesi als erste europäische Generalstaatsanwältin zu verhindern. Ohne Erfolg.



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

WIRTSCHAFT

Rohstoffe für die Mondbasis

Das „European Space Resources Innovation Centre“ nimmt seine Forschungsarbeit auf

Von Thomas Klein

Klappern gehört bekanntermaßen zum Handwerk. Das scheint allerdings auch für das Weltraum-Geschäft zu gelten. Denn geklappert wurde reichlich bei der gestrigen Eröffnung der Forschungseinheit „European Space Resources Innovation Centre“ (ESRIC). So wurden nicht nur prominente Vertreter der amerikanischen (Nasa) und europäischen Weltraumagenturen (ESA) zugeschaltet, sondern es gab auch einen aufwendig produzierten Film, der die Ambitionen Luxemburgs im Bereich „Space Resources“, also dem Abbau und der Nutzung von Rohstoffen im All, erklärt. Daneben führte eine spektakuläre Animation das recht unspektakuläre Logo des neuen Forschungszentrums ein. Besucher erhielten Tassen, Anstecknadeln und zeitgemäß eine Gesichtsmaske mit dem Branding des ESRIC.

Jetzt ist es am Interimsdirektor des Forschungszentrums, Matthias Link, dieses Vorhaben mit Inhalt zu füllen. Link, dessen Mandat über zwei Jahre läuft, ist bereits seit zwei Jahren bei der „Luxemburg Space Agency“ (LSA) für das Thema Space Resources verantwortlich. Zu den ersten Aufgaben des promovierten Ingenieurs und Physikers wird es gehören, die richtigen Mitarbeiter für die Entwicklungsprojekte zu rekrutieren und die benötigte Forschungsinfrastruktur aufzubauen. Dazu steht ihm ein Anfangsbudget von 20 Millionen Euro für die nächsten drei Jahre zur Verfügung.

Förderung des Unternehmertums

Angesiedelt wird das ESRIC am „Luxembourg Institute of Science and Technology“ (LIST) und wird dort als eigenständige Abteilung geführt werden. Nach der Aufbauphase soll das ESRIC möglicherweise vom LIST abgespalten und als eigenständige Institution geführt werden. Die Anbindung

ans LIST mache Sinn, betont der Chef des Instituts Thomas Kallstenius. Denn dort werden nicht nur bereits jetzt einige Forschungsprojekte für den Weltraumsektor betrieben, sondern die für die Space Resources wichtigen Materialwissenschaften sind auch einer der Schwerpunkte der Forschungseinrichtung. „Wir haben viele potenzielle Synergien zwischen ESRIC und unseren Forschungsabteilungen identifiziert“, sagte der Schwede bei der Veranstaltung.

Dabei betonte er auch die Bedeutung des „Dual Use“- dass man nicht nur nach Lösungen für die Raumfahrt, sondern immer auch Anwendungsmöglichkeiten auf der Erde suchen wolle. Eine weitere wichtige Säule des ESRIC neben der Forschung soll die Förderung des Unternehmertums in diesem Bereich sein. So wird gleich zu Beginn ein eigener Inkubator aufgebaut, der junge „Space Resources“-Firmen bei der Entwicklung ihres Geschäfts unterstützen soll. Wirtschaftsminister Franz Fayot betonte, dass das ESRIC auch den Wissens- und Technologietransfer zwischen Unternehmen befördern soll. „Das Forschungszentrum wird die Industrie und Investoren ermutigen, sich zusammenzuschließen und die Entwicklung wichtiger Technologien (...) zu beschleunigen“, sagte er bei der Inauguration.

Dauerhafte Besiedlung des Mondes

Im Mittelpunkt der Eröffnungsveranstaltung stand aber die Unterzeichnung der Partnerschaftvereinbarung zwischen der ESA und der LSA, die die Gründung des ESRIC möglich machte. Die ESA schießt acht Millionen Euro zum Startbudget des Forschungszentrums bei und stellt einen Teil der Forschungsausrüstung wie eine Vakuumkammer, in der Materialien unter den im

Weltall herrschenden Bedingungen getestet werden können, zur Verfügung. Sie wird vermutlich auch einer der Hauptabnehmer der Innovationen sein, die im ESRIC entwickelt werden. ESA-Generaldirektor Jan Wörner, der per Videolink zugeschaltet war, betonte, dass die Idee eine Forschungszentrums speziell für den Bereich Space Resources bisher „einzigartig“ sei.

Bei den weiteren Vorträgen des Vormittags wurde dann tatsächlich klarer, wie konkrete Anwendungsbereiche der zu entwickelten „Space Resources“-Technologien aussehen könnten. So verwies Fayot auf die kürzlich vereinbarte Beteiligung Luxemburgs an dem Artemis-Projekt, das unter Federführung der NASA bis 2024 wieder Menschen, darunter zum ersten Mal eine Frau, zum Mond bringen will. Diesmal gehe es aber nicht mehr nur darum, Proben zu sammeln und zur Erde zurückzubringen, vielmehr soll eine permanente Präsenz des Menschen auf dem Erdtrabant ermöglicht werden, betonten gleich mehrere Sprecher. Dazu sei es unerlässlich, dass Technologien entwickelt werden, um die dort vorhandenen Ressourcen zu nutzen, betont Bernhard Hufenbach von der ESA. „Nur so können zum Beispiel Transportkosten eingespart werden, die aktuell 50 Prozent der Ausgaben des Betriebs der Internationalen Raumstation ISS ausmachen. Wenn man eine Infrastruktur auf dem Mond betreiben würde, wären es sogar 70, 80 oder 90 Prozent der Kosten“, sagt Hufenbach. Daher sei es wichtig, Wege zu finden, um Baumaterialien, Sauerstoff, Wasser und vielleicht sogar Treibstoff aus den auf den Mond vorhandenen Rohstoffen zu gewinnen. Dazu könne die Arbeit des ESRIC einen entscheidenden Beitrag leisten.

Der Start des „Space Resources“-Innovationszentrums

4 Fragen Antworten

Mathias Link, Sie werden ab sofort das European Space Resources Innovation Centre (ESRIC) leiten. Warum wird zunächst ein Interimsdirektor ernannt?

Die Idee ist, dass wir sehr schnell vorankommen und die Arbeit aufnehmen können. Dann ist es gut, dass wir mit den Leuten starten, die schon da sind bei der LSA, der ESA und beim LIST und wir nicht sofort ein komplett neues Team aufbauen müssen. Ich habe das Projekt bei der LSA

ja von Anfang an begleitet. Die Idee ist aber, auch parallel einen neuen Direktor zu suchen – spätestens für in zwei Jahren, idealerweise schon früher.

Was sind jetzt die ersten Schritte beim Aufbau des ESRIC?

Wir haben heute den wichtigen Vertrag unterschrieben, zwischen LSA, LIST und ESA. Und damit können wir jetzt wirklich loslegen. Natürlich müssen wir zunächst das Team auf-

bauen. Das heißt, wir werden in den nächsten beiden Wochen wahrscheinlich um die zehn Positionen aus-schreiben, sowohl für Forscher, aber auch Partnership-Officer und Inkuba-tor-Manager.

Ihr Budget beläuft sich auf 20 Millionen Euro über drei Jahre. Wie wird das in erster Linie verwendet?

Zunächst vor allem für das Perso-nal. Wir rechnen damit, dass wir innerhalb von drei Jahren zwischen 30

und 40 Mitarbeiter einstellen werden. Hinzu kommen die Investitionen in die Laborausstattung.

Warum dieser enge Fokus des For-schungszentrum auf ein so spezielles Feld wie Space Re-sources?

Wir wollten eine Konzentration auf das Thema, weil es bisher noch nicht genügend adressiert wird. Auf jeden Fall nicht in Europa und auch welt-weit nicht. Hier kann Luxemburg eine Vorreiterrolle spielen. Das heißt natürlich auf keinen Fall, dass die ande-ren Aktivitäten der Weltallindustrie in Luxemburg vernachlässigt werden. Im Gegenteil hat die LSA weitere Prio-ritäten wie Satellitenkommunikation, die wir natürlich beibehalten.



Wirtschaftsminister Franz Fayot vor der Unterzeichnung des Kooperationsvertrages zwischen Luxemburg und der Europäischen Weltraum-agentur zur Gründung des „European Space Resources Innovation Centre“.

Foto: Anouk Antony

„Luxemburg hat einen guten Riecher“

ESRIC Gespräch mit ESA-Generaldirektor Jan Wörner

Christian Muller

Gemeinsam mit dem Forschungszentrum LIST und der Luxemburger Weltraumagentur LSA ist die Europäische Weltraumagentur ESA einer der drei Partner des neuen Innovationszentrums European Space Resources Innovation Centre (ESRIC). Das Tageblatt hat mit ESA-Generaldirektor Jan Wörner gesprochen.

Tageblatt: Warum sind Sie so begeistert von der Initiative aus Luxemburg?

Jan Wörner: Da gibt es mehrere Antworten. Ich bin immer wieder froh, wenn Mitgliedsländer der ESA spezielle Themenbereiche für sich finden. Das ist gut für die Raumfahrt. Und Luxemburg hat in der Vergangenheit bereits gezeigt, dass es einen guten Riecher hat. Man denke an die Kommunikation per Satellit. Zudem hoffe ich, dass wir nicht nur für ein paar Stunden auf dem Mond bleiben, wenn wir nun wieder dorthin fliegen. Der Weltraum, Mars und Mond – alles ist voller Ressourcen. Das Wasser auf dem Mond kann für Menschen, Pflanzen und sogar für Raketentreibstoff genutzt werden. Das

Material zum Bau von Schutzräumen (vor Strahlung) kann nicht bis auf den Mond transportiert werden. Es gilt, die Rohstoffe vor Ort zu nutzen. Auch gibt es auf und um den Mond bereits viele alte Geräte. Die kann man recyceln. Die Rover der Apollo-Missionen stehen seit 50 Jahren da. Auch in der Umlaufbahn fliegt viel ungenutzt herum

(zum Beispiel Satelliten ohne Treibstoff oder das Auto von Elon Musk). Das sind viele teure Bauteile ... Die soll man nutzen.

Immer wieder fällt das Stichwort „moon village“. Was steckt dahinter?

Die Idee hatte ich vor mehr als zehn Jahren formuliert. Ich erntete damals aber viel Kritik: Der Mond sei ein toter Stein, hieß es. Es werde keine Mond-Missionen mehr geben. Heute jedoch ist der Mond wieder spannend. Es gibt Wasser. Die Rückseite eignet sich für den Bau eines Observatoriums. Das „moon village“ ist ein Konzept: Viele Partner mit unterschiedlichen Interessen, die zusammen an einem Ort auf dem Mond aktiv sind ... So wie ein richtiges Dorf. Vielleicht ein Camp, wo man verweilen kann – vielleicht aber auch nur eine Bündelung von Kompetenzen. An eine Dauerbesiedlung des Mondes glaube ich nicht. Die Erde ist und bleibt der schönste Ort. Dennoch braucht es Einrichtungen – für die Forschung, die Technik, vielleicht für Tourismus, ein Observatorium. In etwa so wie heute auf dem Südpol.

Wie lange wird es noch dauern, bis wir Menschen auf dem Mond haben?

Das „moon village“ ist kein Bebauungsplan. Es geht um das Konzept, die Raumfahrtgemeinde zusammenzubringen. Und das ist bereits passiert. Die USA fliegen zum Mond, Europa fliegt zum Mond. Die Idee ist umgesetzt.

Das „Dorf“ existiert. Es besteht Zusammenarbeit rund um den Mond. Das macht mich froh.

Was bringt die ESA mit nach Luxemburg, in das neue Innovationszentrum?

Wenn die ESA einen derartigen Vertrag unterzeichnet, dann öffnet das die Türen zu unseren Technologien, zu unseren Experten. Beispielsweise haben wir eine Maschine, um mittels 3D-Druck Bausteine aus Mondstaub herzustellen. Es ist eine Partnerschaft, eine direkte Verbindung zur ESA. Wir wollen zum Mond – und ESRIC kann einen Beitrag hierzu leisten.

Wie wichtig ist Luxemburg, um diese Art der Forschung voranzubringen?

Luxemburg ist eines von 22 Mitgliedsländern der ESA. Es hat sich immer im Bereich Innovation besonders ausgezeichnet – sowohl im Land als auch für die ESA. Auch hat es den Direktor immer gerne bei neuen Vorhaben unterstützt. Luxemburg steht für höhere Geschwindigkeit – und das brauchen wir. Ich komme immer wieder gerne nach Luxemburg.

Vor einigen Monaten hieß es, der ehemalige Luxemburger Wirtschaftsminister Etienne Schneider würde Ihr Nachfolger bei der ESA werden ...

Das hätte mir gut gefallen. Er hat viel Dynamik mit in den Sektor gebracht. Doch leider hat er sich nicht für den Posten beworben. Das bedauere ich sehr.

Luxemburgs Fußabdruck im Weltraum wächst

GRÜNDUNG European Space Resources Innovation Centre

Christian Muller

Es ist erstaunlich, wie schnell es gehen kann: Gerade mal vier Jahre ist es her, dass die SpaceResources-Initiative vom damaligen Wirtschaftsminister Etienne Schneider gestartet wurde. Seitdem ist Luxemburg zu einer anerkannten Größe im Weltraumgeschäft geworden. Als gestern Morgen das „European Space Resources Innovation Centre“ (ESRIC) offiziell gegründet wurde, wurde die Zeremonie von fast tausend Menschen live über das Internet mitverfolgt. Von der US-Weltraumagentur NASA wurde das Land per Videobotschaft geradezu mit Lob überschüttet.

„Will die Menschheit irgendwann eine dauerhafte Präsenz auf dem Mond haben, dann muss sie lernen, mit dem zu leben, was der Ort zu bieten hat“, sagte Mike Gold, Administrator for NASA's Office of International and Interagency Relations. Nur so könne die Erforschung des Weltraums nachhaltig gestaltet werden, erklärte er. Mehrmals dankte Gold Luxemburg dabei „für seine Führungsrolle“ in dem Bereich. Die Nutzung der Ressourcen vor Ort sei „der Treibstoff, um die Menschheit zum Mond und noch weiter ins Weltall zu bringen“.

Auch der Generaldirektor der Europäischen Weltraumagentur, Jan Wörner, war über Video zugeschaltet. Die ESA ist neben der Luxemburger Weltraumagentur (LSA) und dem Forschungsinstitut LIST einer der drei Partner des neuen Innovationszentrums. „Luxemburg ist immer bereit, neue Wege zu gehen“,

lobte Wörner die Initiative des Großherzogtums. „Die Zukunft ist näher, als es scheint.“

Aktuell steht der Transport bei Mondmissionen für etwa 90 Prozent der Kosten, fügte Bernhard Hufenbach (ESA) erklärend hinzu. Das sei nicht besonders nachhaltig. Dementsprechend sei es für die Erforschung des Weltraums absolut wesentlich, die Rohstoffe vor Ort zu nutzen, etwa Wasser und Mineralien.

„Nun kann das Abenteuer wirklich beginnen“, so Wirtschaftsminister Franz Fayot gestern in seiner Rede zur offiziellen Eröffnung. Das ESRIC soll zu einem international anerkannten Zentrum für wissenschaftliche, technische und kommerzielle Kompetenz in dem Bereich werden. Es sei das erste Forschungs- und Innovationszentrum, das bei der Entwicklung von Technologien zur Erforschung des Weltraums den Fokus auf Rohstoffe aus dem Weltraum lege. Partner aus dem öffentlichen und dem privaten Sektor sind willkommen. „Es geht um Koordination und Kooperation“, so Interimsdirektor Mathias Link. „Das Ziel ist der Mond. Auch Europa soll da eine Rolle spielen.“ Zuvor war der studierte Physiker Director of International Affairs bei SpaceResources.lu und der LSA.

Wirtschaftlicher Nutzen für Luxemburg

Auch die Wirtschaft wird nicht vergessen: So soll ESRIC (mit Sitz in Esch-Belval) mithelfen, die Wirtschaft des Landes zu diversifizieren. Im Laufe von 2021 soll z.B. ein besonderer Bereich für Start-ups entstehen, er-

läuterte Fayot. Bereits jetzt zählt das Land rund 50 Firmen, die im Geschäft mit dem Weltraum tätig sind. „Schließlich wollen wir auch einen wirtschaftlichen Nutzen davon haben“, so Marc Serres, Geschäftsführer der LSA.

„Wir haben bereits mehrere hochrangige Forschungsprojekte im Raumfahrtsektor durchgeführt und wir sehen viele potenzielle Synergien zwischen dem ESRIC und unseren anderen Forschungsabteilungen“, so der Geschäftsführer des Forschungszentrums LIST, Thomas Kallstenius. Das ESRIC passe voll und ganz dazu. „Für uns wird vor allem die duale Nutzung von Technologien – im Weltraum und auf der Erde – in den kommenden Jahren von großem Interesse sein.“ Zudem soll auch die Forschung positive Ergebnisse für sozioökonomische Bedürfnisse auf der Erde erzielen, unterstrich Minister Claude Meisch. Das ESRIC, das in den Räumlichkeiten des LIST angesiedelt ist, reihe sich gut ein in die Ziele der hiesigen öffentlichen Forschung.

Etwa 15 Millionen Euro wollen die drei Partner (ESA, LSA und LIST) in den kommenden fünf Jahren ins ESRIC investieren. Dieses Geld soll in neue technische Ausrüstungen fließen, und auch die Gehälter von rund 30 Mitarbeitern sollen hiermit bezahlt werden. Die ersten Jobanzeigen sollen in den kommenden Tagen auf der Webseite vom ESRIC veröffentlicht werden, so Mathias Link. Danach werden die verschiedenen Teams aufgestellt. „Es ist ein spannender Moment“, so Serres. „Ein Baustein in der SpaceResources-Initiative.“ Und er verspricht: „Weitere werden noch folgen.“

Experte lobt Luxemburgs Vereinbarung mit NASA und Co.

ARTEMIS ACCORDS Ein Anwalt bewertet das neue Abkommen über die Nutzung des Sonnensystems

Yves Greis

Luxemburg will das Sonnensystem erforschen und seine Ressourcen nutzbar machen. Zusammen mit den USA und sechs weiteren Nationen hat Wirtschaftsminister Franz Fayot deshalb im Oktober die Artemis-Vereinbarung unterzeichnet. Für viel Aufsehen sorgte das in Luxemburg nicht. Was taugt das Dokument überhaupt? Der Anwalt und Experte für Weltraumrecht Antonino Salmeri lobt den Text.

Die Eroberung des Sonnensystems ist in den Köpfen vieler Menschen immer noch Science-Fiction. Doch in den vergangenen Jahren sind viele Pläne plötzlich sehr konkret geworden. Die NASA will zurück auf den Mond. Und dieses Mal sollen die Männer und Frauen dem Trabanten nicht nur eine Stippvisite abstatten, sondern einen dauerhaften Außenposten errichten. Ein Mini-Weltraumstation (die „Gateway“) soll im Orbit des Mondes die Stellung halten, während auf der Oberfläche geforscht wird und für einen weiteren Schritt hinaus ins All trainiert wird – für die Besiedelung des Mars.

All dies wird nur möglich sein, wenn die Menschen auf dem Mond den größten Teil dessen, was sie brauchen, vor Ort herstellen können. Dazu zählen Material für Unterkünfte, Treibstoff, Strom, Luft und Wasser. Deshalb gewinnt der Ressourcen-Abbau vor Ort – sprich Space Mining – an Bedeutung.

Die neue Mondmission der NASA trägt den Namen Artemis. So heißt die griechische Mondgöttin und Schwester von Apollo, nach dem die Mondmissionen der 60er Jahre be-

nannt waren. Bei der Mission soll auch erstmalig eine Frau den Mond betreten. Am 13. Oktober haben NASA-Chef Jim Bridenstine und Vertreter aus sieben anderen Ländern die Artemis-Vereinbarung unterzeichnet. Ein Dokument über die friedliche Nutzung des Mondes, des Mars, der Kometen und Asteroiden. Die Unterzeichner sind ein eklektisches Oktett bestehend aus den USA, Australien, Kanada, Italien, Japan, den Emiraten, dem Vereinigten Königreich und Luxemburg. Der luxemburgische Unterzeichner ist Wirtschaftsminister Franz Fayot. Die Raumfahrt ist in Luxemburg, wie in vielen Ländern, Sache des Wirtschaftsministeriums. Die Luxemburger Weltraumbehörde LSA ist dem Wirtschaftsministerium nicht nur untergeordnet, sie residiert auch im gleichen Gebäude.

Rücksicht und Kooperation

Antonino Salmeri ist Anwalt und Experte für Weltraumrecht. Unter anderem hat er sich bereits in einer Arbeit mit dem luxemburger Space-Mining-Gesetz befasst. Die Artemis-Vereinbarung bewertet er sehr positiv.

Salmeri hat die Entstehungsgeschichte der Vereinbarung als Außenstehender beobachtet und glaubt, über die Entwicklungsgeschichte hinweg einen Wandel bei der NASA gesehen zu haben. Ursprünglich plante die NASA lediglich eine Reihe von bilateralen Abkommen mit den Partnern der Artemis-Mission. Das Endresultat, eine multilaterale Vereinbarung, überzeugt ihn.

Den Text sieht er auf einer Linie mit dem Weltraumvertrag von 1967. Dieser Vertrag ist das

Kernstück des Weltraumrechts. Er verbietet unter anderem, dass ein Land sich einen Himmelskörper aneignet. Die Macher des Weltraumvertrages konnten 1967 allerdings die Space-Mining-Aktivitäten des 21. Jahrhunderts nicht vorhersehen, sodass heute in einigen Punkten mehr Klarheit nötig ist. Dort, wo die Artemis-Vereinbarung über den Weltraumvertrag hinausging, täten sie dies auf eine gute Weise, glaubt Salmeri.

Ein wichtiger Artikel darin regelt, dass die Unterzeichner auch im Weltraum Rücksicht auf die Arbeit eines anderen nehmen. Die Unterzeichner wollen sich gegenseitig darüber auf dem Laufenden halten, wo sie was tun, und Rücksprache halten, bevor sie etwas tun, das die Arbeit von anderen stören könnte. Ein Beispiel: Durch die Ankunft eines Landers auf dem Mond wird Staub aufgewirbelt. Für Roboter, die am Landeplatz aktiv sind, könnte das zum Problem werden. Er könnte eine Untersuchung zunichtemachen. Im schlimmsten Fall beschädigt der Staub ihre Instrumente, sodass sie unbrauchbar sind. Damit so etwas nicht passiert, sollen die Unterzeichner sich in Zukunft absprechen. Doch die Zusammenarbeit geht viel weiter. Die Länder verpflichten sich, die wissenschaftlichen Informationen, die sie im Rahmen der Vereinbarung sammeln, mit der Öffentlichkeit und der Wissenschaftsgemeinschaft zu teilen.

Gemeinsame Standards auf dem Mond

Die Frage, welcher Teil der Vereinbarung der wichtigste ist, lässt sich für Salmeri nicht einfach beantworten. „Die einzelnen

Länder haben unterschiedliche Prioritäten und damit unterschiedliche Vorteile durch dieses Dokument“, so der Anwalt. Für ihn aber ist Paragraf 5 besonders wichtig. Darin verpflichten sich die Unterzeichner, an gemeinsamen Standards für ihre Infrastruktur zu arbeiten. Etwa bei Landeplätzen oder auch bei der Aufbewahrung von Treibstoff. Salmeri glaubt, dass hiervon Länder mit einem kleineren Weltraumsektor profitieren können, da es einfacher wird, die Infrastruktur mitzubenutzen, die andere bereits errichtet haben – zum Beispiel ein Kraftwerk, das die zukünftigen Mondinstallationen mit dem nötigen Strom versorgt.

Die Vereinbarung enthält außerdem einen Abschnitt über Weltraumressourcen. Auf den ersten Blick, könnte man glauben, für Luxemburg sei ein Abschnitt besonders wichtig. Doch Salmeri misst ihm weniger Bedeutung zu. Der Paragraf wiederhole lediglich die bereits anerkannte Tatsache, dass das Schürfen von Ressourcen auf dem Mond, Asteroiden oder anderen Himmelskörpern keine nationale Inbesitznahme eines Himmelskörpers darstellt und damit nicht gegen den Weltraumvertrag von 1967 verstößt. Die Artemis-Vereinbarung fügt dem nichts Neues hinzu. Of-

fene Fragen, zum Beispiel, ob die Nutzung von Weltraumressourcen auf nationaler oder internationaler Ebene geregelt sein sollte, beantwortet auch die Artemis-Vereinbarung nicht.

Unterzeichnet wurde sie von den Chefs unterschiedlicher Weltraumbehörden und von Regierungsmitgliedern. Sie sind in Luxemburg nicht etwa die Chamber gegangen. Welche juristische Relevanz haben sie dann? „Die Artemis-Vereinbarung ist eine politische Selbstverpflichtung“, so Salmeri. Es handelt sich nicht um ein Abkommen im Sinne des internationalen Rechts – rechtlich sind sie also nicht bindend. „Politisch haben sie jedoch eine große Bedeutung.“ Er glaubt nicht, dass eines der Länder ins Weltall fliegt und die Vereinbarungen bricht. Ein solches Vorgehen würde auf der politischen Bühne zu schwerwiegenden Konsequenzen führen.

Jeder kann mitmachen

Gleichzeitig sind Privatunternehmen von den Vereinbarungen betroffen. Sie haben sich selber zwar zu nichts verpflichtet, aber sie benötigen für ihre Aktivitäten

Genehmigungen, die sie von den unterzeichnenden Staaten erhalten. Unternehmen aus Luxemburg, die Space Mining betreiben wollen, brauchen zum Beispiel laut dem Space-Mining-Gesetz von 2017 eine ministerielle Zulassung.

Dass weder China noch Russland oder Indien Unterzeichner der Vereinbarungen sind, kommentiert Salmeri ähnlich, wie es auch Fayot schon getan hat. „Es ist ein offenes Dokument.“ Das Dokument hält sogar fest, dass jeder, der will, sich der Vereinbarung anschließen kann. „In Zukunft werden noch andere Länder hinzukommen. Kürzlich gab es die Nachricht, dass Brasilien Interesse hat. Ich denke, dass das eine tolle Sache wäre“, sagt Salmeri. Natürlich gibt es politische Gründe, die China oder Russland davon abhalten könnten, der Vereinbarung beizutreten. Allerdings enthalte der Text kaum strittige Punkte, meint Salmeri. Tatsächlich könnten alle Länder von Sicherheitszonen für ihre Weltraumaktivitäten oder Datenaustausch profitieren. „Ich sehe keinen Grund, dem nicht beizutreten, oder wenigstens selbst etwas zu entwickeln, das dem sehr ähnlich ist“, so Salmeri.



Foto: Editpress/Fabrizio Pizzolante

Wirtschaftsminister Franz Fayot (l.) und Casey Mace von der US-Botschaft (r.) bei der Präsentation der Artemis-Vereinbarung am 14. Oktober. Im Hintergrund ist US-Botschafter Rudy Evans zu sehen, der nicht anwesend sein konnte und eine Videobotschaft geschickt hatte.

Reise um den Mond

Kaum ein Luxemburger Weltraumprojekt kommt ohne Bauteile der Firma Emtronix aus Sanem aus

Von Thomas Klein

Stolz, beinahe feierlich, öffnet Cedric Lorant die Vitrine und entnimmt ihr vorsichtig ein elektronisches Bauteil, das ein wenig wie eine Computerfestplatte aussieht. „Genau das gleiche Gerät hat schon mal den Mond umkreist“, raunt er. Lorant ist einer der Gründer und Geschäftsführer von Emtronix. Das Unternehmen mit Sitz in Sanem ist bisher vor allem Insidern der Luft- und Raumfahrtbranche ein Begriff. Aber es gibt kaum ein Luxemburger Weltraumprojekt, das nicht mindestens eine Komponente von Emtronix an Bord hatte. Die Technologie des Unternehmens hilft dabei, Schiffe via Satellit zu überwachen, Mars-Rover mit der Bodenstation zu verbinden und mittels Radar das Innere von Asteroiden zu erkunden.

Alles begann im Jahr 2001. Der Elektroingenieur Lorant arbeitete bei dem Automobilzulieferer Delphi Automotive, wo er elektronische Motorensteuerungen entwickelte. „Uns ging es eigentlich extrem gut bei Delphi“, sagt Lorant heute. Dennoch wuchs der Wunsch, eine eigene Firma zu gründen. So machte er sich zusammen mit zwei Kollegen selbstständig, von denen einer, Henri Du Faux, auch heute noch zusammen mit Lorant die Geschicke des Unternehmens lenkt. „Wir hatten zunächst gar keinen richtigen Businessplan. Wir haben einfach losgelegt und zusehen, dass wir Aufträge bekommen. Aber wenn man immer 100 Prozent Sicherheit haben will, erreicht man nichts. Man muss Risiken eingehen“, sagt der Belgier Lorant.

Weltraum als Wachstumsmarkt

Naheliegenderweise waren die ersten Projekte des jungen Unternehmens in der Automobilindustrie. Frühe Kunden waren das „Institut Français du Pétrole“ (heute IFP Énergies nouvelles) und das auf die Herstellung von Turboladern spezialisierte Honeywell-Garrett. Schnell erweiterte das Unternehmen aber seine Aktivitäten in andere Wirtschaftszweige und entwickelte Radarbauteile für die „NATO Maintenance and Supply Agency“ in Capellen oder die Steuerung der Klimaanlage für Hubschrauber von Eurocopter (heute Airbus Helicopters). „Wir haben nie viel Marketing betrieben. Kunden kamen zu uns mit technischen Herausforderungen und wir haben zusammen gesehen, ob wir eine Lösung finden können“, so Lorant.

Auf ähnliche Weise erschloss sich

Emtronix schließlich die Raumfahrtbranche als Wachstumsmarkt. Für das Unternehmen erwies es sich nachträglich als Glücksfall, sich für Luxemburg als Firmensitz entscheiden zu haben, denn nach dem Beitritt des Großherzogtums zur European Space Agency (ESA) 2005 ergatterte der Betrieb zahlreiche Aufträge von der Weltraumindustrie. Heute stammen etwa 70 Prozent des Geschäftsvolumens von Emtronix aus dem Luft- und Raumfahrtsektor.

Der erste Auftrag kam im Jahr 2008 im Rahmen des „Pathfinder 2“ Projekts. Dabei ging es darum, zu zeigen, dass ein Satellitensystem genutzt werden kann, um Schiffe weltweit zu identifizieren, ihre Position, Geschwindigkeit und ihren Kurs exakt zu bestimmen. So sollen Zusammenstöße verhindert und der internationale Schiffsverkehr besser überwacht werden können. Emtronix steuerte wesentliche Teile der Elektronik für den Demonstrationssatelliten bei. Das Design von Komponenten für die Verwendung im Weltall stellte das Unternehmen zunächst vor große Herausforderungen. „Ein Erdumlauf in geringer Höhe dauert weniger als zwei Stunden. Das heißt, man hat innerhalb kurzer Zeit extreme Temperaturschwankungen, was eine extreme mechanische Belastung für die Bauteile darstellt. Hinzu kommt die Strahlung im Weltall. Das muss alles bei der Konstruktion bedacht werden“, erklärt Lorant. Nachdem sich das Unternehmen die entsprechenden Kenntnisse aneignet hatte, kamen schnell weitere Aufträge aus der Raumfahrt hinzu. So umkreisten Bauteile der Firma nicht nur den Mond, sondern werden 2022 auch das Radar der Heraklion Mission der ESA steuern, mit der ein System zur Abwehr von Asteroiden getestet werden soll, die der Erde gefährlich werden könnten.

Ein weiteres Standbein des Unternehmens ist die Luftfahrtbranche. In diesem Bereich entwickelt Emtronix derzeit die Steuerungselektronik und die Software für ein Projekt des luxemburgisch-niederländischen Unternehmens Skyflox. Dabei sollen hochauflösende Kameras und Infrarotkameras an der Unterseite von Linienflugzeugen angebracht werden. Mithilfe der so gewonnenen, ständig aktualisierten Bilder will Skyflox Dienstleistungen anbieten. Zum Beispiel könnten so Verkehrsdaten gewonnen oder schnellere Notfallmeldungen für Waldbrände ermöglicht werden.

„Wenn man solche Informationen von Satelliten oder Drohnen erzeugen will, ist das sehr teuer“, so Lorant. Die täglich etwa 30 000 Linienflüge über Europa decken – zumindest in normalen Zeiten – ohnehin den größten Teil des relevanten Luftraums ab.

Einstieg in die Serienfertigung

Seit der Gründung 2001 ist das Unternehmen langsam, aber stetig gewachsen. Aktuell beschäftigt Emtronix 27 Mitarbeiter. Der nächste Quantensprung soll der neue 2 000 Quadratmeter große Produktionssitz sein, den der Betrieb gerade bei Steinfort plant. In etwa zwei Jahren will Lorant mit dem gesamten Betrieb dorthin umziehen. Kernstück des neuen Werks wird die voll automatisierte Produktionslinie sein, die dem Unternehmen erlauben wird, schneller zu wachsen. „Bis vor Kurzem waren wir in erster Linie ein Dienstleister, der vor allem projektbasiert Lösungen entwickelt hat. Wir wollen zukünftig aber auch unsere eigenen Produkte verkaufen“, so der Unternehmer. So sind viele der aktuellen Aufträge nicht einmalige Ingenieurleistungen, sondern langfristige Projekte, für die eine Serienfertigung lohnt. Ein Beispiel dafür ist die Zusammenarbeit mit Skyflox, das potenziell Tausende von Fliegern mit Kameras ausstatten möchte. „Natürlich werden wir aber mit unseren Produkten nie ein Massenproduzent sein können“, schränkt Lorant ein.

Für das neue, etwa 2,5 Millionen teure Werk wird erstmals ein Bankkredit notwendig sein. Bisher konnte das Unternehmen das Wachstum ohne externe Investoren aus dem Cashflow stemmen, der Betrieb gehört zu 100 Prozent den beiden Geschäftsführern. Das hängt auch mit der Art und Weise zusammen, wie Lorant die Firma leitet. „Ich will über alles die Kontrolle behalten. Das kann schwierig werden, wenn man jemand Externes an Bord holt. Dann nehme ich lieber ein langsames Wachstum in Kauf“, sagt Lorant.

Trotz des massiven Einbruchs der Luftfahrtbranche in der Covid-Krise, stellt Lorant derzeit noch keinen großen Rückgang bei den Aufträgen fest: „Das bewegt sich noch in einem akzeptablen Rahmen.“ So erwartet er für dieses Jahr ein starkes Wachstum mit einem Umsatz von 2,5 Millionen Euro – von 1,8 Millionen Euro 2019 und 600 000 Euro 2018. Mit der neuen Serienfertigung sollen es bis 2022 sogar sieben Millionen Euro sein.

Mit grünem Touch

Handwerksbetriebe und ein Einzelhändler sollen sich am Potaschberg ansiedeln – der Bedarf ist groß

Von Volker Bingenheimer

Grevenmacher. Das Gewerbegebiet am Autobahnanschluss Potaschberg wächst weiter. Westlich der N1, an der Rue de Flaxweiler, sind sechs Parzellen für Gewerbeansiedlungen vorgesehen, deren Steuern der Stadt Grevenmacher zufließen.

Das neun Hektar große Gelände ist um die bestehende Halle von Holzbau Steffen angesiedelt. Die Firma ist auch die treibende Kraft bei diesem privaten Projekt. „Die Gemeinde Grevenmacher hat keine Grundstücke in diesem Bereich, wir treiben aber den Einzelbebauungsplan (PAP) voran“, erklärt Bürgermeister Léon Gloden (CSV).

Vornehmlich für Handwerk

Erschwert wurde die Entwicklung zur Gewerbefläche dadurch, dass die Grundstücke einer Vielzahl von Eigentümern gehörten. Mittlerweile hätten aber einige Eigentümer verkauft, sodass die Besitzverhältnisse nun übersichtlicher sind, sagt Bürgermeister Gloden. Das neue Gewerbegebiet gehört nicht zur regionalen Wirtschaftszone östlich der N1, dessen Gewerbesteuererinnahmen sich die Gemeinden der Region teilen.

Die „Zone artisanale et commerciale (ZAEC) Potaschberg ist vornehmlich für Handwerksbetriebe gedacht, die sich vergrößern wollen. Bürogebäude sollen am Rand des Gewerbegebiets in Richtung des Kreisverkehrs entstehen, denn dort stehen vereinzelt Wohnhäuser. „Das haben wir so geplant, um die Lärmbelästigung

für die Anwohner klein zu halten“, erklärt Bürgermeister Gloden, macht aber gleichzeitig klar, dass in Zukunft keine neue Wohnbebauung auf dem Potaschberg mehr genehmigt werde. Der Wunsch der Gemeinde Grevenmacher ist es zudem, einen großen Einzelhändler in das neue Gewerbegebiet zu locken, beispielsweise einen Elektrohändler. Produzierende Industriebetriebe dürfen sich hingegen dort nicht ansiedeln.

Die Firma Holzbau Steffen, die hinter der Projektentwicklung steckt, hat außerdem angekündigt, viel Wert auf Umweltverträglichkeit zu legen. So sollen die Dächer der Hallen und Gebäude begrünt werden, auch ein Regenwasserrückhaltebecken und Grünanlagen für Spaziergänge in der Mittagspause sind geplant. Ein Grundstücksbesitzer hat bereits vorausschauend gehandelt, als auf seinem Gelände eine geschützte Vogelart gesichtet wurde. Er hatte daraufhin eine nahegelegene Wiese in Richtung Weckergrund gepachtet und dort Hecken gepflanzt. Jetzt hoffen die Projektentwickler, dass die Vögel auf das Nachbargrundstück umziehen.

Verkehr am Limit

Für Kopfzerbrechen sorgt die Verkehrsplanung für den Potaschberg derzeit. Immerhin ist das Gewerbegebiet schon jetzt verkehrsmäßig am Limit. Wenn sich zusätzliche Betriebe mit ihren Mitarbeitern hier ansiedeln, würde sich ohne neues Konzept der allmorgend-

liche Stau noch verschärfen. „Ich will es nicht machen wie in Leudelingen, wo zuerst das Zoning festgelegt wurde und man im Nachhinein feststellen musste, dass es zu Verkehrschaos kam“, sagt Bürgermeister Gloden.

Im Dezember soll zusammen mit der Straßenbauverwaltung über eine umfassende Lösung nachgedacht werden – zum Beispiel über den Ausbau des Kreisverkehrs.

Wenn der PAP voraussichtlich Ende 2021 zur Abstimmung vorliegt, geht Gloden von einer großen Nachfrage nach Gewerbeflächen aus. Trotz der Coronakrise würden sich immer wieder Unternehmen nach freien Parzellen erkundigen, berichtet er. Da es sich nicht um ein kommunales Projekt handelt, ist allerdings der private Entwickler für die Vergabe zuständig.

Leuchtturmprojekt

Das neue Gewerbegebiet wartet mit einem architektonischen Einfall der Extraklasse auf. Geplant ist ein turmförmiges Parkhaus in Kombination mit einer Kinderkrippe. „Die Idee ist, dass die Eltern ins Parkhaus fahren und ihre Kinder direkt abgeben können“, sagte Bürgermeister Léon Gloden, der von einem Vorzeigeprojekt sprach, wie man es sonst in Großstädten wie Berlin oder Wien vermuten würde. Das Gebäude mit der Kinderkrippe ist blockförmig gebaut und hat einen begrünten Innenhof, in dem die Kinder vor dem Verkehr geschützt spielen können.

Von Kesseln zu grüner Energie

Paul Wurth feiert 150 Jahre Jubiläum – Blick auf ein global aktives Luxemburger Unternehmen

LUXEMBURG

CORDELIA CHATON

Die Fassade ist den meisten kein Begriff, der Name schon eher: Paul Wurth S.A. gehört immerhin zu jenen Unternehmen, die die Industriegeschichte des Landes geprägt haben. Von der Fertigung von Metallkonstruktionen für lokale Stahlhersteller in den Anfängen, über die Entwicklung und Lieferung von Schlüsseltechnologien an die weltweite Eisen- und Stahlindustrie bis hin zur gegenwärtigen Transformation der Industrie hin zu dekarbonisierten Produktionsprozessen hat der Konzern zahlreiche Entwicklungen durchlaufen. Wir blicken auf die Geschichte und die Zukunft.

Denn es war vor genau 150 Jahren, am 4. November 1870, dass Eugène Muller eine Kesselfabrik gründete. Der Ingenieur verkaufte sein Unternehmen in Hollerich, das damals noch vor den Toren der Stadt lag, 1891 an Paul Wurth (1863 – 1945). Er selbst hatte den jungen Luxemburger Ingenieur zwei Jahre zuvor eingestellt. Wurth galt als ein innovationsfreudiger und weitsichtiger Mann. 1895 war er der erste Luxemburger, der ein hierzulande immatrikulierte Auto fuhr. 1906 gründete der Ingenieur den Automobil-Club. Und 1918 hatte er die Idee zur „Fédération des Industriels Luxembourgeois“ (FEDIL). Der junge Ingenieur benennt das Unternehmen nach sich um und investiert; unter anderem in einen Teil der Schienenstränge, die durch das Gelände führen sowie in eine neue Halle. Paul Wurth baut, unter anderem die Eisenbahnbrücke in Dommeldingen. In den 1920er Jahren wird aus dem Unternehmen eine Aktiengesellschaft mit der Arbed, der Banque Internationale à Luxembourg (BIL) und Paul Wurth als Aktionären. Sechs Jahre später überlässt Wurth seine Aktien der Arbed und verlässt das Unternehmen, das sich immer mehr auf den Stahlsektor konzentriert. In den 1950er Jahren baut es Hochöfen für internationale Kunden. Zwanzig Jahre später firmiert der Konzern um in Paul Wurth S.A. und gründet internationale Niederlassungen; zum Beispiel in Brasilien, Kanada und den USA. Anfang der 2000er Jahre folgte eine Reihe von Zukäufen im Ausland. 2012 schließlich wechselt der Besitzer: ArcelorMittal und Luxempart verkaufen ihre Anteile an die deutsche SMS-Gruppe aus Düsseldorf, die seither 59,1

Prozent besitzt.

Veränderungen im Geschäft

Doch das Stahlanlagengeschäft ist schwierig in Zeiten, in denen Handelskrieg herrscht und China die Märkte überschwemmt. Daher such Paul Wurth nach Alternativen. Im Dezember 2015 unterzeichnete der Konzern eine Kooperation mit dem Wirtschaftsministerium, um neue innovative Betriebe aus unterschiedlichen Sektoren anzulocken. Zwei Jahre später schließen die BIL und der Startup-Förderer des Anlagenbauers Paul Wurth, Paul Wurth InCub, eine Partnerschaft zur Unterstützung von Unternehmen aus dem Bereich Produktionssektor. Der „InCub“ kooperiert auch mit dem „Technoport“ aus Esch-Belval. So sichert sich Paul Wurth Zugang zu neuen Ideen.

Da der Anlagenbauer seine Geschäftstätigkeit über die Stahlindustrie hinaus erweitern will, machte die Gruppe mit der Gründung der italienischen Tochtergesellschaft Paul Wurth Energy 2017 einen weiteren Schritt in diese Richtung und erweitert eigenen Angaben nach ihre Kompetenzen hin zu kleinen, dezentralen Biomasse-Energie- und Müllverbrennungsanlagen.

2019 stieg Paul Wurth im Rahmen einer Venture-Capital-Runde als größter Investor in das Dresdner Unternehmen Sunfire ein, um den „grünen“ Stahl weiter zu entwickeln. Das 2010 gegründete Unternehmen soll Wurth helfen, kommerzielle Multi-Megawatt-Großprojekte unter Einsatz der Hochtemperatur-Elektrolyse und der Power-to-Liquid-Technologie zu realisieren. Sunfire stellt mit seinen Technologien klimaneutrale Kraftstoffe und Gase für Sektoren her, die heute kaum auf fossile Energieträger verzichten können, wie Schwerlasttransport, Luftfahrt, Stahlproduktion oder Chemie. Georges Rassel, CEO Paul Wurth, sagte aus diesem Anlass: „Unsere Zusammenarbeit mit Sunfire ist Ausdruck unserer Strategie, eine führende Rolle in der anstehenden Transformation der Stahlindustrie hin zu einer CO₂-freien Stahlerzeugung zu spielen.“

Immobilienprojekt in Hollerich

Paul Wurth ist auch im Immobilienbereich aktiv. Gemeinsam mit dem Nachbarunternehmen, dem Tabakhersteller Heintz van Landewyck, hat Paul Wurth 2013 ein „Groupement d'intérêt économique“ gegründet. Das Ziel: ein gemischtes Wohn- und Handelsprojekt auf 18 Hektar. 12 Hektar gehören Paul Wurth, einschließlich der seit mehr als zehn Jahren stillgelegten Werkstätten, und sechs Hektar dem Zigarettenhersteller, der beschlossen

hat, seine Aktivitäten bis 2022 am Standort Fridhaff bei Diekirch zusammenzufassen. Geplant sind 4.500 Wohnungen, dazu Läden und Büros. Diese beeindruckende Entwicklung hätte Paul Wurth gern gefeiert. Denn 2020 sollte eigentlich für Paul Wurth ein ganz besonderes Jahr werden. Doch es kam durch die Pandemie alles ganz anders. Jetzt hoffen die Verantwortlichen, das Jubiläum im kommenden Jahr begehen zu können.. ✿

INTERVIEW MIT GEORGES RASSEL, CEO VON PAUL WURTH

„Große Herausforderungen“

Paul Wurth kommt aus dem Stahlbereich, setzt aber auf eine grüne Zukunft. Welche Produkte entwickeln Sie da und welche Rolle spielt Sunfire dafür?

GEORGES RASSEL Die Stahlbranche ist aktuell mit großen Herausforderungen, besonders in der Energie- und Klimapolitik konfrontiert. Mit rund 7 Prozent der globalen CO₂-Emissionen zählt die Eisen- und Stahlindustrie zu den größten industriellen Emittenten von Treibhausgasen. Im Hinblick auf die Ziele des Pariser Klimaabkommens zur Begrenzung der globalen Erderwärmung müssen Stahlwerksbetreiber drastische Maßnahmen ergreifen, um den Vorgaben für die zukünftige Reduzierung der CO₂-Emissionen nachzukommen.

Als Technologie-Unternehmen und Anlagenbauer für die Roheisenerzeugung hat sich Paul Wurth zum Ziel gesetzt, seine Kunden auf dem Weg zu einer CO₂-armen bzw. CO₂-freien Eisenproduktion zu begleiten.

In diesem Sinne arbeiten wir aktuell intensiv an der Entwicklung und Umsetzung von CO₂-reduzierenden Technologien, welche die CO₂-Bilanz in bestehenden integrierten Hüttenwerken schrittweise verbessern und dabei einen sinnvollen Ausgleich zwischen ehrgeizigen Umweltschutzziele und ökonomischen Gegebenheiten schaffen. Einen tiefgreifenden Wandel der Stahlherstellung sehen aber viele Akteure in der wasserstoffbasierten Eisenerzreduktion, bei der grüner Wasserstoff den fossilen Kohlenstoff im Reduktionsprozess ersetzt. Eine besondere Herausforderung dabei ist aber die Produktion von „grünem“ Wasserstoff im industriellen Maßstab und nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten.

Einen strategischen Schritt auf diesem Weg hin zum grünen Stahl ging Paul Wurth, indem das Unternehmen eine Minderheitsbeteiligung an Sunfire GmbH nahm. Das deutsche Unternehmen Sunfire entwickelt und produziert eigene Hochtemperatur-Elektrolyseure. Grüner Wasserstoff wird auf Basis von Ökostrom in der effizienten Hochtemperatur-Elektrolyse durch Nutzung von Abwärme etwa aus Industrieprozessen erzeugt.

PAUL WURTH

Über das Unternehmen

Paul Wurth beschäftigt derzeit rund 500 Mitarbeiter in Luxemburg und rund 850 im Ausland. Mehr als 80 Prozent des Umsatzes des Unternehmens stammen aus der Roheisenproduktion; der Rest von der Tochtergesellschaft KTI mit 200 Mitarbeitern und in kleinerem Umfang von Geprolux mit 70 Mitarbeitern. 2019 erreichte der Umsatz 479,2 Millionen Euro und Paul Wurth erwirtschaftete einen Nettogewinn von 14,4 Millionen Euro. Paul Wurth ist zu 59,1 Prozent im Besitz des deutschen SMS-Konzerns, der Rest gehört der BCEE (Spuerkeess), dem Staat und der SNCI.

ArcelorMittal schlägt sich besser als erwartet

STAHLINDUSTRIE Resultat vom dritten Quartal 2020

Christian Muller

Dank einer leichten Erholung der Geschäfte mit der Automobil-Industrie hat ArcelorMittal im dritten Quartal 2020 seine Verkäufe wieder steigern können. Im zweiten Quartal hatte der Stahlkonzern, Corona-bedingt, einen heftigen Umsatzeinbruch verbucht.

„Im dritten Quartal konnte der Konzern eine verbesserte operative Leistung verbuchen“, so Konzernchef Lakshmi Mittal gestern laut Mitteilung. Nach dem Ende des Lockdowns habe sich der Stahlmarkt nach und nach vom zweiten Quartal erholen können. Lakshmi Mittal hatte die drei Monate April bis Juni damals als „eine der schwierigsten Zeiten in der Geschichte des Unternehmens“ bezeichnet.

Insgesamt konnte der Konzern im nun abgeschlossenen dritten Quartal Produkte im Wert von 13,3 Milliarden Dollar verkaufen, eine klare Verbesserung zu den Verkäufen von 10,98 Milliarden Dollar im Vorquartal. In allen Bereichen wurden Verbesserungen festgestellt. Verglichen mit dem Vorjahreszeitraum ist der Umsatz jedoch weiterhin niedriger. In den Monaten Juli bis September 2019 hatten sich die Verkäufe auf 16,6 Milliarden Dollar belaufen.

Auch das operative Ergebnis (Ebitda) legte zu. Es stieg von 707 Millionen auf 901 Millionen

Dollar. Damit lag es, laut Nachrichtenagentur Reuters, über den Erwartungen der Analysten, die mit 838 Millionen Euro gerechnet hatten. Unter dem Strich schrieb der Luxemburger Konzern einen Verlust von rund 300 Millionen Dollar – nach 600 Millionen Dollar im zweiten Quartal.

Derweil habe man im Quartal strategisch wichtige Meilensteine erreicht, berichtet der Konzern weiter. So habe man beispielsweise ein neues Angebot für grünen Stahl auf den Markt gebracht und sich konzernweit zu einem Netto-Null-Wert bis 2050 bekannt. Auch wurde eine Vereinbarung mit Cleveland Cliffs über den Verkauf des Geschäfts in den USA getroffen und damit das „Programm zur Optimierung des Vermögensportfolios“ deutlich vor dem Zeitplan abgeschlossen, schreibt das Unternehmen.

Zwölfjähriger Prozess
zur Entschuldung
abgeschlossen

Vor allem aber habe man das Ziel einer Nettoverschuldung von sieben Milliarden Dollar erreicht und damit einen zwölfjährigen Entschuldungsprozess abgeschlossen. Ende 2019 waren es 9,3 Milliarden Dollar; Ende 2018 waren

es 10,2 Milliarden Dollar. Nun könne man die Rendite der Aktionäre wieder in den Vordergrund rücken. Dies habe im September, mit einem 500-Millionen-Dollar-Aktien-Rückkaufprogramm, bereits begonnen. Das Unternehmen beabsichtigt, im Februar 2021 eine aktualisierte Ausschüttungspolitik vorzulegen.

Für die Zukunft gibt sich der Konzernchef vorsichtig optimistisch: Der rezente weltweite Anstieg von Covid-19-Fällen mache es ratsam, in Bezug auf die Aussichten vorsichtig zu bleiben, so Lakshmi Mittal. „Wir sollten auf weitere Volatilität vorbereitet sein.“ Dennoch versetze „unser bisheriger Erfolg beim Schutz unserer Mitarbeiter, Vermögenswerte, Rentabilität und unseres Cashflows während der Krise uns in eine gute Position, um von einer weiteren wirtschaftlichen Erholung zu profitieren“, so der Geschäftsführer. An der Luxemburger Börse reagierten die Kurse nur sehr wenig auf die neusten Zahlen. Bis 14 Uhr lagen die Papiere des Stahlherstellers zum Vortag um etwa 2,6 Prozent im Minus, bei 12,2 Euro pro Titel. Im Laufe dieses Jahres ist der Wert der Aktie stark geschwankt: Anfang Januar kostete sie 15,83 Euro. Bis Mitte März war sie auf 6,5 Euro gefallen. Seitdem hat sich ihr Wert wieder fast verdoppelt.

Wie geht es dem verkauften Werk in Düdelingen?

Im Gegensatz zu den Luxemburger Mitarbeitern bei ArcelorMittal, wo Hunderte Stellen abgebaut werden sollen, müssen sich die Angestellten im ehemaligen Düdelinger Werk des Stahlherstellers keine akuten Sorgen um ihren Arbeitsplatz machen. In Düdelingen laufe die Produktion normal, sagt Stefano Araujo, bei der Gewerkschaft OGBL zuständig für die Stahlindustrie, gegenüber dem Tageblatt. „Die Kunden sind da. Die Leute haben ihre Jobs und es gibt Arbeit.“

In Düdelingen wird Stahl weiterverarbeitet, etwa für die Autoindustrie. Rund 250 Mitarbeiter arbeiten im Werk. Bis vor etwa

zwei Jahren zählte es zu ArcelorMittal. Dann wurde es, um wettbewerbsrechtliche Auflagen zum Kauf des italienischen Stahlproduzenten Ilva zu erfüllen, an die bis dahin relativ unbekannte Liberty-Gruppe verkauft. Innerhalb kürzester Zeit entwickelte sich Liberty Steel jedoch, mittels Zukäufen, zum viergrößtem Stahlkonzern Europas. Mit ThyssenKrupp Steel Europe könnte der junge Wettbewerber nun zur Nummer zwei aufsteigen.

Wirklich optimistisch hört sich Stefano Araujo dennoch nicht an. Immerhin sei der Betrieb mit Liberty Steel von einem „unbekannten Partner“ übernommen worden, erklärt er. Investitionen von 100 Millionen Euro wurden versprochen, doch es gebe kein klares Timing. „Sie stehen einfach als Versprechen im Raum. Wir erhalten keine klaren Antworten. Wir warten.“ Sorgen bereiten dem Gewerkschafter, dass der neue Besitzer das notwendige Kapital erst finden müsse. Derweil gehe die Gruppe, immer mit Krediten, weitere Unternehmen, die sonst niemand haben will, kaufen. Auch die negativen Reaktionen der Gewerkschaften in Deutschland, als Liberty sein Interesse an der Stahlsparte vom Thyssen-Konzern bekundete, gaben ihm zu denken, sagt er. „Woher kommt das Geld zum Investieren? Wir wissen noch nicht, was Liberty ist, kennen sie noch nicht.“

ArcelorMittal spürt Erholung

Luxemburg. Der Stahlkonzern ArcelorMittal hat im dritten Quartal wieder bessere Geschäfte verzeichnet. Im Vergleich zum Vorquartal habe sich die Nachfrage wieder erholt, insbesondere aus der Automobilindustrie, teilte das

Unternehmen gestern in Luxemburg mit. Im zweiten Quartal hatte die Corona-Pandemie die Wirtschaft in weiten Teilen lahmgelegt, Werke waren vorübergehend geschlossen worden. Dennoch liege die Nachfrage weiter unter dem normalen Niveau, die weitere Entwicklung bleibe unsicher, so der Konkurrent von ThyssenKrupp. Im dritten Quartal sank der Umsatz

verglichen mit dem Vorjahreszeitraum von 16,6 Milliarden auf rund 13,3 Milliarden US-Dollar. Das operative Ergebnis (Ebitda) nahm von 1,06 Milliarden auf 901 Millionen Dollar ab. Die Zahlen fielen jedoch spürbar besser aus als im zweiten Quartal und lagen über den Erwartungen der Analysten. Dabei profitierte ArcelorMittal neben einer Nachfrageerholung

auch von Einsparungen. Unter dem Strich verzeichnete der Luxemburger Stahlkonzern einen Verlust von 261 Millionen Dollar, verglichen mit einem Minus von 539 Millionen Dollar im Vorjahr. Auch gegenüber dem zweiten Quartal ging der Fehlbetrag deutlich zurück.

dpa

„Jetzt bewerben!“

Viele Unternehmen suchen noch Lehrlinge

LUXEMBURG

CORDELIA CHATON

In dieser Woche findet europaweit die „Europäische Woche der beruflichen Qualifizierung“ (EU Vocational Skills week) statt. Aus diesem Anlass war sogar EU-Kommissar Nicolas Schmit nach Luxemburg gekommen, um gemeinsam mit Bildungsminister Claude Meisch und der Handwerkskammer sowie weiteren Berufskammern die Trommel für Lehrstellen zu rühren. Denn die gibt es durchaus – und dank einer Änderung durch die Regierung sind auch noch Bewerbungen bis Jahresende möglich. Wir haben Tom Wirion, Generaldirektor der Handwerkskammer, zu den Einzelheiten befragt.

Herr Wirion, alle reden über Arbeitslosigkeit – und das Handwerk sucht Lehrlinge?

TOM WIRION Es gibt tatsächlich noch eine ganze Reihe von Betrieben, die Lehrstellen besetzen wollen. Daher müssen wir die jungen Leute jetzt dazu bewegen, sich zu bewerben. Aktuell ist die Situation so, dass die Zahl der Lehrstellen, die die Unternehmen deklarieren, 2020 sogar höher ist als 2019. Trotz der Krise haben die Unternehmen also Lehrstellen ausgeschrieben. Das ist sehr positiv. Wir haben anfangs Sorgen gehabt, ob es genug Lehrstellen geben würde und freuen uns natürlich sehr über diese Entwicklung.

Warum sind Bewerbungen überhaupt noch möglich? Normalerweise ist die Frist abgelaufen.

WIRION Bei den Lehrlingen haben wir weniger Kandidaten und damit auch weniger Verträge, die ausgestellt werden konnten. Die Regierung hat daher beschlossen, dass man in diesem Jahr bis 31.12.2020 Verträge abschließen kann. Das ist wirklich positiv. Normalerweise ist bereits einen Monat früher Schluss. Wir hoffen natürlich, dass sich jetzt noch junge Leute melden. Denn wir haben wirklich noch viele Stellen freie. Im November waren es laut ADEM noch 911 offenen Stellen und bei den Kandidaten lag die Zahl nur bei 652. Da sieht man, dass es noch über 200 freie Stellen gibt.

Wie kommt es, dass trotz der Krise so viele Stellen offen sind?

WIRION Wir hatten angesichts der Lage bei den Unternehmen Sorgen, welchen Effekt das auf die Lehrstellen haben würde. Was wirklich geholfen hat, ist, dass jene Betriebe, die viel ausbilden, an andere Unternehmen appelliert haben, Ausbildungsplätze bereit zu stellen. Dafür braucht ein Betrieb einen Ausbilder. Diese Ausbildung haben wir als Kammer gratis angeboten. Unsere Kurse sind alle voll. Ein weiterer Anreiz ist, dass

die Regierung die Betriebe nicht allein lässt und eine einmalige Prämie für Ausbildungsbetriebe zahlt. Das ist eine klare politische Botschaft, dass jeder mitanpacken kann und soll. Das Handwerk hat eine lange Tradition hier und wir sind froh zu sehen, dass sie hier präsent sind Verantwortung übernehmen. In diesem Jahr gibt es weniger Stellen in Bereichen wie Friseur- und Kosmetikhandwerk. Im Bausektor hingegen waren es mehr als in den Vorjahren. So wirkt sich die Coronakrise auch hier aus. Gesucht werden außerdem Schreiner, Dachdecker, Fliesenleger oder Autospengler.

Warum bewerben sich weniger Jugendliche?

WIRION Eine Erklärung, warum sich weniger Jugendliche melden, ist, dass der Schulbetrieb sehr unregelmäßig lief. Das hatte auch einen Einfluss auf feste Termine, die mit der Berufsorientierung im Zusammenhang stehen. Diese Orientierung findet normalerweise zwischen Februar und Juni statt und zwar sehr aktiv. Das ging wegen Corona in diesem Jahr nicht. Auch die Orientierungspraktika haben nicht stattgefunden, so dass Betriebe und Berufe weniger bekannt sind. Und schließlich gab es die Lehrstellentage nur virtuell – und damit hatten sie nicht den gleichen Erfolg.

Was muss ein junger Mensch tun, der sich für eine Lehre interessiert?

WIRION Man kann sich beim Service d'Orientation, also der Berufsorientierung der Adem melden oder aber auch direkt hier bei uns in der Handwerkskammer. Dafür gibt es eine spezielle Telefonnummer.

Wie versuchen Sie, genügend Kandidaten zu finden?

WIRION Diese Woche findet ja die European Vocational Skills Week statt. Die Idee war im Grunde, in die Unternehmen zu gehen und dort zu zeigen, welche Möglichkeiten es gibt. Aber auch das findet jetzt nur digital statt – immerhin mit EU-Kommissar Nicolas Schmit und Bildungsminister Claude Meisch, die sich beide sehr dafür einsetzen. Wir werden aber noch mit der Handelskammer, der „Chambre des salariés“ und der Landwirtschaftskammer versuchen, potenzielle Kandidaten über die sozialen Netzwerke zu erreichen. Wir arbeiten mit einem dualem Ansatz, daher bleibt weiter Kontakt zur Schule erhalten. Das ist für viele junge Leute wichtig, wie wir wissen.

Und wenn das nicht klappt?

WIRION Wenn das nicht klappt, gibt es zwei Verlierer: Die Unternehmen und die jungen Leute. Daher ist es für beide Seiten wichtig, dass es etwas wird. ●

RTL empfängt positive Signale vom Werbemarkt

Neue Prognose sieht Ergebniseinbruch vor

ab Düsseldorf – Die RTL Group, der für Bertelsmann wichtigste Umsatz- und Ergebnisbringer, hat im dritten Quartal deutlich besser abgeschnitten als befürchtet. Der TV-Werbeumsatz sei im Zeitraum Juli bis September nur um 2,1 % zurückgegangen, teilte die Luxemburger Sendergruppe mit. Zuletzt hatte die Gruppe für das Berichtsquartal mit einem Rückgang der TV-Werbeerlöse um 10 % gerechnet. Zwar hinkte der Gruppenumsatz im Zeitraum Januar bis September mit 4,1 Mrd. Euro noch immer um 12 % hinter dem Vergleichswert aus dem Vorjahr her, doch sieht RTL nun zumindest

die Zeit gekommen, um eine neue Vorgabe für das Gesamtjahr zu machen.

Demnach soll ein Gruppenumsatz von 5,8 Mrd. Euro erwirtschaftet werden. Das entspräche einem Rückgang um 13 %. Viel deutlicher werden sich die Pandemiefolgen jedoch im Ergebnis niederschlagen. RTL kalkuliert mit einem Einbruch im bereinigten operativen Ergebnis vor Amortisation (Ebita) von fast 40 % auf 720 Mill. Euro. Voraussetzung sei zudem, dass sich die Erholung der Wirtschaft weiter fortsetzt. Trotzdem geht RTL davon aus, den Aktionären für 2020 wieder einen

Dividendenvorschlag unterbreiten zu können. Nach Ausbruch der Viruskrise im Frühjahr hatte RTL im April nicht nur die Prognose kassiert, sondern zugleich die Dividende – geplant war zunächst eine Ausschüttung von 4 Euro je Aktie – gestrichen.

Für den RTL-Mutterkonzern Bertelsmann lief es im dritten Quartal besser, zumindest was die Umsatzentwicklung anbelangt. Hier würde nämlich ein organisches Umsatzplus von 1,6 % erzielt, wie die Gütersloher mitteilten. Mit Stabilität glänzten die Buchverlage, das Musikgeschäft, das Dienstleistungsgeschäft von Arvato sowie das Bildungsgeschäft. Dadurch grenzte sich das Umsatzminus für die ersten neun Monate auf 6,3 % ein. Für das erste Halbjahr war noch ein Rückgang um 8,9 % gemeldet worden.

Das Einhorn mit dem magischen Pfeffer

Das neue Labor von OCSiAl in Foetz soll nur der Anfang sein - in Differdingen entsteht eine Anlage für 250 Millionen Euro

Von Thomas Klein

Der Wunderstoff, der ganze Industrien auf den Kopf stellen soll, sieht auf den ersten Blick enttäuschend unspektakulär aus: Ein schwarz-graues körniges Pulver, abgepackt in durchsichtige Plastikdosen. Doch der Stoff hat es in sich, versichert Konstantin Notman, der Europachef von OCSiAl. Das Startup stellt Röhren aus Graphen her, die nur wenige Nanometer groß sind, also ein Millionstel Millimeter. Graphen ist eine spezielle Form von Kohlenstoff und besteht nur aus einer einzigen Lage horizontal in Bienenwabenform angeordneter Atome, es ist also praktisch zweidimensional. Daraus ergeben sich besondere Eigenschaften des Materials, das erst 2004 von den späteren Nobelpreisträgern André Geim und Konstantin Novoselov an der University of Manchester entdeckt und produziert wurde. „Graphen hat zum Beispiel eine einzigartige elektrische Leitfähigkeit und eine sehr hohe mechanische Belastbarkeit. Die Zugfestigkeit ist beispielsweise etwa hundertmal höher als die von Stahl“, erklärt Notman.

Dabei gibt es bisher kaum Produkte, die rein aus Graphen bestehen. Vielmehr wird der Stoff in erster Linie anderen Materialien beigemischt. „Es ist wie eine Art magischer Pfeffer: Man fügt hier ein bisschen hinzu und fügt dort ein bisschen hinzu und kann so einige der grundlegenden Eigenschaften von Materialien verändern. Dafür benötigt man nur ganz geringe Mengen“, sagt Notman, der schätzt, dass 70 Prozent aller gängigen Werkstoffe durch Graphen optimiert werden könnten.

So wird der Stoff zum Beispiel Polymeren zugefügt, um Fußbodenbeläge in Laboren oder Fabriken antistatisch zu machen. Da sich durch die Hinzugabe von Graphen die Materialstärke von Werkstoffen verbessern lässt, kann man mit geringeren Mengen der Baustoffe auskommen. Indem man es zum Beispiel Beton beimischt, könnten beim Bau von Brücken oder Hochhäusern die Kosten stark fallen. Ein konkretes Projekt in dieser Hinsicht hat OCSiAl zum Beispiel mit einem Hersteller von tragbaren Gasflaschen für Feuerwehrleute umgesetzt. Durch die Zugabe der Graphen-Nanoröhrchen konnte das Gewicht um 14 Prozent reduziert werden. Das bedeutete nicht nur geringere Kosten, sondern auch eine Erleichterung für die Einsatzkräfte.

Neues Forschungslabor in Foetz

Notman schätzt, dass die Nanoröhrchen von OCSiAl mittlerweile in über 200 Produkten verwendet werden. Dabei reiche es aber nicht, die Kunden mit dem Graphen-Pulver zu versorgen, erklärt er. Vielmehr muss zunächst ein Weg gefunden werden, wie die Beimischung der Nanoröhrchen in die Herstellungsverfahren der Kunden integriert werden kann. Aus diesem Grund hat das Unternehmen Ende Oktober ein neues Forschungslabor in Foetz eröffnet. Dort testet die Firma Verfahren und Materialmischungen, die zu den bestehenden Produktionssystemen der Kunden passen. Damit wird praktisch jeder neue Auftrag zu einem kleinen Forschungsprojekt für das Startup.

Bisher fanden Forschung und Entwicklung im Unternehmen in erster Linie in Shanghai und am russischen Standort in Nowosibirsk statt, wo aber vor allem Grundlagenforschung zu neuen Anwendungsmöglichkeiten von Graphen betrieben wurde. Das Luxemburger Labor soll in erster Linie Kunden im europäischen und amerikanischen Markt bedienen.

Weil das Material so vielseitig ist, sei es wichtig, sich in der Entwicklung nicht zu verzetteln, sondern auf die wichtigsten Projekte zu konzentrieren, sagt Notman. „Daher gehört es zu meinen wichtigsten Aufgaben, manche Forschungsinitiativen zu beerdigen“, scherzt er. Als einen der meistversprechenden Schwerpunkte des Unternehmens für die nähere Zukunft sieht er den Automarkt an. In diesem Bereich kann die besondere Leitfähigkeit des Materials helfen, Batterien effizienter zu machen. Die mit Graphen erreichte Steigerung der Materialstärke ermöglicht leichtere Karosserien und widerstandsfähigere Reifen. In China seien bereits die ersten Autos mit Batterien auf Graphenbasis auf der Straße, erzählt Notman. „Die Automobilindustrie steht im Moment unter enormem Druck. Für die E-Mobilität müssen sie andere Herangehensweisen und Materialien ausprobieren. Für uns ist das eine sehr gute Gelegenheit, neue Anwendungen für unsere Technologie zu finden“, sagt er.

Plötzlich Einhorn

OCSiAl wurde 2009 unter anderem von dem russischen Physiker Mikhail Pred-

techenskiy gegründet mit dem Ziel, Graphen-Nanoröhrchen im industriellen Maßstab zu vertretbaren Kosten zu produzieren. Denn während die besonderen Eigenschaften des Materials schon länger bekannt waren, verhinderten die exorbitanten Herstellungspreise eine Anwendung auf breiter Front. Zu den ersten Investoren gehörte der staatliche russische Investitionsfonds Rusnano. Ab 2014 produzierte die Firma mit dem Verfahren der Firma einwandige Nanoröhrchen 75 mal günstiger als vergleichbare Konkurrenzprodukte. In diesem Segment hat das Unternehmen nach eigenen Angaben heute einen Marktanteil von 95 Prozent. Der Umsatz verdoppelte sich seit 2014 in etwa in jedem Jahr, sagt Notman. 2019 erwarb der russische Investor A&NN einen Anteil von 0,5 Prozent an OCSiAl für fünf Millionen US-Dollar. Damit stieg das Startup in den exklusiven Club der „Einhörner“ („Unicorns“) auf, also junger, privat geführter Firmen mit einem hypothetischen Unternehmenswert von einer Milliarde Dollar oder mehr. „Als eine von ganz wenigen Firmen aus dem Bereich Materialwissenschaften“, betont Notman stolz. Innerhalb der nächsten zwei bis drei Jahre will das Unternehmen an die Börse gehen.

In Luxemburg befindet sich nicht nur das europäische Hauptquartier von OCSiAl, sondern ist auch der Sitz der Holding-Struktur der Firma, in der auch das intellektuelle Eigentum des Unternehmens verwaltet wird. Derzeit arbeiten etwa 30 Beschäftigte bei dem Luxemburger Ableger von OCSiAl, davon vier in dem neuen Labor. Ursprünglich sei man vor allem aufgrund der steuerlichen Anreize nach Luxemburg gekommen, bald habe man aber erkannt, dass das Land enorme Vorteile biete. Wohl auch deswegen hat sich die Firma entschlossen, in Differdingen eine neue Fabrik zur Herstellung der Nanoröhrchen für den europäischen und amerikanischen Markt zu bauen. „Ursprünglich sollte das Projekt 120 Millionen Euro kosten. Aber nach einigen Anpassungswünschen der Departments und dem schnell wachsenden Geschäft sprechen wir eher von einer Viertel Billion Euro“, so Notman. Zunächst für 2020 angekündigt, wird das neue Werk seine Arbeit wohl nicht vor 2023 aufnehmen. Man sei zum Teil von dem Ausmaß der Umweltauflagen überrascht gewesen, sagt Notman. „Zuerst kam die Bürokratie, dann kam Covid“, scherzt er. Wenn alles fertig ist, will das Unternehmen zwischen 200 und 240 Arbeitnehmer in Luxemburg beschäftigen.

Kurzmeldungen

Luxemburg: Arbeitslosigkeit bleibt auf hohem Niveau

Laut der Arbeitsagentur Adem waren Ende Oktober 17 971 Personen in Luxemburg ohne Arbeit. Das entspricht einer Arbeitslosenquote von 6,3 Prozent. Im November waren noch 96 Personen weniger auf der Suche nach einer Arbeitsstelle. Im Vergleich zum Oktober des Vorjahres ist die Zahl der

Arbeitslosen um 2 935 Personen, respektive 19,5 Prozent gestiegen. Im Oktober waren 2 712 in Luxemburg wohnhafte Personen bei der Adem eingeschrieben, 324 weniger als im selben Zeitraum des Vorjahres. 9 596 Personen haben im Oktober Arbeitslosengeld bezogen, 1 991 respektive 26,2 Prozent mehr als im Jahr 2019. Im vergangenen Monat meldeten die Arbeitgeber der Adem 2 968 offene Stellen.

Arbeitslosenzahlen stabilisieren sich

LUXEMBURG Die Zahl der bei der Arbeitsagentur eingeschriebenen Arbeitssuchenden hat sich im Oktober stabilisiert. 17.971 Personen waren damit am Ende des letzten Monats auf der Suche nach einem Job (Arbeitslosenquote von 6,3 Prozent). Im Laufe des Monats Oktober wurden der ADEM indes 2.968 freie Stellen gemeldet, 8,5 Prozent weniger als im Oktober 2019.  LJ

Leichte Zunahme an Arbeitssuchenden

ARBEITSMARKT Rekordhoch bei Anzahl an Jobs und Grenzgängern im Oktober

Christian Muller

In den Monaten März und April war die Zahl der Arbeitssuchenden mit dem Corona-Stillstand hierzulande auf ein Rekordhoch von über 20.000 gesprungen. Seitdem haben sich die Zahlen Monat für Monat wieder leicht verbessert. Doch damit scheint es vorbei zu sein. Im Oktober ist die Zahl der Arbeitssuchenden wieder leicht gestiegen.

Im Oktober ist die Zahl der Arbeitssuchenden in Luxemburg erstmals seit sechs Monaten wieder gestiegen. Verglichen mit dem Vormonat September hat die Zahl der bei der Adem gemeldeten Arbeitssuchenden um 96 Personen auf 17.971 zugelegt. Verglichen mit Oktober 2019 entspricht das einem deutlichen Anstieg von 2.935 Personen (oder 19,5 Prozent).

Im Februar 2020, dem Monat vor dem Corona-Stillstand, lag die Zahl der Arbeitssuchenden laut Statec bei 16.101 Personen. Im April hatte sie ihren bisherigen Rekord-Höchststand (20.422 Personen) erreicht. In den Monaten danach hatte sich die Lage wieder etwas verbessert. Noch im September war die Zahl der gemeldeten Arbeitssuchenden um 650 gefallen.

Schwierigere Arbeitssuche

Die Arbeitslosenquote liegt aktuell – wie in den beiden Monaten zuvor – bei 6,3 Prozent. Im April 2020 war die Quote auf einen Höchststand von 6,9 Prozent geklettert. Am Jahresbeginn lag sie erst bei 5,5 Prozent, wie Daten von Statec zeigen.

Der Anstieg der Arbeitslosigkeit im Jahresvergleich sei hauptsächlich auf einen Rückgang bei den Einstellungen zurückzuführen und nicht etwa auf eine Zunahme der Neueinschreibungen beim Arbeitsamt, schreibt die Adem. Die Suche nach Arbeit ist demnach schwieriger als sonst.

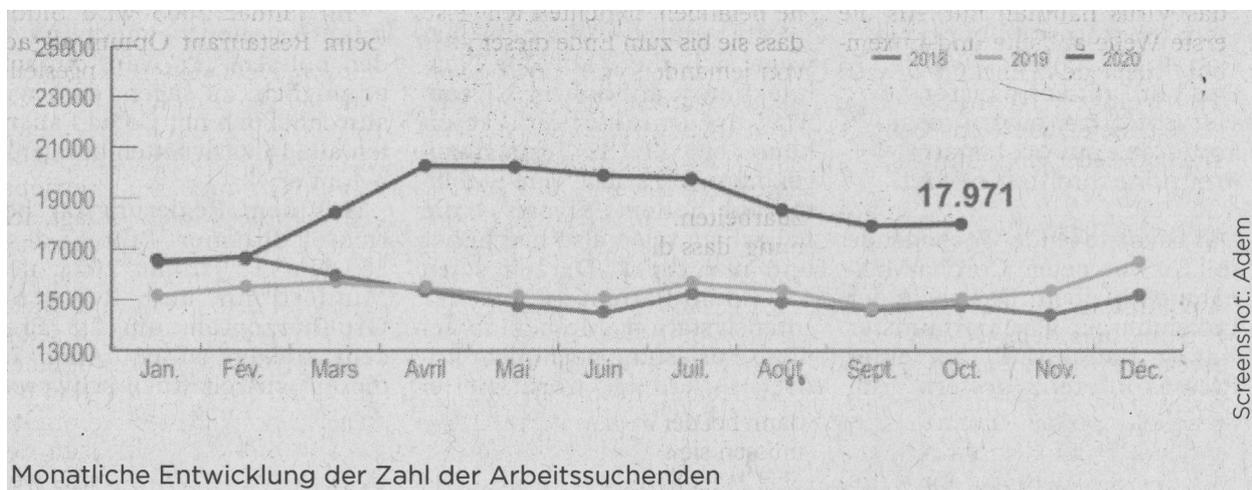
Tatsächlich haben sich während der letzten sieben Monate vier Prozent weniger Menschen neu beim Amt eingeschrieben als im Vorjahreszeitraum, so die Behörde. Gleichzeitig ist die Zahl der abgeschlossenen Fälle um 17 Prozent eingebrochen. Wohl ein Grund, warum die Arbeitnehmerkammer eine Verlängerung der Dauer des Arbeitslosengeldes für Arbeitslose wünscht.

Bei den Jugendlichen (unter 30 Jahren) bleibt die Situation

weiterhin angespannt, wenn auch stabil. Verglichen mit dem Vormonat ist die Zahl der Betroffenen im Oktober um eins auf 3.771 gestiegen. Dennoch sind laut Adem weiterhin 27,2 Prozent mehr Jugendliche auf Arbeitssuche als vor einem Jahr. Die Zahl der Begünstigten von Arbeitsmaßnahmen liegt derzeit mit 4.067 deutlich unter der von Oktober 2019 (253 Personen weniger).

Im Laufe des Monats Oktober wurden hierzulande derzeit, wie in wirtschaftlich guten Zeiten, 994 neue Arbeitsplätze geschaffen. Das zeigen neue Zahlen vom statistischen Institut Statec. Insgesamt ist die Zahl der Arbeitsplätze in Luxemburg somit auf 476.911 gestiegen. Das ist ein neues absolutes Rekordhoch. Zu Jahresbeginn (Januar 2020) zählte das Land 473.728 Arbeitsplätze.

Auch die Zahl der Grenzgänger ist im Oktober wieder stark gestiegen – auf ein neues absolutes Rekordhoch. Insgesamt 207.026 Pendler überqueren nun täglich die Grenze nach Luxemburg. Das sind 660 Personen mehr als vor einem Monat. Im Januar lag ihre Zahl bei 205.133 Personen. In den Monaten März und April waren die Zahlen der Grenzgänger stark eingebrochen.





GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

FINANZEN

Luxembourg

IM GESPRÄCH: PIERRE GRAMEGNA

Luxemburg bereitet sich auf Trends von morgen vor

Für den Finanzminister ist die Fokussierung auf Green und Sustainable Finance, Digitalisierung sowie Fintech essenziell, um auch künftig vorne mitzuspielen

Von Kai Johannsen, Luxemburg

Börsen-Zeitung, 31.10.2020

Laufende Modernisierung und Diversifikation sowie eine Fokussierung der Themen Green und Sustainable Finance, Digitalisierung und Fintech sind für Pierre Gramegna, Finanzminister des Großherzogtums Luxemburg, entscheidend, damit Finanzplätze, und nicht nur der seines Landes, in der internationalen Liga in den kommenden Jahren vorne mitspielen können. Wichtig ist für ihn dabei eine gewisse Grundeinstellung, bei der es darum geht, Aspekte zu erhalten und auszubauen, die für Investoren fokussiert werden.

Dabei hat er drei Aspekte im Blick: „Investoren achten sehr stark auf ein Triple-A des betreffenden Staates und die Stabilität dieses Top-Ratings. Darauf bauen sie ihre Investitionen und damit künftige Geschäftstätigkeiten auf“, sagt Gramegna im Gespräch mit der Börsen-Zeitung. Wichtig sei zudem, dass Punkte erhalten bleiben, in denen der Finanzplatz eine führende Rolle einnehme. „Das ist für den Finanzplatz Luxemburg im Fondsgeschäft der Fall, in dem wir nach den USA in puncto verwaltetes Volumen weltweit die Nummer 2 sind und in Europa führend. Wenn es um den Aspekt der Internationalität des Fondsgeschäftes geht, ist Luxemburg sogar weltweit auf Platz 1“, führt Gramegna aus.

Zentral sei dabei, dass auch die Produktpalette der Fonds immer wieder an die aktuellen Gegebenheiten angepasst werde. In diesem Zusammenhang verweist er auf die Alternative Investment Funds, die in den vergangenen Jahren stark gewachsen sind und die ein sehr erfolgreiches Beispiel für eine solche Diversifikation der Produktpalette am Standort seien.

Und drittens ist für ihn wichtig, dass das entsprechende Ökosystem am Standort möglichst breit aufgestellt ist und damit viele einzelne Berufsfelder vereint – angefangen bei den Banken über Fonds und Assetmanagement bis hin zu Fintech und Corporate Lending einschließlich vieler Facetten wie etwa Green und Sustainable Finance. „Dass diese Strategie richtig ist und sich auszahlt, zeigt sich am Global Financial Center Index, bei dem wir im aktuellen Ranking sechs Plätze gutmachen konnten, von Rang 18 auf nunmehr Platz 12 weltweit“, sagt er.

Gramegna hebt in Sachen Zukunftsfähigkeit der Finanzplätze zwei wichtige Entwicklungen in den nächsten Jahren hervor: „Wir müs-

sen zwei Übergänge schaffen, zum einen den hin zu Digitalisierung und den zu Green und Sustainable Finance. Dies ist für alle Finanzplätze und auch die Entwicklung der Gesellschaft ausgesprochen wichtig“, so seine Einschätzung. Luxemburg habe sich beim Thema Nachhaltigkeit schon lange positioniert und eine entsprechende Roadmap für das Land entwickelt, die man gerade umsetzt. Anfang September hatte das Großherzogtum auch seinen ersten Sustainability Bond emittiert, den Gramegna vor einem guten Jahr bereits angekündigt hatte.

Bond war ein großer Erfolg

In diesem Zusammenhang hatte Luxemburg ein entsprechendes Rahmenwerk für solche nachhaltigen Anleihen konzipiert, das erstmals die EU-Taxonomie und die Green, Social und Sustainable Bond Principles der International Capital Market Association (ICMA), die internationaler Marktstandard sind, berücksichtigt. „Es war der erste Kapitalmarkttest unseres Landes mit einem solchen Sustainability Bond. Konsortialführende Banken und auch Investoren begleitete vor der Emission verständlicherweise auch eine gewisse Unsicherheit, wie die Anleihe aufgenommen wird, was immer auch vom Marktumfeld abhängig ist. Aber letzten Endes war es ein großer Erfolg“, so Gramegna.

1,5 Mrd. Euro wurde der Bond schwer, und er sei knapp zehnfach überzeichnet gewesen. „Das zeigt ganz klar: Der Markt will solche grünen und nachhaltigen Investments.“ Das sieht man auch bei solchen Emissionen anderer Adressen und dem allgemeinen Boom von Green und Sustainable Finance.

Die Luxemburg Green Exchange schreibt in dieser Hinsicht auch eine Erfolgsstory. Mittlerweile sind dort mehr als 50% aller weltweit begebenen grünen und nachhaltigen Anleihen gelistet. Gramegna weist in diesem Zusammenhang auf das luxemburgische Recht bei solchen Emissionen hin. „Europäische Institutionen machen hiervon immer mehr Gebrauch. Das war vor dem Brexit natürlich anders. Da wurde das englische Recht für die meisten Emissionen zugrunde gelegt“, merkt er an.

Beim Thema Digitalisierung und Fintech ist das Großherzogtum mit dem Luxembourg House of Financial Technology seit dem Jahr 2017 sehr aktiv. Dort tummeln sich 75 Unternehmen, zumeist aus dem Bereich

Fintech. „Wir haben uns mittlerweile zum Hub für Digital Payments in Europa entwickelt“, sagt der Finanzminister und verweist auf namhafte Unternehmen wie Paypal, Alipay oder Satispay, die allesamt am Platz vertreten seien, weil sie dort das richtige Umfeld vorgefunden hätten.

Stark wachsende Aktivitäten in neuen Bereichen würden es mit sich bringen, dass auch anderswo aufgestockt werden musste, wie etwa bei der Finanzaufsicht CSSF (Commission de Surveillance de Secteur Financier). Dort habe sich der Personalbestand in den zurückliegenden fünf bis sechs Jahren auf mittlerweile rund 1000 Personen verdoppelt.

„Ich möchte angesichts des rasanten Wachstums in vielen Bereichen wie etwa Fintech betonen, dass wir kein Platz sind, an dem Lizenzen schnell vergeben werden. Das geht hier wahrlich nicht im Hauruck-Verfahren“, unterstreicht Gramegna. Er höre oft von Firmen, dass die Vergabe der Lizenz eine gewisse Zeit in Anspruch genommen habe. „Ich bin dann immer froh, dies zu hören. Denn dann weiß ich, dass bei der Prüfung genau hingesehen wird. Denn nur wenn eine Lizenz schwer zu bekommen ist, ist sie auch etwas wert. Aber wir erschweren solche Prozesse auch nicht unnötig durch überflüssige bürokratische Akte“, führt er weiter aus.

Covid hat Spuren hinterlassen

Die Covid-19-Krise hat auch am Luxemburger Finanzplatz zweifelsohne Spuren hinterlassen. Sie habe bestimmte Aspekte erst zutage gefördert, andere Entwicklungen stark beschleunigt und habe eine Sache ganz klar gezeigt: „Wenn menschliche Aktivität abgebremst wird oder gar völlig zum Stillstand kommt, dann geht es unserem Planeten besser“, sagt er und verweist darauf, dass der Planet in den ersten Krisenmonaten mit Lockdowns eine bessere klimatische Verfassung erlebt habe. Das habe man lange zuvor nicht in diesem Ausmaß gesehen. „Das soll nicht darüber hinwegtäuschen, dass stark einbrechende wirtschaftliche Aktivitäten erhebliche Konsequenzen für Firmen und Angestellte haben. Wir sehen zweifelsohne riesige Probleme“, sagt der Finanzminister. „Aber als eine Schlussfolgerung aus der Covid-19-Pandemie muss man ziehen, dass die wirtschaftlichen Aktivitäten sauberer und nachhaltiger gestaltet werden müssen, um unserem Planeten

zu helfen“, führt er aus. Green und Sustainable Finance sei deshalb klar erforderlich, um die Pariser Klimaziele zu erreichen.

Kein „Nice-to-have“

Sustainable-Finance-Produkte seien deshalb für einen Finanzplatz auch nicht als „Nice-to-have“ einzustufen, sondern sie seien ein Pflichtprogramm, um dem Planeten zu helfen. „Und wenn wir das nicht als unsere Pflicht begreifen, dann werden wir die damit verbundenen Ziele auch nicht erreichen.“ Auch die EU habe das ganz klar auf der Agenda. Digitalisierung und Nachhaltigkeit hätten hier sehr hohe Priorität, und deshalb würden ja auch 30% der Investitionen der EU in diese Bereiche gehen. „Von daher wird der Einfluss der Covid-19-Krise auf das Thema Nachhaltigkeit derzeit auch nicht überschätzt, sondern die Prioritäten realistisch gesetzt.“

Mit Green und Sustainable Finance sowie der zunehmenden Digitalisierung der Welt in vielen Bereichen geht auch ein enormer Bedarf an Datenverarbeitung einher. Am entsprechenden Thema Big Data arbeitet Luxemburg laut Gramegna systematisch und schon seit langer Zeit. Vor kurzem wurde der Kaufvertrag für den Supercomputer Meluxina unterzeichnet. „Wir investieren aber bereits seit Jahren in Datenzentren und somit seit einer Zeit, als andere Länder das Thema noch nicht als so wichtig eingeschätzt haben“, sagt er. Bei Digital Payments gebe es natürlich auch das Problem der Datensicherheit, und dafür müssten dann rechtliche Rahmenwerke geschaffen werden. Das sei Aufgabe des Staates.

Weiterhin werden in Luxemburg Innovation und Rechtssicherheit bei der Erlassung von Gesetzen großgeschrieben. „Wir haben ein Gesetz ausgearbeitet, mit dem Transaktionen über die Blockchain den gleichen rechtlichen Stellenwert erhalten wie diejenigen Transaktionen, die auf traditionellem Wege ausgeführt werden“, so Gramegna. Man arbeite auch an der Tokenisierung, die künftig immer mehr gebraucht werde. „Und natürlich bedeutet das immer einen Spagat: Wir müssen ein Gleichgewicht finden zwischen digitaler Förderung beziehungsweise digitalem Ausbau und der Sicherheit für Menschen und Institutionen“, führt er aus.

Auch im Hinblick auf Digitalisierung und Datentransfer habe die Coronakrise mehr Opportunitäten hervorgebracht als negative Konsequenzen. Das habe sich etwa beim dezentralen Arbeiten (Telearbeit), also der Arbeit von zu Hause aus gezeigt. Homeoffice sei stark genutzt worden, und es habe eine gute Daten-Transmission gegeben. Der IT-Traffic

am eigenen Platz sei mit dem Faktor drei während der Krisenzeit multipliziert worden. Viele Firmen hätten Laptops für die Mitarbeiter bereitgestellt, und nach kurzer Zeit habe der Arbeitsablauf wieder auf Normalniveau stattgefunden. Das habe so manchen überrascht, aber nur deshalb, weil es ja noch nie zuvor in diesem Ausmaß getestet worden sei.

Auf gutem Niveau geblieben

Der Finanzsektor sei insgesamt in der Krise auf einem guten Niveau geblieben. Das sehe man an der Profitabilität der Banken, aber auch an der weiterhin guten Geschäftstätigkeit im Fondsgeschäft und im Assetmanagement. „Der Finanzsektor hat im Vergleich mit anderen Branchen in der Covid-19-Krise seine sehr hohe Widerstandsfähigkeit gezeigt“, betont der Finanzminister.

China ist für den Finanzplatz Luxemburg historisch ein wichtiger Partner. Seit Jahrzehnten sind Banken aus dem Reich der Mitte in Luxemburg präsent. Mit der Bank of China kam Ende der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts die erste chinesische Bank ins Großherzogtum. Sie war zugleich die erste Niederlassung einer chinesischen Bank außerhalb von China. „Darauf wurde in der Folgezeit aufgebaut. Chinesische Banken wurden zum wichtigen Standbein nicht nur für den Finanzplatz, sondern auch für andere Bereiche der globalen Wirtschaft. Und das hatte nicht allein positive Auswirkungen für Luxemburg, sondern auch für Europa, wurden doch von hier aus auch andere Geschäfte in europäischen Ländern angegangen“, sagt er.

Mit Blick auf den seit rund vier Jahren laufenden Handelskonflikt zwischen den USA und China plädiert Gramegna weiterhin für eine Offenheit der Wirtschaften, so zum Beispiel in Europa. Man müsse im Zusammenspiel mit China und den USA aber auch ein Level Playing Field gestalten. „Es ist wichtig, wenn sich Europa in solchen Situationen die Offenheit der Wirtschaft bewahrt. Natürlich muss man auch genau hinschauen, was die andere Seite macht. Wir werden als luxemburgische Regierung aus solchen Handelskonflikten nicht die Forderung nach Grenzschließungen und weniger Handel ziehen“, sagt er. Man sollte den Verbesserungsbedarf sehen und diesen aktiv mitgestalten.

Das starke Wachstum des Finanzmarktes bringt auch ein Problem mit sich: Access to Talent, das heißt, der Zugang zu qualifiziertem Personal kann durchaus zur Herausforderung werden. „Dies ist ein wichtiger Punkt. Ein einheitliches Bild gibt es nicht. Manche Unternehmen oder Banken erklären, dass sie keine Pro-

bleme haben, ihre Positionen mit qualifiziertem Personal zu besetzen, andere sehen sich hierbei mit Schwierigkeiten konfrontiert“, sagt er. Um Expatriates für eine gewisse Zeit anzuziehen und ihnen auch einen Anreiz zu geben, zusammen mit ihren Familien ins Land zu kommen, wurde nun ein neuer Rahmen geschaffen.

Für einen Anwesenheitszeitraum von acht Jahren wird laut Gramegna nun ein bestimmter Prozentsatz des Gehalts eines Expatriate in Luxemburg einem geringeren Steuersatz unterworfen, um für die Mehrbelastungen einen Ausgleich zu realisieren. Das soll Anreiz schaffen, ins Land zu kommen. Auch Firmen bekommen ähnliche Anregungen: Wenn ein Unternehmen einen gesetzlich festgelegten Prozentsatz seines Gewinns dafür verwende, um ihn an die Belegschaft in einer Art Gewinnbeteiligung zu verteilen, dann werde dieser Teil ebenfalls mit einem geringeren Steuersatz besteuert. So bekämen Arbeitnehmer und Arbeitgeber gleichermaßen Anreize.

In dem europäischen Binnenmarkt sieht Gramegna auch den Grundstein für die Entwicklung der Finanzplätze in Europa: „Ohne den Binnenmarkt hätten wir uns alle nicht so entwickeln können, wie es in der Vergangenheit der Fall gewesen ist“, sagt er. Er plädiert auch weiterhin für offene Finanzplätze, auch um realwirtschaftlichen Entwicklungen Rechnung zu tragen; dabei stünden wiederum Klimaschutz und Nachhaltigkeit im Vordergrund.

Der Brexit und seine Folgen

In dem Brexit sieht Gramegna für die europäischen Finanzplätze insgesamt Opportunitäten. Britische Banken oder andere Finanzdienstleister, die bislang keine Niederlassung im Binnenmarkt hatten oder immer noch nicht haben, müssten nun eine schaffen, wollten sie weiterhin in der EU agieren. Luxemburg habe in den vergangenen drei bis vier Jahren davon profitiert. Mehr als 60 Banken, Assetmanager und Versicherer haben sich seit dem Brexit-Votum im Großherzogtum angesiedelt. „Umgekehrt müssen wir aber auch immer berücksichtigen, dass London über viele Jahrzehnte stets ein wichtiger und verlässlicher Partner für uns gewesen ist“, sagt er.

Man müsse nun sehen, wie sich London positioniere. „Schaffen sie die gleichen Regeln wie Europa oder distanzieren sie sich? Wenn sie sich distanzieren, dann wird es schwer, Brücken für ihre Produkte zu bauen“, führt er aus. Er verweist auch darauf, dass auch andere Finanzplätze profitiert hätten, wie Frankfurt, Paris, Dublin, Madrid oder Brüssel. Die

Investments aus London heraus nach Kontinentaleuropa seien doch sehr weit aufgeteilt worden, je nachdem, um welchen speziellen Finanzbereich es ging. So habe Frankfurt etwa von Verlagerungen im Investment Banking profitiert, Luxemburg dagegen von Fonds, Private Banking und Versicherungen. „Das zeigt umgekehrt aber auch, wie vollumfänglich der Londoner Finanzplatz aufgestellt und ausgestaltet ist. Dort sind alle Aktivitäten angesiedelt, und es gibt ein feingliedrig ausgestaltetes Ökosystem am Londoner Platz, das eben sehr viele Interessen und Anforderungen der Finanzbranche bedient.“

Das finden wir in Europa nirgendwo sonst“, sagt er. Das lasse sich auch am Global Financial Center Index ablesen. Kein anderer europäischer Finanzplatz spiele in der gleichen Liga wie London. „Die übrigen europäischen Finanzplätze sind da etwas ins Hintertreffen geraten.“ Deswegen sei es wichtig, dass die europäische Finanzwelt mit der City weiterhin über die nächsten Jahre zusammenarbeite.

Bestimmte Aktivitäten im Finanzsektor werden seiner Ansicht nach in den kommenden Jahren noch mehr ihren Stellenwert verlieren, den sie in früheren Jahren hatten, auch das hänge mit der Digitalisierung zusammen. Das gelte etwa für viele Prozesse und Dienstleistungen im Bankensystem. Vieles davon betreffe das Filialgeschäft. Zahlungsverkehr, Anlageprozesse, Beratungen, Prüfungs- und Genehmigungsverfahren liefen heute automatisiert und digital ab. Das zeige Auswirkungen. „Wenn vor der Finanzkrise Bank A die Bank B übernommen hat, galten 3 000 oder 5 000 Filialen der Bank B als klares Asset und erhöhten den Wert der Übernahmetransaktion. Das hat sich ins Gegenteil verkehrt: Heute schlägt das mit Kosten zu Buche und verringert den Wert der Transaktion. Die Digitalisierung vieler Aktivitäten in der Finanzbranche wird die Transformation dieser Prozesse in den nächsten Jahren enorm vorantreiben“, prognostiziert Gramegna. Luxemburg setze alles daran, den Finanzplatz weiter auf die Trends von morgen vorzubereiten und dadurch einer der

Leader in Europa zu bleiben.

„Wir müssen zwei Übergänge schaffen, zum einen den hin zu Digitalisierung und den zu Green und Sustainable Finance. Dies ist für alle Finanzplätze und auch die Entwicklung der Gesellschaft ausgesprochen wichtig.“

„China ist für den Finanzplatz Luxemburg historisch ein wichtiger Partner. Seit Jahrzehnten sind Banken aus dem Reich der Mitte in Luxemburg präsent.“

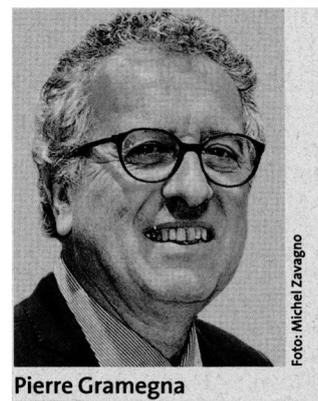
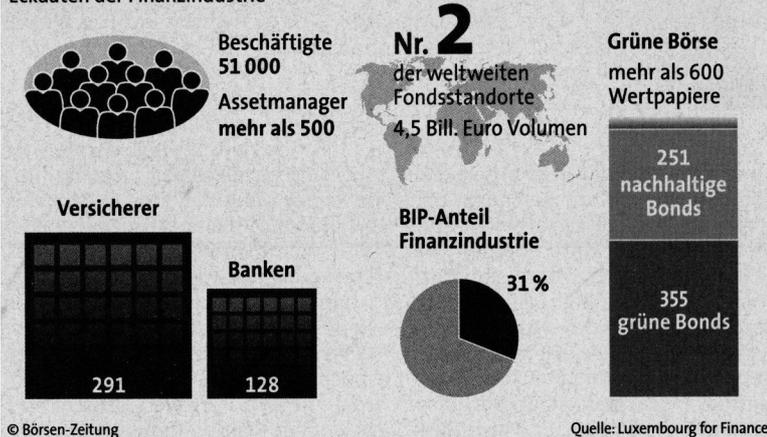


Foto: Michel Zavagno

Pierre Gramegna

Der Finanzstandort Luxemburg

Eckdaten der Finanzindustrie



Innovative „Kreditfinanzierung – Made in Luxembourg“

Aktivitätsspektrum wird stets an neue Umweltbedingungen angepasst, das Geschäftsmodell kontrolliert modifiziert und weiterentwickelt

Börsen-Zeitung, 31.10.2020

Die Deutsche Bank Luxembourg S.A. steht im fünfzigsten Jahr ihres Bestehens mehr denn je für Innovation, Marktführerschaft und Langfristorientierung in der internationalen Kreditfinanzierung. Das Institut wurde 1970 als erste Auslands-Tochter der Deutsche Bank AG seit Unterzeichnung der Römischen Verträge (1957) gegründet. Bekanntlich ist die Frankfurter Konzernmutter 2020 ebenfalls eine Jubilarin, welche auf eine 150-jährige und somit dreimal längere Geschichte zurückblicken kann.

Heute steht die Luxemburger Bank als eines der systemrelevanten Institute im Großherzogtum unter unmittelbarer Aufsicht der Europäischen Zentralbank (EZB). Dabei untermauern rund 6 Mrd. Euro Eigenmittel des Nischhandelsbuchinstituts sowie rund 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus über 20 Nationen die vielfältigen internationalen Aktivitäten für Unternehmen, institutionelle Investoren sowie private Vermögen. Neben der Beratung und Betreuung vermögenger Privatpersonen und Familienverbände sowie institutioneller Vermögen spielt im Geschäftsmodell der Bank insbesondere die Intermediär- und Dienstleistungsfunktion im internationalen, das heißt grenzüberschreitenden Kreditfinanzierungsgeschäft mit börsennotierten, eigentümergeführten und sonstigen größeren Unternehmen eine zentrale Rolle.

ESG-Angebote im Blick

Die Bank steht international – bei Kunden wie auch Wettbewerbern und sonstigen Marktteilnehmern – für innovative und nachhaltige „Kreditfinanzierung – Made in Luxembourg“. So ist der Standort bereits seit vielen Jahren führend in verschiedenen Teilbereichen des internationalen Kreditfinanzierungsmarktes tätig. Auf diesen langjährigen Erfahrungen und Erkenntnissen aufbauend wird das luxemburgische Aktivitätsspektrum fortlaufend weiterentwickelt und jüngst auch verstärkt um Environment, Social and Governance, ESG-bezogene Kunden- und Marktbelange sowie ESG-orientierte Angebote erweitert; dies im Einklang mit den 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen.

Für Unternehmen ist das Institut heute das Kompetenz- und Dienstleistungszentrum des Deutsche Bank Konzerns in der Zeitzone Europa, Mittlerer Osten und Afrika (EMEA) für die syndizierte und bilaterale

internationale Kreditfinanzierung. Derartige Engagements werden über ihre gesamte Laufzeit von den Expertinnen und Experten der Bank betreut und verantwortet. Die anerkannte langjährige Expertise fußt dabei gleichermaßen auf hoch spezialisierten und über Kreditzyklen hinweg erfahrenen Teams wie auch auf fortlaufenden Investitionen in dedizierte anforderungsspezifische IT-Systeme. Letztere hatten – unter anderem mit Blick auf das Inkrafttreten der Mifid-II-Richtlinie (Markets in Financial Instruments Directive) im Januar 2018 – in ihrem bankbetrieblichen Kern zwischen Sommer 2016 und Ende 2017 eine vollständige Runderneuerung erfahren; dies war mit erheblichen Investitionen in den Standort Luxemburg verbunden.

Parallel zur Kreditvergabe an Unternehmen auf eigene Bilanz und Rechnung ist die Bank am Markt ferner als einer der führenden Kredit-, Sicherheiten- und ESG-Agenten für internationale Konsortien in der syndizierten Kreditfinanzierung

anerkannt. Zur Wahrung hinreichender Neutralität ist diese treuhänderische Dienstleistungsfunktion eines Agenten dabei bankbetrieblich von jener der kreditgebenden Funktion getrennt.

Dies ist zum einen mit Blick auf rollenimmanente – jedoch insbesondere im Falle eines nicht störungsfreien Verlaufs eines syndizierten Kreditengagements während seiner mehrjährigen Laufzeit latent schlagend werdende – mögliche Principal-Agent-Konflikte geboten. Zum anderen handelt es sich bei rund einem Viertel der Agentenmandate der Bank um reines Drittparteiengeschäft, das heißt Mandate, an denen die Deutsche Bank anderweitig als Kreditgeber nicht beteiligt ist.

Mit dem gewählten dedizierten Governance- und Organisationsansatz war und ist die Bank marktpregend; die langjährige führende Marktposition in EMEA spiegelt daher einerseits die kontinuierliche Dienstleistungsqualität und andererseits die Bedeutung, welche der Unabhängigkeit der Agentenfunktion seitens Kunden beigemessen wird, eindrucksvoll wider.

Für institutionelle und insbesondere langfristig orientierte Investoren (unter anderem Lebensversicherungen, Pensionsfonds und staatliche Kapitalsammelstellen) agiert die

Bank als Treuhänder bei Kredit- und sonstigen Finanzierungen im Rahmen eines 15 Mrd. Euro umfassenden Kapitalmarktmissionsprogramms; dieses ist auf dem von der Luxembourg Stock Exchange (LUXSE) regulierten Euro-MTF-Markt (Multilateral Trading Facility, MTF) gelistet. Die Bank agiert hierbei als unmittelbar EZB-regulierter Treuhänder und substanzialer Intermediär zwischen internationalen Empfängern und Bereitstellern von Kredit- und sonstigen Finanzierungsmitteln. Das Großherzogtum (Rating: Aaa/AAA/AAA; jeweils mit stabilem Ausblick) sowie die hier inkorporierte Bank leisten insoweit einen gezielten und nachhaltig laufenden Beitrag zur Förderung und Ausweitung der europäischen Kapitalmärkte und Kapitalmarktunion.

Für vermögende Privatkunden, Familienverbände, Family Offices und Beteiligungsgesellschaften ist Luxemburg das Dienstleistungszentrum des Deutsche Bank Konzerns in der Europäischen Union (EU) und darüber hinaus das Kompetenz- und Kreditvergabezentrum im Zusammenhang mit strukturierten und besicherten Finanzierungen. Seit 2019 umfasst das erweiterte Dienstleistungsangebot auch die grenzüberschreitende Kreditfinanzierung hochwertiger wohnwirtschaftlich eigengenutzter Immobilien im Einklang mit der europäischen Wohnimmobilienkreditrichtlinie.

Ebenfalls stellt die Bank seit verganginem Jahr Zwischen- beziehungsweise Brückenfinanzierungen für verbindliche Investitionszusagen institutioneller Investoren an Private-Equity-Fonds bereit. Derartige Kreditfazilitäten sind im angelsächsischen Sprachraum auch als Capital Call, Subscription oder Equity Bridge Financing geläufig.

Drei maßgebliche Faktoren

Das Großherzogtum Luxemburg, sein Finanzzentrum und die Deutsche Bank Luxembourg zeichnen sich mit Blick auf ihre vorgenannten finanz-, betriebs- und volkswirtschaftlichen Beiträge – jedoch auch darüber hinaus – insbesondere durch drei Faktoren maßgeblich aus: Institutionalität, Menschen und Innovation. Insofern steht „Kreditfinanzierung – Made in Luxembourg“ – stellvertretend auch für andere den Finanzplatz Luxemburg charakterisierende langfristig orientierte Aktivitätsfelder – für die nachhaltige Kombination dieser drei Erfolgsfaktoren.

Institutionalität umfasst dabei

Aspekte wie innere und äußere Ordnung, Substanz, Solidität und Stabilität, Verlässlichkeit sowie Dauerhaftigkeit beziehungsweise Langfristorientierung. Auf staatlicher Ebene kommen unter anderem Rechts- und Vertrauensschutz sowie verfasste Rechtsstaatlichkeit hinzu. Das Großherzogtum und die Deutsche Bank Luxembourg verkörpern diese maßgeblichen Attribute seit jeher. Sie sind entscheidend für zyklus- und krisenresistente nachhaltige Geschäftsaktivitäten sowie langfristige Vertrags- und Kundenbeziehungen.

Menschen sind trotz oder gerade wegen fortschreitender Technologisierung und Virtualisierung ein entscheidendes Bindeglied und eine gleichermaßen notwendige wie hilfreiche „Konstante“ im Geschäftsleben sowie bei einer angemessenen Chancen- und Risikobeurteilung. Ihrer Ausbildung und Lebenserfahrung kommt dabei entscheidende Bedeutung zu. Luxemburg als Gründungsmitglied der Europäischen Union und Sitz einer Vielzahl ihrer unabhängigen Institutionen sowie die Einwohner beziehungsweise Bürger des Landes und der Großregion verkörpern in herausragender

Weise Internationalität, Mehrsprachigkeit, kulturelle Empathie und institutionalisiertes Erfahrungswissen bei gleichzeitig angemessener Verwurzelung.

Innovation entscheidet darüber, ob aus einem Status quo langfristig nachhaltige Zukunft erwachsen kann. Schnelligkeit, Anpassungsfähigkeit und Mut zu Neuem bei gleichzeitig stark ausgeprägter Risikokultur sind Grundlage für erfolgreiche Transformationsgeschichten. Luxemburg hat derer viele vorzuweisen. Gleiches gilt für die Deutsche Bank Luxembourg, die in den fünf Jahrzehnten ihres Bestehens wiederholt internationalen Diskontinuitäten, Verwerfungen und Krisen ausgesetzt war, sich jedoch fortlaufend an neue Umweltbedingungen angepasst und ihr Geschäftsmodell kontrolliert modifiziert und weiterentwickelt hat. „Kreditfinanzierung – Made in Luxembourg“ stand dabei zu jedem Zeitpunkt im Zentrum ihres Kundengeschäfts.

Von

Frank Krings

Vorstandsvorsitzender
der Deutsche Bank
Luxembourg S.A. und
Chief Executive Officer
des Deutsche Bank
Konzerns für
Westeuropa

„Menschen sind trotz oder gerade wegen fortschreitender Technologisierung und Virtualisierung ein entscheidendes Bindeglied und eine gleichermaßen notwendige wie hilfreiche ‚Konstante‘ im Geschäftsleben sowie bei einer angemessenen Chancen- und Risikobeurteilung. Ihrer Ausbildung und Lebenserfahrung kommt dabei entscheidende Bedeutung zu.“

Gute D(T)aten braucht der Markt

Es gibt kein Zurück für mehr Digitalisierung und mehr nachhaltige Finanzmarktentwicklung – Verantwortungsbewusster handeln

Börsen-Zeitung, 31.10.2020
In den vergangenen Wochen gingen Tausende gegen die Coronamaßnahmen auf die Straße, und viele begründeten ihren Protest mit teils schwierig nachvollziehbaren Argumenten. In Zeiten von Pandemie und Fake News erkennt man die Wichtigkeit verlässlicher und überprüfbarer Informationen und Daten. Seit dem Ausbruch der Coronakrise sehen wir, wie schnell unsere Welt sich verändern kann: Ganze Wirtschaftszweige geraten fast über Nacht an den Rand der Zahlungsunfähigkeit, und auch die Finanz- und Kapitalmärkte werden zum Teil arg gebeutelt.

In ihrer Rede zur Lage der Union am 16. September hat die Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen ihre Vision für ein zukunftsorientiertes und nachhaltiges Europa präsentiert. Die EU-Kommission verfolgt die Vision,

Europa zu ermöglichen, grün, digital und widerstandsfähiger zu werden, und hat deshalb als einige der Prioritäten die Stabilität der Wirtschaft, die Stärkung des europäischen Grünen Deals, eine Erhöhung der Klimazielsetzungen sowie das Anführen der digitalen Transformation, vor allem in Bezug auf Daten, Technologie und Infrastruktur, vorgeschlagen.

Die Antwort auf diese Krise muss mehr Digitalisierung und mehr nachhaltige Finanzmarktentwicklung sein. Es gibt kein Zurück, und irgendwann müssen sich jedes Unternehmen und jede Institution an nachhaltigen Prinzipien orientieren, wenn sie in Zukunft erfolgreich sein und ihren Kundenstamm pflegen oder ausbauen wollen. Wir müssen verstehen, dass es keinen Widerspruch zwischen Wirtschaftswachstum und nachhaltiger Entwicklung gibt und dass es wichtig ist, verantwortungsbewusster zu handeln und die Auswirkungen unseres Handelns auf unseren Planeten und die Gesellschaft insgesamt zu berücksichtigen.

Finanzwesen Teil der Lösung

Wir müssen also logischerweise das Finanzsystem insgesamt umweltfreundlicher und nachhaltiger gestalten und das Finanzwesen zu einem Teil der Lösung machen. Damit dies gelingen kann, brauchen wir auch eine enge Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung zwi-

schen Finanzmarktteilnehmern und der öffentlichen Hand. Rezent hat der luxemburgische Staat die erste Nachhaltigkeitsstaatsanleihe Europas emittiert. Die Anleihe in Höhe von 1,5 Mrd. Euro wird zur Finanzierung und Refinanzierung von Sozial- und Umweltprojekten verwendet, ist mit einem „AAA“-Rating versehen und wird an der Luxemburgischen Grünen Börse (LGX) notiert und gehandelt. Dieser Schritt hat das Potenzial, Investitionen in nachhaltige Entwicklungsprojekte voranzutreiben, und ist ein starkes Signal an die Märkte, insbesondere an die europäischen Mitgliedstaaten.

Der in Luxemburg geschaffene gesetzliche Nachhaltigkeitsrahmen ist der erste seiner Art, welcher von einem europäischen Staat erstellt wurde und höchsten europäischen internationalen Standards entspricht. Eines ist bereits jetzt schon klar: Wissen schafft Vertrauen. Der Aufbau von Bewusstsein, Information und Bildung muss für die meisten Finanzzentren ganz oben auf der Agenda stehen. Als größter Handelsplatz für Nachhaltigkeitsanleihen ist sich die Luxemburger Börse ihrer Verantwortung im Bereich Nachhaltigkeit und Klimaschutz bewusst. Börsen sollten die strengen Anforderungen im Bereich von Transparenz und Nachvollziehbarkeit von Informationen über Finanzprodukte vollständig erfüllen.

Viele Akteure und Investoren würden gerne zu einer nachhaltigen Entwicklung beitragen, aber es fehlt ihnen oft an den notwendigen Marktenkenntnissen. Um hier einen konstruktiven Beitrag zu leisten, hat die Luxemburger Börse kürzlich die „LGX Academy“ zur Förderung nachhaltiger Finanzausbildung geschaffen. Die Akademie bietet maßgeschneiderte Vorträge zu einer breiten Palette von Themen im Zusammenhang mit nachhaltigen Finanzierungen und Anlagemöglichkeiten an und ermöglicht es den Teilnehmern, ihr Wissen in diesem Bereich zu erweitern und ein tieferes Verständnis für nachhaltige Finanzmarktpraktiken zu erlangen.

Mit solchen Initiativen werden das allgemeine Marktverständnis über die Grundlagen nachhaltiger Finanzwirtschaft, integrative Anlageprodukte und zukünftige Kapitalströme in nachhaltige Anlageprojekte gefördert. Zu diesem Wissen gehört auch der essenzielle Bereich der Daten, welcher die nächste digitale und nachhaltige Dekade stark beeinflussen wird. Eine echte Datenwirtschaft

und die sich daraus ergebenden Chancen sind ein starker Motor für Innovation, mehr Transparenz und schaffen letztendlich neue Arbeitsplätze. Oft werden Daten als „Gold des digitalen Zeitalters“ bezeichnet, aber zugleich wird ihre Relevanz unterschätzt. Es ist klar, dass sich die neuen Anforderungen an die Datenwirtschaft unter anderem auf den Mangel an strukturierten Daten beziehen. Es besteht kein Zweifel, dass zuverlässige, transparente und aussagekräftige Daten auch die Grundlage für eine nachhaltige Finanzwirtschaft bilden.

Die Ironie ist, dass schon heute enorme Datenvolumina vorhanden und verfügbar sind. Aber ein schwach ausgeprägtes Bewusstsein für die Chancen und Herausforderungen der Digitalisierung sowie die unterschiedlichen Berichtsmethoden und -ansätze der Unternehmen und Institutionen erklären ansatzweise, weshalb es keine Standardisierung gibt. Daten, welche Investoren und Vermögensverwalter benötigen, um nachhaltige Anlagestrategien zu entwickeln und fundierte Anlageentscheidungen zu treffen, sind allgemein verfügbar. Diese sind jedoch zu oft über mehrere Quellen verteilt und werden überdies in unterschiedlichen und inkompatiblen Formaten angeboten, was ihnen zuletzt nur eine begrenzte Verwendbarkeit verleiht.

Im Sinne einer nachhaltigeren Finanzmarktentwicklung und aufgrund dieser fehlenden strukturierter, zuverlässiger, vollständigen, aussagekräftigen und aktuellen Daten hat die Luxemburger Börse eine zentrale Datenbank über nachhaltige Wertpapiere, die an der grünen Börse notiert werden, entwickelt. Der „LGX DataHub“ antwortet auf die Datenherausforderung, indem er unstrukturierte in strukturierte Daten verwandelt. Dies wurde ermöglicht durch eine digitale IT-Lösung zur automatischen Datenerfassung und -auswertung, welche dem Benutzer direkt anwendbare Datensätze präsentiert.

Größtmögliche Transparenz

Das Ziel ist es, das gesamte nachhaltige Anleiheuniversum abzudecken und somit zu einer größtmöglichen Transparenz beizutragen. Ein solcher Data Hub erlaubt den Benutzern direkten Zugriff auf eine riesige Menge strukturierter und direkt verwendbarer Daten, so dass mehr Zeit für den Aufbau und die Umsetzung

von nachhaltigen Anlagestrategien und Portfolien bleibt. Transparenz beruht auf qualitativ hochwertigen Daten und ist zugleich der beste Weg, Vertrauen und Zuversicht bei Investoren zu fördern.

Den Börsen obliegt die Gewährleistung des Anlegerschutzes, und dieser beginnt mit Sensibilisierung, Aufklärung und Information. Sichere und verwendbare Datensätze dienen nicht nur diesem Ziel, sondern sind

unabdingbar für eine solide Finanzmarktentwicklung, welche ein Teil der Lösung auf dem Weg zu einer nachhaltigeren Welt sein muss.

Von
Robert Scharfe
Chief Executive Officer
der Luxemburger Börse

„Als größter
Handelsplatz für

*Nachhaltigkeitsanleihen
ist sich die
Luxemburger Börse
ihrer Verantwortung
im Bereich
Nachhaltigkeit und
Klimaschutz bewusst.“*

Private Equity ist längst „Mainstream“

Luxemburg seit jeher stabiler, leistungsfähiger und internationaler Standort – Ideale Bedingungen, um der Verantwortung für die Wirtschaft nachzukommen

Börsen-Zeitung, 31.10.2020

Zu Anfang dieses Jahres blickte die Private-Equity-Branche zurück auf eine Dekade starken Wachstums. Eine Dekade, in der Fundraising, Wertschaffung, Rendite und auch Beschäftigung stetig gestiegen sind. Die Covid-19-Pandemie brachte Schock und Disruption für die gesamte Welt, für die globale Wirtschaft und natürlich auch für Private Equity (PE). Gegenüber dem Vorjahreszeitraum sind im ersten Halbjahr 2020 die Kapitalzusagen der PE-Branche global um 13 % zurückgegangen. Transaktionen sind nach Anzahl und Volumen im europäischen Raum um 30 % gesunken.

Wichtiger als die temporäre Disruption ist jedoch die Frage, wie Private Equity mittelfristig durch diese Krisenzeit geht und welchen Beitrag es zur Bewältigung der Krise leisten kann. Private Equity ist längst fester Bestandteil der Wirtschaft. In Europa ist PE in 26 000 Unternehmen investiert. Im Bereich Venture Capital (VC) unterstützte die Branche allein im vergangenen Jahr 4 700 junge europäische Unternehmen. Viele dieser Start-ups sind in den heute so relevanten Sektoren Biotechnologie und Gesundheit aktiv.

Im Jahr 2019 erreichte das Fundraising in Europa 109 Mrd. Euro und spiegelte das große Vertrauen von Investoren in diese Anlageklasse wider. 40 % aller Kapitalzusagen kamen in den Jahren 2015 bis 2019 von Versorgungswerken und Versicherungen und damit von Investoren, welche sehr langfristig orientiert sind und hohe Ansprüche an die Einhaltung von ESG-Kriterien (Umwelt, Soziales und Unternehmensführung) stellen.

Private Equity hat die Finanzkrise 2008 sehr gut gemeistert und gleichzeitig viel dazu gelernt, um die aktuelle Krise der Pandemie mindestens ebenso gut durchzustehen. Fokus auf operative Wertschaffung, ein enger Kontakt mit den Portfoliounternehmen in zumeist sehr spezifischen Branchen, Digitalisierung/Technologie und spezialisierte Fachkräfte geben der Private-Equity-Branche alle Mittel an die Hand, um gut durch die aktuelle Krisenzeit zu kommen. Neben dem Meistern der Krise kommt der PE-Branche Verantwortung zu, um mit der ihr inhärenten

Innovationskraft, Unternehmertum und Einsatzbereitschaft die Wirtschaft zu stärken und langfristig mitzugestalten.

In Luxemburg willkommen

In Luxemburg ist der Private-Equity-Sektor seit jeher willkommen. Bereits in 1980er Jahren, als Private Equity alles andere als „Mainstream“ war, spielte das Großherzogtum bei der Strukturierung von internationalen Private-Equity-Transaktionen eine relevante Rolle. Auf Fondsebene baute das Land seine Bedeutung für PE in den vergangenen 15 Jahren kontinuierlich aus und bietet heute Private-Equity-Fondsmanagern und

Investoren aus der ganzen Welt flexible, maßgeschneiderte und verlässliche Produkte zur Konzipierung eines PE-Fonds.

Vor allem die Spezialisierte Kommanditgesellschaft (SCSp) als Äquivalent zur angelsächsischen Limited Partnership sowie der Reservierte Alternative Investmentfonds (RAIF) als ausschließlich über einen externen AIFM (Alternative Investment Fund Manager) regulierter Fonds werden heute von PE-Häusern genutzt. Luxemburg ist spätestens seit der AIFM-Richtlinie die EU-Plattform der Wahl für Private Equity. Von hier aus haben PE-Manager der ganzen Welt gesicherten Zugang zu EU-Investoren. Der Brexit hat die Positionierung Luxemburgs als Anker in der EU weiter gestärkt.

Die 19 größten Private-Equity-Häuser haben Geschäftstätigkeiten in Luxemburg, und neun von zwölf der größten PE-Häuser haben in den zurückliegenden Jahren ihre Präsenz vor Ort maßgeblich aufgestockt. 10 % der globalen Private-Equity-Vermögenswerte werden hier verwaltet. Die Anzahl an Mega-Fonds mit einem Volumen über 1 Mrd. Euro hat sich laut einer rezenten Studie des Luxemburger Fondsverbands ALFI von 2018 zum Jahr 2019 verdoppelt. Heute zählt das Großherzogtum 36 solcher Mega-PE-Fonds und unterstreicht damit die hohe Akzeptanz Luxemburger Strukturen seitens Investoren und PE-Fondsmanagern weltweit. Diese Akzeptanz hat sich das Land durch Innovationskraft, Stabilität und Interesse an der PE-Branche über Jahrzehnte erarbeitet.

Waren ursprünglich häufig fiskalische Überlegungen Motivation zu einer Entscheidung für Luxemburg, so sind diese Zeiten längst vorbei.

Ganz im Gegenteil: die

OECD-Maßnahmen gegen Gewinnkürzung und Gewinnverlagerung (BEPS) aus dem Jahr 2013 sowie die daraus resultierenden Richtlinien zur Bekämpfung von Steuervermeidungspraktiken (ATAD 1 und ATAD 2) haben das Großherzogtum als Private-Equity-Standort gestärkt. Insbesondere große PE-Häuser, die vormals häufig Offshore-

Domizile für ihre Fonds nutzten, entscheiden sich infolge der globalen Steuersituation für den Onshore-Standort Luxemburg und bündeln zunehmend ihre Tätigkeiten hier. Während das reine Front Office doch zumeist in London, Frankfurt, Paris oder New York bleibt, hat sich in Luxemburg neben dem traditionellen Back Office zunehmend das Middle Office mit Experten im Risiko- und Portfoliomanagement etabliert.

Wer in Luxemburg seine Geschäftstätigkeit begründet, findet hier einen erstklassigen, international anerkannten Finanzplatz, der von den größten Kredit-Rating-Agenturen der Welt mit „AAA“ ausgezeichnet ist. Luxemburg bietet internationale Rechts- und Steuersicherheit. Dabei ermöglichen spezialisierte Dienstleister eine effiziente Compliance und zielorientiertes Outsourcing. Service-KVGs (Kapitalverwaltungsgesellschaften) sind fester Bestandteil im Markt. Funktionen rund um Technologie und Tax-Compliance werden zunehmend an externe Dienstleister ausgelagert. Eine dynamische Fintech-Branche im Land bereitet maßgeblich den Weg zur weiteren Digitalisierung in der Finanzbranche. Technologie und Digitalisierung sind eine der Top-Prioritäten der Luxemburger Regierung für die Zukunft des Finanzplatzes.

Zeitnah und unkompliziert

Steuerliche Neuerungen nach internationalen respektive EU-Vorgaben werden im Großherzogtum zeitnah und unkompliziert umgesetzt. So hat Luxemburg die EU-Richtlinie im Hinblick auf den obligatorischen automatischen Informationsaustausch im Steuerbereich im Zusammenhang mit meldepflichtigen grenzüberschreitenden Transaktionen (allgemein als „DAC 6“ bezeichnet) in nationales Recht umgesetzt, ohne Pflichten zu ergänzen, welche über die EU-Richtlinie hinausgehen. Infolge der Covid-

19-Pandemie hat Luxemburg gemeinsam mit den meisten anderen EU-Staaten eine Verlängerung der Meldefristen beschlossen.

Ein zunehmend wichtiges Thema für die PE-Branche ist die Nachhaltigkeit der Investitionen in Bezug auf Umwelt, Soziales und Unternehmensführung (ESG). Die Coronakrise richtet ihr Augenmerk deutlich auf das „S“. Luxemburg ist auf Platz 4 unter den „grünen Finanzplätzen“ dieser Welt. Die Hälfte aller nachhaltigen Anleihen notiert an der Luxemburger Börse. Als erstes europäisches Land hat Luxemburg vor wenigen Wochen ein regulatorisches Rahmenwerk für Nachhaltigkeitsanleihen eingeführt. Die neuen Empfehlungen der europäischen Taxonomie für grüne Finanzierung sehen sich hier erfüllt.

Darüber hinaus hat die Regierung Anfang September die europaweit erste nachhaltige Staatsanleihe in Höhe von 1,5 Mrd. Euro erfolgreich am Markt platziert. Fondsdienstleister stellen sich der wachsenden Bedeutung von ESG durch die Ent-

wicklung von Angeboten rund um ESG-Analyse, -Bewertung und -Berichterstattung.

In einer rezenten Studie zu den Auswirkungen von Covid-19 auf die europäische Wirtschaft formuliert der Europäische Investitionsfonds (EIF) die Notwendigkeit, die PE- und VC-Branche durch eine starke politische Antwort zu unterstützen, um damit die Gesamtwirtschaft Europas zu stärken. Luxemburg ist sich der Bedeutung und auch der Verantwortung von Private Equity bewusst und schafft gute, sichere Rahmenbedingungen. In der Überzeugung, dass Private Equity einen positiven und verantwortungsvollen Beitrag zur Wirtschaft leisten kann.

Von
Alain Kinsch ...

... und
**Carmen von
Nell-Breuning**

EY Luxembourg
Managing Partner
und EY EMEA Private

Equity Fund Leader
(2009 bis Juli 2020)

Senior Manager,
Private Equity
bei EY Luxembourg

„Die 19 größten Private-Equity-Häuser haben Geschäftstätigkeiten in Luxemburg, und neun von zwölf der größten PE-Häuser haben in den zurückliegenden Jahren ihre Präsenz vor Ort maßgeblich aufgestockt. 10% der globalen Private-Equity-Vermögenswerte werden hier verwaltet.“

Luxembourg

Engere Verzahnung von Finanz- und Realwirtschaft

Die Kapitalmarktunion ist eine der ganz großen Initiativen auf der Zeitleiste der europäischen Integration

Börsen-Zeitung, 31.10.2020
Wenn es beim europäischen Projekt um Harmonisierungsbestrebungen geht, hat Luxemburg sich einen Ruf als Zugpferd erworben. Meist ist das Großherzogtum an vorderster Front dabei, wo Lösungen für grenzüberschreitendes Handeln gefragt sind. Warum das auch bei der Kapitalmarktunion so ist, soll im Folgenden erläutert werden.

Der Kapitalmarkt in Europa ist immer noch zu stark fragmentiert. Das schadet der Wirtschaft. Geldmittel müssen fließen können, Investitionen brauchen EU-weit Barrierefreiheit. Als das Projekt „Capital Markets Union“ von der Juncker-Kommission aus der Taufe gehoben wurde, war die Absicht klar: in ganz Europa Wachstum und Investitionen ankurbeln, Arbeitsplätze schaffen. Das Erfordernis des politischen Kompromisses bedeutete jedoch, dass nicht alles so schnell gehen konnte wie angestrebt. Die aktuelle Kommission führt jetzt mit der Projektversion 2.0 die Arbeit fort, die vor fünf Jahren begonnen wurde und voraussichtlich noch ebenso lange andauern wird. Viele kleine Schritte über einen langen Zeitraum sollen Europa zum Ziel bringen: einem effizienten einheitlichen Kapitalmarkt.

Als die jetzige Kommission Ende 2019 ihre Arbeit aufnahm, hatte sich in Politik und Finanzwirtschaft weitgehend Einigkeit darüber eingestellt, dass es sich bei der CMU, wie die Capital Markets Union im Englischen abgekürzt wird, um „unfinished business“ handelt. Daraufhin befasste sich mit dem High-Level-Forum (HLF) zwischen November 2019 und Juni 2020 ein Gremium von Fachleuten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft mit der Sache und hat nun Empfehlungen für zielgerichtete Maßnahmen ausgesprochen, die Bürgern und Firmen in ganz Europa gleichberechtigten Zugang zu den EU-Kapitalmärkten garantieren sollen.

Die Anliegen der Anleger

Ein Projekt für die Menschen soll es werden, dieses Vorhaben mit dem sperrigen Namen. Kapitalmärkte mögen weit weg sein – die Frustrationen im Alltag des grenzüberschreitenden Anlegers sind greifbar. Hier soll ganz praktisch Abhilfe geschaffen werden, und so sind es die konkreten Investmentziele von Bürgern in 27 Ländern, die im Mittelpunkt eines neuen Aktionsplans der Kommission stehen.

Die HLF-Empfehlungen kommen keinen Moment zu früh. Die Folgen der Coronavirus-Pandemie lassen sich nur abfedern, wenn die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), die vielerorts wichtige Träger unserer Ökonomien sind, die Möglichkeiten finanzmarktbasierter Finanzierung voll ausschöpfen können. Zudem ist durch den Brexit ein wichtiger Finanzplatz weggefallen: Für die Kapitalbeschaffung dieser KMU steht London nicht mehr uneingeschränkt zur Verfügung. Die verbliebenen Mitgliedstaaten müssen ihre Kräfte bündeln, um den Aufschwung zu meistern und den Umbau der europäischen Wirtschaft voranzutreiben – zu nachhaltigem Wachstum und digitaler Effizienz. Bei der Kapitalmarktunion geht es also um nichts weniger als die Wettbewerbsfähigkeit und Eigenständigkeit der Europäischen Union (EU).

16 Maßnahmen empfohlen

Der neue Aktionsplan steht auf drei Säulen. Insgesamt sieht er 16 Einzelmaßnahmen vor, die sich diesen drei Hauptzielen zuordnen lassen. Neben der Vertiefung des Finanzbinnenmarkts an sich, zu der Maßnahmen wie die weitere Verbesserung des Anlegerschutzes und der grenzüberschreitenden Verzahnung von Investmenttransaktionen zählen, sollen Unternehmen unabhängiger von Bankenfinanzierungen werden. In Europa wird die Wirtschaft deutlich weniger über Aktien- und private Finanzmärkte finanziert als in anderen Regionen der Welt und auch weniger, als es der hiesigen Wirtschaftsleistung angemessen wäre. Vor allem KMU sollen leichteren Zugang zu alternativen Finanzierungsquellen wie Venture Capital erhalten.

Die Diversifizierung von Geldquellen für Unternehmen führt zu einer belastbareren Realwirtschaft und vielfältigeren Anlageoptionen für Investoren. Damit ist die dritte Säule angesprochen: Die EU soll ein noch sicherer Ort für langfristige Spar- und Anlageprodukte für Privatpersonen werden. Auch für Kleinanleger soll es attraktiver werden, Geld zum Beispiel in Fonds oder Aktien anzulegen, statt es bei anhaltend niedrigen Zinsen auf dem Sparkonto liegen zu lassen, was in Europa noch immer viel zu häufig der Fall ist.

Viele Mitgliedstaaten haben alternativen Gesellschaften und sorgen sich – wenn nicht heute, dann spätestens morgen – um ihr Rentenniveau. Wie wichtig es ist, dass sie ihre Rentensysteme auf verschiedene Säulen stellen, ist schon oft ausgeführt worden, nicht

zuletzt von unserem Verband. Die drei Säulen der staatlichen, betrieblichen und privaten Altersvorsorge sichern buchstäblich die Stabilität der europäischen Volkswirtschaften. Das paneuropäische private Pensionsprodukt PEPP (Pan-European Personal Pension Product) soll die dritte Säule weiter ausbauen. Es fügt sich damit nahtlos in die Zielsetzung der Kapitalmarktunion ein. Indem Investieren für alle einfacher und attraktiver wird, etwa durch sichere, transparente Produkte wie das PEPP, ermöglichen wir in ganz Europa finanziell inklusivere, belastbarere Gesellschaften, größeren Wohlstand im Alter und erschließen zugleich Kapital für den Wandel hin zu einer nachhaltigen und krisenfesten Ökonomie.

Eltif-Reform

Die bankunabhängige Unternehmensfinanzierung in der EU lässt sich auch durch eine Stärkung der Eltifs, also der European Long-Term Investment Funds beziehungsweise europäischen langfristigen Investmentfonds, unterstützen. Als transparente, streng regulierte Vehikel für alternative Anlagen – wie eben in KMU, die langfristiges Kapital benötigen, aber auch beispielsweise in Infrastruktur – hätten sie das Potenzial, für illiquide Anlage die anerkannte Marke zu werden, die OGAW (Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren) für liquide Anlagen schon seit langer Zeit sind. Sie könnten dazu beitragen, neben institutionellen Anlegern wie Rentenfonds und Versicherern auch Privatanleger zur Investition in KMU heranzuziehen.

ALFI unterstützt die Empfehlung des HLF für eine Reform des Eltif-Regelwerks. Es gilt vor allem, noch bestehende Hürden für Anleger abzubauen und die Voraussetzungen anzugleichen, die Mitgliedstaaten an die Anlegereignung und das Passporting stellen. Auch einige Umgestaltungen am Produkt selbst – hin zu mehr Einfachheit und Flexibilität – könnten hilfreich sein.

Gute Produkte genügen jedoch nicht. Attraktiv muss auch ihr Erwerb selbst werden, und der Fondskauf am Smartphone wird nicht lange Zukunftsmusik bleiben. Kenntnisse über Finanzprodukte wie PEPP und Eltif müssen daher zukünftig zur Allgemeinbildung gehören. Assetmanagern

kommt hier, wie bei der Initiative überhaupt, eine Schlüsselrolle zu.

Aus der Sicht Luxemburgs, besonders der luxemburgischen Assetmanager und Investmentfondsspezialisten, sind die CMU-Bestrebungen eng verknüpft mit den Entwicklungen, die wir seit Jahren aktiv vorantreiben, wie der Förderung von Altersvorsorgeprodukten, dem Investment in alternative Fonds oder der Transformation zu einer nachhaltigeren

Wirtschaftsform mithilfe innovativer Technologien. Wenn die Rahmenbedingungen stimmen, sind Assetmanager prädestiniert als „Matchmaker“ zwischen den schlafenden Sparguthaben von Millionen von EU-Bürgern einerseits und innovativen Projekten auf der Suche nach Kapitalquellen andererseits. Luxemburger Investmentfonds bilden vielleicht die wichtigste Schnittstelle überhaupt für die Kapitalmarktunion. Genau

hier bringen wir Anleger und Finanzierungsprojekte grenzüberschreitend zusammen.

Von
Camille Thommes

Generaldirektor
des Luxemburger
Fondsverbands ALFI
(Association of the
Luxembourg Fund
Industry)

Von der optionalen Kür zur Pflicht

Die bevorstehende Einführung nachhaltiger Investmentfonds ist nicht ohne praktische Schwierigkeiten – Kreativität und Pragmatismus sind gefragt

Börsen-Zeitung, 31.10.2020

Seit der Verabschiedung des Aktionsplans zur Finanzierung nachhaltigen Wachstums durch die Europäische Kommission im Jahr 2018 war offensichtlich, dass die Finanzindustrie ein wichtiges Element der 2016 mit dem Pariser Abkommen begonnenen Strategie zur Nachhaltigkeit darstellen würde. In den vergangenen Monaten hat dies zu einer ganzen Reihe von neuen Regelwerken geführt, so etwa die Taxonomie-Verordnung zur Klassifizierung der ökologischen Komponente von Investments sowie die Transparenz-Verordnung.

Vor allem die letztgenannte Verordnung zieht erhebliche praktische Konsequenzen für die gesamte Fondsindustrie nach sich. Sie ist in ihren voraussichtlichen Auswirkungen auf die Arbeit von Fondsmanagern wohl nur mit der Einführung der AIFM-Richtlinie (Alternative Investment Fund Manager Directive) vor knapp zehn Jahren vergleichbar. Luxemburg als mit Abstand größter Fondsstandort in Europa und weltweit die Nummer 2 mit derzeit knapp 4600 Mrd. Euro verwaltetem Vermögen und fast 15 000 Fonds (inklusive Teilfonds) ist hiervon naturgemäß stark betroffen.

Im Anwendungsbereich der Transparenz-Verordnung sind neben den Verwaltungsgesellschaften und AIFM alle in Luxemburg existenten Fondstypen: neben den OGAW (Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren) als Retailprodukte auch alle alternativen Fonds wie die sogenannten Teil-II-Fonds, spezialisierte Investmentfonds (SIF), Investmentgesellschaften für Anlage in Risikokapital (Sicar), Reservierte Alternative Investmentfonds (RAIF) und andere alternative Investmentfonds wie etwa Kommanditgesellschaften (SCS/SCSp).

Dabei ist Nachhaltigkeit für Luxemburg kein Neuland: Bereits seit den 1990er Jahren hat man sich stark bei Mikrofinanzfonds engagiert und kommt dort mittlerweile auf einen Marktanteil von 60% weltweit; es gibt Regierungsinitiativen wie das Nachhaltigkeitslabel für Fonds „Luxflag“ (seit 2006), und erst vor einigen Wochen begab der Luxemburger Staat die europaweit erste nachhaltige Staatsanleihe. Nachhaltige Investmentfonds existieren daher schon eine ganze Weile im Großherzog-

tum, jedoch waren diese eher Zusatzals Kernprodukt und oft durch staatliche Förderbanken wie etwa die KfW oder den ebenfalls in Luxemburg ansässigen Europäischen Investmentfonds (EIF – European Investment Fund) getrieben.

Vor allem gab es bislang keine einheitlichen Standards für die Bezeichnung „nachhaltig“ oder die Dreifaltigkeit „ESG“ (Environment Social Governance), wie sie die Transparenz-Verordnung vorsieht. Dies soll sich nun ändern, und die europäischen Regularien sollen es einerseits dem Anleger einfacher machen bei seiner Auswahl eines Fonds, andererseits die Finanzindustrie insgesamt zur Entwicklung neuer Produkte anhalten und somit Gelder verstärkt in nachhaltige Projekte lenken.

Dieser Schwenk von nachhaltigen Fonds von optionaler Kür zur Pflicht im Wege der Umsetzung der Vorgaben der Transparenz-Verordnung wird dabei alle Marktteilnehmer der Luxemburger Fondsindustrie betreffen, in erster Linie die Fondsmanager. Sie alle werden sich einer ganzen Reihe von Herausforderungen in der Praxis stellen müssen. Zunächst geht es dabei um die zukünftige strategische Ausrichtung der Fondsmanager und ihrer Produkte und die Frage, ob man bei den Anlageentscheidungen künftig wichtige nachteilige Auswirkungen auf bestimmte Nachhaltigkeitsfaktoren berücksichtigen möchte.

Bejaht man dies, hat dies umfangreiche Veröffentlichungspflichten auf der Website des Fondsmanagers sowie in den Verkaufsprospekten der Fonds zur Folge. Welche Nachhaltigkeitsfaktoren hier zu beachten sind und auf welcher Ebene (des Fonds oder jedes einzelnen Vermögenswerts des Portfolios), ist derzeit noch unklar: Die seitens der europäischen Aufsichtsbehörde ESMA vor einigen Monaten im Entwurf veröffentlichten technischen Regulierungsstandards (RTS) sehen 32 solcher Faktoren vor und scheinen von einer Analyse auf Portfolioebene auszugehen.

Ob der Anleger mit solch detaillierten Informationen etwas anfangen kann und wie ein Fondsmanager solche Datenmengen überhaupt verarbeiten soll, bleibt derzeit noch im Dunkeln. Viele der aufgeführten Faktoren sind darüber hinaus auf typische Retailfonds mit einer Anlage in Wertpapieren zugeschnitten und sind für Fonds mit anderen Strategien wie etwa Immobilienfonds oder Private-Equity-Fonds nur teilweise oder überhaupt nicht relevant.

Entscheidet man sich gegen die

Berücksichtigung dieser Faktoren, zieht dies einen Begründungszwang nach sich, und einer solchen Veröffentlichung ist eine gewisse „Prangerwirkung“ wohl nicht ganz abzusprechen. Fondsmanager können sich auch dazu entschließen, nicht nur negative Auswirkungen auf Nachhaltigkeitsfaktoren zu berücksichtigen, sondern auch nachhaltige Fonds aufzulegen beziehungsweise existierende Produkte entsprechend zuzuordnen. Die Transparenz-Verordnung sieht hierfür zwei Kategorien vor: Entweder solche, auch ESG-Strategie-Fonds genannt, die bestimmte ökologische oder soziale Merkmale bewerben oder weitergehend solche, deren Ziel in einer nachhaltigen Anlage besteht (auch Impact-Produkte genannt).

Abgrenzungsfragen

In der Praxis werden sich zwischen den beiden Kategorien Abgrenzungsfragen stellen. So sind etwa Risikohinweise zu Nachhaltigkeitsfaktoren mittlerweile bei einer Vielzahl von Fonds üblich – würde dies bereits zu einer Einordnung als ESG-Strategie-Fonds führen? Oder wie ist es mit Mischprodukten, die Anlagen in nachhaltige Projekte als Möglichkeit vorsehen, jedoch nur als untergeordneter Teil der Anlagestrategie? Hinzu kommt, dass der momentane Entwurf der RTS einen Warnhinweis für Strategiefonds vorsieht, dass diese gerade kein nachhaltiges Anlageziel verfolgen – da scheint Verwirrung auf Anlegerseite vorprogrammiert.

Die wohl größte Herausforderung wird für die Anbieter von nachhaltigen Fondsprodukten in der Verfügbarkeit der gemäß der Transparenz-Verordnung erforderlichen Daten bestehen. Der vermutlich weit überwiegende Anteil der Informationen, die auf Websites, in den Verkaufsunterlagen der Fonds oder in regelmäßigen Berichten zu veröffentlichen sind, wird derzeit noch nicht erfasst.

Dies ist für ein noch junges Marktsegment nicht ungewöhnlich, und es ist zu erwarten, dass dieses Geschäftsfeld in den kommenden Jahren von entsprechenden Datenanbietern beackert wird. Bis aber auch nur ein annähernd ausreichendes Angebot verfügbar ist, wird noch einige Zeit vergehen, erst recht bis es zu einer für automatisierte IT-Verfahren notwendigen Standardisierung dieser Daten kommt. Zu beachten ist auch, dass gerade Luxemburger Investmentfonds einen großen Anteil ihres Vermögens außerhalb

der EU anlegen, wo die Verfügbarkeit solcher Daten nochmals geringer ist.

Neben der inhaltlichen Komponente ist auch die regulatorische Umsetzung in zeitlicher Hinsicht ein Problem. Die weit überwiegende Mehrheit der Luxemburger Fondstypen (OGAW, SIF, Sicar, sogenannte Teil-II-Fonds) können ihre Fondsunterlagen nur nach einem Genehmigungsverfahren mit der Luxemburger Finanzaufsicht CSSF ändern. Um die Vorgaben der Transparenzverordnung im Hinblick auf die zwei Kategorien nachhaltiger Fondsprodukte umzusetzen (Gleiches gilt für die Auswirkungen von Nachhaltigkeitsrisiken), wäre daher ein Genehmigungsverfahren durchzuführen. Es ist absehbar, dass dies bis zum Inkrafttreten der Verordnung am 10. März nächsten Jahres nicht möglich sein wird.

Weitere Unsicherheiten

Dies hat wohl bei der Europäischen Kommission zu einem Umdenken geführt, und diese signalisierte vor einigen Tagen gegenüber einer Reihe von Marktteilnehmern, dass zumindest das Inkrafttreten der RTS

nach hinten verschoben wird. Dies wird seitens der Fondsindustrie sicherlich mit Erleichterung zur Kenntnis genommen, schafft aber auch weitere Unsicherheiten: Da die Regelungen der Transparenzverordnung ab 10. März 2021 verpflichtend sind, müssen die dort aufgeführten Veröffentlichungen durchgeführt werden – in Abwesenheit jeglicher Details hinsichtlich deren praktischer Umsetzung.

Der bislang eher holprigen Einführung nachhaltiger Investmentfonds bleibt zu wünschen, dass diese Schwierigkeiten durch die Luxemburger Fondsindustrie mit ihrer bekannten Mischung aus Kreativität und Pragmatismus aufgefangen werden und jedenfalls langfristig zu einem Erfolg dieser zweifellos zukunftssträchtigen Initiative führen.

Von

Marcel Bartnik

Partner
bei GSK Stockmann SA

*„Seit der Verabschiedung
des Aktionsplans zur
Finanzierung nach-*

*haltigen Wachstums
durch die Europäische
Kommission im Jahr
2018 war offensichtlich,
dass die Finanzindustrie
ein wichtiges Element
der 2016 mit dem Pariser
Abkommen begonnenen
Strategie zur
Nachhaltigkeit darstellen
würde.“*

*„Die wohl größte
Herausforderung
wird für die Anbieter
von nachhaltigen
Fondsprodukten in
der Verfügbarkeit der
gemäß der Transparenz-
Verordnung erforder-
lichen Daten bestehen.“*

Mit Vertrauen und Kompetenz in Krisenzeiten punkten

Gestiegene Erwartungen, Digitalisierung und Regulatorik fordern heraus

Börsen-Zeitung, 31.10.2020
Das Bankenumfeld hat sich dramatisch verändert, insbesondere in den vergangenen Jahren. Die Erwartungen der Investoren sind deutlich gestiegen. Neben einem personalisierten Dienstleistungsangebot wird das Bedürfnis nach hybrider Beratung immer wichtiger. Anleger und Kunden sind mobil und permanent erreichbar; sie wollen von überall und jederzeit auf die Dienstleistungen und Informationen der Bank zugreifen können. Sie fordern auch mehr Transparenz, sowohl in Bezug auf Entscheidungen, die ihr Portfolio betreffen, als auch auf die Beratung. Eine weitere Entwicklung ist die Fülle von Regulierungen, die seit dem Beinahe-Zusammenbruch des Finanzsystems im Jahr 2007 umgesetzt werden mussten.

Der laufende Digitalisierungsprozess ist für Finanzdienstleister wie die VP Bank eine strategische Disziplin. Er wird gezielt eingesetzt, um eine maximale Kundenzufriedenheit zu gewährleisten und gleichzeitig die Rentabilität der Bank zu steigern. Intern harmonisiert die Bank die gruppenweiten Geschäftsprozesse, vereinheitlicht IT-Dienstleistungen und Daten und reduziert die Komplexität in der Produkt- und Systemlandschaft.

Investoren und Kunden haben positiv auf diese Anpassungen reagiert. Dies gilt zum Beispiel für die Modernisierung bestehender Online-Services. Die Bank hat in den zurückliegenden Jahren ihren Internetauftritt technisch modernisiert und neu gestaltet, das E-Banking-System wurde optisch überarbeitet und mit neuen Funktionalitäten ausgestattet. Zudem sollen die Beraterinnen und Berater durch gezielte Maßnahmen mehr Zeit für ihre Kunden erhalten. Der größte Kundennutzen liegt in einem hybriden Beratungsmodell, das die persönliche Beratung mit modernen Technologien und digitalen Dienstleistungen geschickt kombiniert.

Die Zukunft der Beratung

Jeder Anleger muss davon überzeugt sein, dass sein Bankpartner den Finger am Puls der Zeit hat und Trends mit spürbarem Kundennutzen aufgreift. Die VP Bank (Luxembourg) SA erkennt laufend aktuelle Trends und unterstützt ihre Kunden aktiv. Oft ist von Robo-Advisory die Rede, doch den Maschinen sind Grenzen gesetzt. Hier kommt das

hybride Beratungsmodell zum Tragen. Obwohl die Kunden heute eine große Affinität zu neuen Technologien haben, wünschen viele von ihnen letztlich eine individuelle Beratung, die alle ihre persönlichen Ziele anspricht. Dies erfordert ein einfühlsames Verständnis für ihre spezifische Situation sowie individuelle und erstklassige Lösungen. Ein Robo-Berater – stellvertretend für menschliche Spezialisten – kann in dieser Form einfach keine ausgewählten Dienstleistungen anbieten.

Das Bankgeschäft der Zukunft wird auf bestehenden Kernkompetenzen wie Vermögensverwaltung, Vermögensplanung und Anlageberatung aufbauen. Die Banken werden ihnen jedoch ein digital kompatibles Format zur Verfügung stellen müssen, um den Kundenbedürfnissen gerecht zu werden. Es wird auch notwendig sein, die Dienstleistungen transparenter und messbarer zu machen, damit sie anhand verschiedener Kriterien bewertet werden können.

Krisensicheres Private Banking

Die Coronakrise zeigt einmal mehr die große Bedeutung von Banken als Finanzversorger für Wirtschaft und Gesellschaft. Finanzinstitute spielen in der Krisenbewältigung eine zentrale Rolle; Banken müssen daher jetzt umfangreiche Maßnahmen ergreifen, um den normalen Geschäftsbetrieb für Kunden zu garantieren.

In der Krise ist das volle Leistungsspektrum der Banken als systemrelevante Infrastruktur besonders gefragt. So bedarf es zum Beispiel bei komplexen Themen wie Überbrückungsfinanzierungen und Förderungen für Unternehmen geschulter Experten als Ansprechpartner. Hier müssen die Berater Lösungen erarbeiten, die einen einfachen und raschen Zugang zu Liquidität ermöglichen. Reine Digitalbanken können diese Rolle nicht erfüllen.

Im Hinblick auf die Ausbreitung des Coronavirus ist es das oberste Ziel, den Bankbetrieb unter allen Umständen aufrechtzuerhalten. In Übereinstimmung mit den Empfehlungen nationaler Gesundheitsbehörden hat daher auch die VP Bank in Luxemburg rechtzeitig umfangreiche Vorkehrungen getroffen, um ihre Mitarbeitenden zu schützen und um die Kunden auch weiterhin jederzeit bestmöglich betreuen zu können. Dazu wurden umfassende Reiserestriktionen eingeführt, Kunden- und

Bankanlässe verschoben, Bürotrennungen bei Schlüsselteams umgesetzt sowie einem großen Teil der Mitarbeitenden Homeoffice ermöglicht. So wird sichergestellt, dass allen Kunden sämtliche Dienstleistungen weiterhin uneingeschränkt zur Verfügung stehen.

Somit hat die aktuelle Situation keine schwerwiegenden Auswirkungen auf den normalen Geschäftsbetrieb der Bank. In Luxemburg, aber auch an allen internationalen Standorten sind die Berater jederzeit erreichbar. Kundenanliegen werden telefonisch oder per E-Mail beantwortet. Zusätzlich gibt es die Möglichkeit, sicher über das moderne E-Banking mit der Bank zu kommunizieren oder Bankgeschäfte selbstständig von zu Hause aus abzuwickeln.

In Krisenzeiten wird gerade der persönliche Kontakt besonders geschätzt. Ein zuverlässiger Bankpartner fühlt sich in schwierigen Situationen mehr denn je dazu verpflichtet, seine Kunden und Geschäftspartner, wo immer es nötig ist, zu unterstützen und zu begleiten. Gerade bei den jetzt außergewöhnlich volatilen Märkten ist es wichtig, dass zwischen Kunden und persönlichem Berater ein regelmäßiger Austausch stattfindet. Da physische Meetings in den vergangenen Wochen aufgrund der Reisebeschränkungen nicht mehr möglich waren, haben sich die digitalen Kontakte intensiviert.

Momentan überschlagen sich an den internationalen Finanzmärkten die Ereignisse, aktuelle Informationen haben einen kurzlebigen Charakter. Gerade in Phasen hoher Unsicherheit suchen Anleger nach Navigationshilfen. In dieser Situation kommt die VP Bank dem erhöhten Informationsbedürfnis nach und steht ihren Kunden mit regelmäßigem Investment-Know-how zur Seite.

Die Leistungsfähigkeit der globalen Wirtschaft ist massiv beeinträchtigt. Im Newsroom auf der Webseite der Bank finden sich aktuelle Informationen der hauseigenen Investmentspezialisten rund um die Auswirkungen des Coronavirus auf die Finanzmärkte: mit den wichtigsten Analysen, Hintergründen und Einschätzungen. Wie stark die Restriktionen auf die Wirtschaft einwirken, zeigt das VP-Bank-Coronakrisen-Ba-

rometer.

Kreativ und offen sein

Die Krise verdeutlicht, wie wichtig es ist, kreativ und offen für Veränderungen zu sein. Der Finanzplatz Luxemburg ist bestens aufgestellt und wird trotz der Auswirkungen der Coronakrise seine Erfolgsgeschichte weiter fortsetzen. Mit bewährter Kundennähe, besonderer Betreu-

ungsintensität und dem verstärkten Einsatz digitaler Technik können und werden Banken als vertrauenswürdiger, kompetenter Partner punkten und Orientierung geben.

Von

Christoph T. Müller

Head
of Private Banking
der VP Bank
(Luxembourg) SA

Im Dienste der Superreichen

ABBL-Studie: Das Private Banking in Luxemburg glänzt weiter mit Erfolgswahlen

Von Nadia Di Pillo

Die goldenen Zeiten im Private Banking sind vorbei. Dennoch glänzt die Luxemburger Branche weiterhin mit guten Zahlen. Laut einer Studie der Bankenvereinigung ABBL hat sich das Anlagevermögen, das in Luxemburg verwaltet wird, innerhalb von elf Jahren mehr als verdoppelt und erreichte im Jahr 2019 466 Milliarden Euro – im Vorjahr waren es 395 Milliarden Euro. „Auch wenn der Markteffekt vieles erklärt, so ist die Entwicklung dennoch beachtlich und übertrifft die Prognosen der letzten Umfrage, die das Gesamtvermögen im Private Banking für 2019 auf 450 Milliarden schätzte“, so der Verband in einer gestern veröffentlichten Pressemitteilung.

Luxemburg zieht immer mehr Menschen an, die zu den sogenannten „High Net Worth Individuals“ (HNWI) und den „Ultra High Net Worth Individuals“ (UHNWI) zählen. Vor allem ist der Anteil der Kunden, die über ein investierbares Vermögen von mehr als 20 Millionen Euro verfügen, stark gestiegen. Im Jahr 2019 waren 58 Prozent des in Luxemburg verwalteten Gesamtvermögens auf solche besonders wohlhabende Kunden zurückzuführen.

Umgekehrt nimmt der Anteil

der Kunden mit weniger als einer Million Euro weiter ab: Das Anlagevermögen dieses Kundensegments belief sich 2015 auf 13 Prozent des Gesamtvermögens, im Jahr 2019 auf nur noch acht Prozent. „Diese Veränderung stellt neue Anforderungen an den Privatbankensektor, der speziell für dieses Segment mehr anspruchsvolle Produkte und Dienstleistungen entwickeln musste, um effizient zu bleiben“, meint die ABBL.

Die Studie zeigt, dass 85 Prozent des Anlagevermögens auf europäische Kunden zurückzuführen ist – 21 Prozent der Kunden wohnen in Luxemburg und 17 Prozent in den Nachbarländern Frankreich, Belgien und Deutschland. Diese Zahlen sind im Vergleich zum Jahr 2018 stabil.

Die Zahl der Beschäftigten verzeichnet einen leichten Rückgang von 6,8 Prozent. Die Branche zählte 6 224 Vollzeitbeschäftigte im Jahr 2019; im Jahr davor waren es 6 676. Die Zahl der Privatbanken ging von 57 auf 54 im Jahr 2019 zurück.

Vielfältige Chancen

Mit Blick auf die Zukunft „gibt es für die Privatbanken große Möglichkeiten“, heißt es bei der ABBL. Angefangen mit dem Brexit, der die Attraktivität des Luxemburger

Finanzplatzes bestätigt hat. Viele Finanzinstitute haben Luxemburg als Ankerpunkt gewählt, um sich in Europa niederzulassen und ihre Europageschäfte zu führen. In den vergangenen Jahren haben internationale Privatbanken ihre Präsenz auf dem europäischen Markt von Luxemburg aus verwaltet, sei es durch die Verwendung des sogenannten EU-Passes oder durch die Schaffung von Zweigstellen.

Das Private Banking steht aber auch vor einer harten Probe. Die Covid-19-Pandemie stellt für viele Privatbanken eine große Herausforderung dar – viele Institute sind dennoch in der Lage, sich anzupassen und die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um ihre Rentabilität zu erhalten. Dies ist vor allem durch die Beschleunigung der Digitalisierung möglich.

Die zweite Herausforderung für Privatbanken betrifft laut ABBL die Rentabilität. Der Druck steigt von allen Seiten. Kaum eine Branche ist so stark mit neuen Regulierungen konfrontiert wie die Finanzbranche. Dazu kommen das negative Zinsumfeld und die Notwendigkeit, in Betriebssysteme und in neuen Produkte und Dienstleistungen zu investieren, was sich auf die Kosten und die Rentabilität der Banken auswirkt, so die ABBL in ihrem Bericht.

Attraktiver Platz

Der „ABBL Private Banking Group Survey 2019“ zeigt die Entwicklung des Privatbankgeschäfts

LUXEMBURG

CORDELIA CHATON

Luxemburg ist als Finanzplatz bekannt. Doch wie sieht es tatsächlich aus? Darauf wirft die jährliche Umfrage des Bankenverbandes ABBL ein Licht, der gestern wieder den „Private Banking Group Survey“ vorstellte. Laut diesem hat sich das verwaltete Vermögen in Luxemburg in den vergangenen elf Jahren verdoppelt und ist 2019 auf 466 Milliarden Euro gestiegen. Das ist mehr als zuvor geschätzt worden war. Da waren die Experten noch von 450 Milliarden Euro ausgegangen.

Laut der ABBL zeugt diese Entwicklung von der Attraktivität des Finanzplatzes für Privatkunden, die Luxemburgs politische, wirtschaftliche und regulatorische Stabilität genauso zu schätzen wissen wie das AAA-Rating, das es als eines der wenigen Länder der Welt regelmäßig von großen Ratingagenturen erhält. Die ABBL unterstreicht, dass das Private Banking elf Prozent zur Wertschöpfung des Bruttoinlandsprodukts durch den gesamten Finanzbereich beiträgt.

Mehr Superreiche

Bemerkenswert ist auch die Zunahme der so genannten „Ultra-High Net Worth Clients“, also jener Superreichen, die über mindestens 20 Millionen Euro verfügen. Ihr Anteil steigt jedes Jahr und machte 2019 immerhin 58 Prozent aller Vermögenswerte aus, die in den Händen dieser Superreichen lagen, die von den Bankern so geschätzt werden. Im Gegenzug nimmt die Zahl der Kunden mit weniger als einer Million Euro kontinuierlich ab. Während ihr Anteil an den Vermögenswerten 2015 noch bei 13 Prozent lag, sackte er 2019 auf acht Prozent.

Damit gehen laut dem Bankenverband neue Anforderungen an den Privatbankbereich einher. Dieser muss anspruchsvollere Produkte und Dienstleistungen speziell für dieses Segment anbieten, um attraktiv zu bleiben. Damit einhergehen auch neue Standards beim digitalen Zugang zu Informationen.

Europäische Kundschaft

Die Kunden der Privatbanken in Luxemburg kommen

vor allem aus Europa: 85 Prozent aller Vermögenswerte befinden sich in den Händen europäischer Klienten, von denen 21 Prozent in Luxemburg leben und immerhin noch 17 Prozent in den Nachbarländern. Diese Zahlen sind im Vergleich zu 2018 stabil.

Bei der Zahl der Mitarbeiter ist jedoch ein leichter Rückgang von 6,8 Prozent zu verzeichnen. Insgesamt arbeiteten 2019 6.676 Menschen Vollzeit im Privatbankbereich. 2018 waren es noch 6.224 Mitarbeiter gewesen. Die Zahl der Mitarbeiter mit Kundenkontakt ging von 1.462 in 2018 auf 1.365 im Jahr 2019 zurück. Die Studie erklärt dies zum einen mit der sinkenden Anzahl von Privatbanken, die von 57 im Jahr 2018 auf 54 im Folgejahr abnahm. Sie verweist jedoch auch darauf, dass die Gesamtzahl der Mitarbeiter im Bankenbereich stabil geblieben sei.

Gute Aussichten

Die Studie sieht zahlreiche gute Geschäftsmöglichkeiten für Privatbanken. So bestätigte der Brexit die Attraktivität des Standorts Luxemburgs als Finanzzentrum, das von vielen britischen Finanzinstitutionen als europäischer Standort ausgewählt worden war. Dazu kommen internationale Banken, die in den vergangenen Jahren ihre Präsenz in Luxemburg ausgebaut haben und hier den europäischen Pass für Finanzdienstleistungen nutzen respektive auch Filialen errichten. Darüber hinaus, so die Studie der ABBL, gebe es in Luxemburg ein attraktives Umfeld für Privatbanken dank spezialisierter Dienstleister wie Beratern, Versicherern oder Juristen. Das spiele angesichts der komplexeren Ansprüche der Kunden eine Rolle.

Als Herausforderungen sieht die Studie die COVID-19-Pandemie, die die Banken zwang, Digitalisierung und Homeoffice voran zu treiben. Dabei konnten sie auf die Unterstützung der Bankenaufsicht CSSF setzen. Auch für die Kunden habe dies Vorteile mit Blick auf neue Technologien, Kundenbeziehungsmanagement sowie Reporting. Als zweite große Herausforderung bleibt das Thema Profitabilität auf der Agenda. Diese steht wegen steigender Regulierungskosten, negativer Zinsen und Investitionszwängen im operativen Bereich unter Druck. ●

„Dies ist ein Anstieg von 107 Prozent seit 2008; eine Verdoppelung des Vermögens“

ABBL PRIVATE BANKING GROUP SURVEY Über den Anstieg des verwalteten Vermögens

Fondsvolumen bleibt stabil

Luxemburgs Investmentbranche zeigt sich robust angesichts der Krise

Luxemburg. Während die Börsenkurse wegen der Corona-Krise zum Teil um mehr als zehn Prozent im Jahresvergleich eingebrochen sind, blieb das Vermögensvolumen der Luxemburger Investmentfonds stabil. Das geht aus gestern vorgelegten Daten der Finanz-

aufsichtsbehörde CSSF hervor.

Demnach belief sich das Gesamtnettvermögen der Luxemburger Fonds zum 30. September 2020 auf 4 696,186 Milliarden Euro. Im Vergleich zum Vormonat betrug der Rückgang lediglich 0,01 Prozent. Das sind knapp 600 Mil-

lionen Euro; neuen Einlagen von acht Milliarden Euro standen negative Wertschwankungen von 8,6 Milliarden Euro gegenüber. Vor allem europäische und US-amerikanische Aktien, so die Analyse der CSSF, gaben nach. Investitionen in Wertpapiere von Schwellenlän-

dern profitierten einerseits von der V-förmigen Erholung der chinesischen Wirtschaft, getrübt von anhaltenden Handelsspannungen mit den USA.

Verglichen über einen Zeitraum der letzten zwölf Monaten hinweg stieg das von Luxemburger Fonds verwaltete Nettovermögen um 2,76 Prozent. *MeM*

Frank Rückbrodt wird neuer Chef

Deutsche Bank Luxembourg bekommt einen neuen Vorstandsvorsitzenden

Luxemburg. Die Deutsche Bank hat gestern eine Reihe von Veränderungen in den Aufsichts- und Leitungsgremien ihrer Tochtergesellschaft Deutsche Bank Luxembourg bekannt gegeben. Diese werden zum Jahreswechsel wirksam.

Frank Krings, seit 2016 Vorstandsvorsitzender der Deutsche Bank Luxembourg S.A. und seit Juli 2020 konzernweit verantwortlicher CEO für die Region Westeuropa, wird künftig von Paris aus tätig sein und in Luxemburg vom Vorstand in den Aufsichtsrat der

Deutsche Bank Luxembourg S.A. wechseln. In Frankreich wird er zu dem Generaldirektor der dortigen Deutsche-Bank-Niederlassung und Landeschef des Konzerns.

Frank Rückbrodt, Leiter der Betriebsorganisation (COO) der Region Europa, Naher Osten und Afrika (EMEA) im Konzern, wechselt von Frankfurt nach Luxemburg und wird Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bank Luxembourg S.A., Leiter der Niederlassung der Deutschen Bank AG sowie Landeschef

des Konzerns im Großherzogtum. Frank Rückbrodt arbeitet seit über zwanzig Jahren in verschiedenen Funktionen im Konzern, unter anderem als Mitglied der leitenden Direktoren der Deutschen Bank S.A.E. (Spanien) und als Mitglied des Aufsichtsrats der Deutschen Bank S.p.A. (Italien). Darüber hinaus war er seit 2016 Mitglied des Aufsichtsrats sowie des Prüfungsausschusses der Deutsche Bank Luxembourg. Seine bisherige COO-Funktion für EMEA behält er bei.

Alexander Ilgen, Finanzchef und

Leiter der Betriebsorganisation der Privatkundenbank des Konzerns, wird Vorsitzender des Aufsichtsrats der Deutsche Bank Luxembourg S.A. Alexander Ilgen berichtet unmittelbar an den Konzernvorstand und folgt Ashok Aram in dieser Funktion nach, der sein Mandat im Zuge des Ausscheidens aus dem Konzern niederlegt. Ferner folgen im Aufsichtsrat der Deutsche Bank Luxembourg Bas Marteyn und Michelle Owen auf Kees Hoving und Rachel Blanshard die nach mehrjähriger Mandatstätigkeit aus dem Gremium ausscheiden. C.

Neue Standards bei Immobilienkrediten

Luxemburg. Die Luxemburger Banken erhalten ab dem 1. Januar 2021 neue Standards für die Vergabe von Immobilienkrediten. Der „Comité du risque systémique“ (CERS) hat seine Empfehlungen der luxemburgischen Finanzaufsicht CSSF übergeben, heißt es in einer Pressemitteilung des Finanzministeriums. Ziel sei es, eine Überschuldung zu vermeiden und Schwachstellen im Zusammen-

hang mit Immobiliendarlehen abzuschwächen. Ab Januar gelten demnach neue Regeln für Kredite zum Kauf von Grundstücken oder Immobilien. Als allgemeines Prinzip gilt, dass das Verhältnis zwischen dem geliehenen Betrag und dem Wert der Immobilie zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Darlehens (LTV-Ratio oder „loan to value“) maximal 80 Prozent beträgt. Dies bedeutet, dass der Beitrag des potenziellen Käufers 20 Prozent betragen muss. Die Empfehlung sieht allerdings einige An-

passungen vor. Bei Erstkäufern kann das Darlehen bis zum vollen Wert der Immobilie gewährt werden - ohne die Grenze von 100 Prozent zu überschreiten - wenn „dadurch die Zahlungsfähigkeit der Banken oder der Kreditnehmer nicht beeinträchtigt wird“. Für Besitzer eines Hauptwohnsitzes, die einen neuen erwerben möchten, ist die Höchstgrenze auf 90 Prozent festgelegt worden. Aber auch hier kann man unter bestimmten Bedingungen bis zu 100 Prozent gehen.

In den letzten fünf Jahren sind die Wohnimmobilienpreise mit einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate von 7,2 Prozent - und sogar 13,9 Prozent im ersten Quartal 2020 - weiter gestiegen. Im gleichen Zeitraum sind auch die Immobilienkredite an private Haushalte nach oben geklettert - im dritten Quartal 2020 etwa um 9,4 Prozent“, heißt es in der Pressemitteilung. *ndp*

Satsipay ist auf Wachstumskurs

Luxemburg. Das Fintech-Startup Satsipay hat weitere 93 Millionen Euro von Investoren wie zum Beispiel dem chinesischen Internetunternehmen Tencent eingesammelt. 68 Millionen Euro stammen aus einer Kapitalerhöhung durch primär ausgegebene Aktien und 25 Millionen Euro durch den Verkauf von Aktien aus dem Besitz frühe-

rer Investoren. Das gab Satsipay gestern bekannt. Das Unternehmen ermöglicht mobilen Zahlungsverkehr, der völlig unabhängig von Kredit-/Debitkartennetzwerken ist. Mit den neuen finanziellen Mitteln wolle das 2013 gegründete Unternehmen die europäische Expansion verstärken und das Team in Luxemburg vergrößern, so Satsipay. In den ersten zehn Monaten dieses Jahres erzielte Satsipay eigenen Angaben nach 21,5 Millio-

nen Transaktionen mit einem Transaktionsvolumen von 400 Millionen Euro. Das ist ein Anstieg von 78 Prozent gegenüber dem gleichen Zeitraum im Jahr 2019. In den ersten zehn Monaten des Jahres 2020 erreichte das Unternehmen mehr als 450 000 neue Nutzer und Händler, darunter wichtige Einzelhandelsgruppen wie Carrefour, Auchan, Autogrill und KFC. *MeM*

Frisches Geld

Satispay hat eine Finanzierungsrunde mit 93 Millionen Euro abgeschlossen

LUXEMBURG

CORDELIA CHATON

Das italienische Fintech-Startup Satispay hat 93 Millionen Euro bei Investoren in einer sogenannten C-Runde eingesammelt. Damit sollen das Wachstum und die Internationalisierung beschleunigt werden. Die Runde besteht aus 68 Millionen Euro an neu ausgegebenen primären Aktien und etwa 25 Millionen Euro an sekundären Aktien, die von bestehenden Investoren erworben wurden. Das Unternehmen bietet eine bankkontenfähige, mobile Zahlungslösung an, die völlig unabhängig von Kredit-/Debitkartennetzwerken ist. Satispay will die neuen finanziellen Ressourcen nutzen, um seine europäische Expansion voranzutreiben. Die Aufstockung des Geschäftsentwicklungsteams in Luxemburg - derzeit einer der Schlüsselmärkte - steht bei Satispay ganz oben auf der Tagesordnung.

Nach Abschluss dieser Runde hat Satispay seit seiner Gründung im Jahr 2013 insgesamt 110 Millionen Euro an Primärkapital aufgebracht, nachdem es bereits 42 Millionen Euro von Business Angels sowie industriellen und internationalen Investoren während der Runden der Serie A und B aufgebracht hat. Die Runde wurde mit einer Bewertung von 180 Millionen Euro vorher und mit einer Bewertung von 248 Millionen Euro nachher abgeschlossen. Die neue Finanzierungsrunde wird von Square, Inc., einem führenden amerikanischen Fintech-Unternehmen, Tencent, einem globalen Internet-Unternehmen, und LGT Lightstone, dem Equity-Impact-Investment-Arm der LGT Group, der weltweit größten Private-Banking- und Asset-Management-Gruppe in

Familienbesitz, sowie TIM Ventures, dem Corporate Venture Capital-Arm der Telecom Italia, geleitet.

Die Runde übertraf das ursprüngliche Ziel von 50 Millionen Euro deutlich. Satispay will jetzt seine Führungsposition in Italien festigen und gleichzeitig seine internationale Expansion beschleunigen. Diese hat bereits in Luxemburg und Deutschland begonnen. In Italien hat Satispay inzwischen über 1,3 Millionen Verbraucher und 130.000 Händler erreicht.

In den ersten zehn Monaten des Jahres wickelte Satispay rund 21,5 Millionen Transaktionen ab, was einem Transaktionsvolumen von 400 Millionen Euro entspricht. Dies bedeutet einen Anstieg von 78 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie erlebte Satispay einen signifikanten Zuwachs bei den Anmeldungen von Verbrauchern und Händlern sowie bei der Nutzung von In-App-Services und erreichte in den ersten zehn Monaten des Jahres 2020 mehr als 450.000 neue Nutzer und 35.000 neue Händler; darunter Carrefour, Auchan, Autogrill und KFC.

Alberto Dalmasso, Mitgründer und CEO von Satispay, fühlt sich geehrt durch die hohe Zahl neuer Investoren. „Wir wollen die neue Referenz im Bereich der Zahlungsnetzwerke in Europa werden. Unser Ziel ist es, eine ganze Welt von Mehrwert-Zahlungsdiensten zu entwickeln. Diese Dienste

werden eine Alternative bieten, um von der digitalen Revolution zu profitieren, indem sie neue Nearshore-E-Commerce-Modelle schaffen.“

Expansion in Luxemburg

In Luxemburg wird Satispay sein Business-Development-Team verstärken, um das weitere Wachstum der Händlerbasis zu unterstützen. Darüber hinaus plant das Unternehmen auch den Start von b2c-Promotion durch gezielte Marketingkampagnen. Ungefähr 200 Händler in Luxemburg haben bereits den Satispay-Service aktiviert und bieten ihren Kunden sichere Zahlungen an. Vor kurzem gab das Unternehmen außerdem bekannt, dass es sein Händlernetz in Luxemburg erheblich erweitert hat, indem es Ferber, Concept+Partners, Manso Group und Paris8 - vier große und bekannte Marken - zu der bereits langen Liste von Verkaufsstellen hinzufügt, in denen man mit Satispay bezahlen kann.

„Wir glauben, dass diese neue Finanzierungsrunde uns den zusätzlichen Schub geben wird, den wir in Luxemburg brauchen“, meint Dalmasso. „In nur wenigen Monaten ist es Satispay bereits gelungen, Tausende von Verbrauchern und zweihundert Händler von der einfachen und intuitiven Bedienung von Satispay zu überzeugen. Dies ist erst der Anfang. Das Team in Luxemburg wächst und wird in den nächsten Monaten noch weiter wachsen. Wir entwickeln neue Dienste und Funktionen mit dem Ziel, unseren Kunden- und Händlerkreis im Jahr 2021 deutlich zu vergrößern.“ ●

*„Das Team in
Luxemburg wächst“*

ALBERTO DALMASSO Mitgründer und CEO und Satispay

Secteur financier / Assurances / Services - Gestion / Organisation / Productivité

„Die Brücke geht in beide Richtungen“

Der Luxemburger Claude Hellers gründet seine eigene Fondsvertriebsgesellschaft - in Deutschland

Interview: Marco Meng

Claude Hellers ist in der Luxemburger Fondsbranche kein Unbekannter. Viele Jahre, fast zwei Jahrzehnte, arbeitete er bei Fidelity International und war dort vor seinem Abschied im Dezember 2019 unter anderem Geschäftsführer von Fidelity Investment Services. Jetzt hat sich Hellers mit einem eigenen Vertriebshaus selbstständig gemacht.

Claude Hellers, Sie haben Ihre eigene Fondsvertriebsgesellschaft mit dem Namen Fundbridge gegründet?

Ja, ich habe hier im Oktober 2020 die Fundbridge GmbH gegründet. Ich war mein ganzes Berufsleben lang im Vertrieb tätig und habe mich intensiv um den Aufbau und Ausbau von langfristigen Kundenbeziehungen gekümmert. Als ich mich entschlossen habe, von Fidelity wegzugehen, war es naheliegend, ein eigenes Vertriebsunternehmen aufzubauen.

Warum in Deutschland?

Ich habe immer schon Kunden außerhalb Luxemburgs betreut und Luxemburger Produkte vertrieben, darum wollte ich das auch so weiterführen. Ich will aus persönlichen Gründen auch noch einige Jahre in Deutschland bleiben und habe auch hier mein berufliches Netzwerk und die passende Infrastruktur, damit mein Unternehmen funktioniert, das nun in **Bad Homburg** ansässig ist. Der Mehrwert, den ich meinen Kunden bieten kann, ist mein Netzwerk in Deutschland, wo ich seit 2013 Investmentfonds vertreibe, sowie der Zugang zu Experten weltweit.

Ist es momentan nicht eine schwierige Zeit, um ein Unternehmen zu gründen?

Die Geschäftsidee ist über einen längeren Zeitraum gereift, und die ganze Corona-Situation und die Krise hat dazu geführt, dass mir sehr schnell klar wurde, wie mein Modell aussehen muss. Ganz am Anfang dachte ich an Beratung, aber Beratung lebt von persönlichen Kontakten, was aktuell wegen der Pandemie äußerst schwierig ist, während man Vertrieb auch digital machen kann. Wenn also das Netzwerk besteht,

man die Leute kennt und man weiß, wen man anrufen kann, dann funktioniert Vertrieb auch digital. Ich habe letzten Monat mit über 60 Leuten gesprochen, ohne einen persönlichen Termin mit ihnen zu haben, aber von diesen Leuten kenne ich alle persönlich. Als Partner habe ich Strateco als strategischen Berater, auf deren Know-how beim Risk Management und anderen Bereichen ich zurückgreifen kann, sowie die Investmentspezialisten von Allington Investment Advisors, mit denen ich mich austausche. Ganz alleine, nur auf sich selbst gestellt, geht es nicht.

Was genau soll Fundbridge machen?

Im Prinzip habe ich zwei Segmente: das eine sind die Investoren in Deutschland und darüber

hinaus, das zweite sind die Vermögensverwalter, die Asset Manager, die Zugang zum Markt haben. Diese beiden zusammenzubringen habe ich zu meiner Aufgabe gemacht. Sieht man sich die verschiedenen Kundensegmente an, sind die Bedürfnisse verschieden. Habe ich beispielsweise eine Investmentidee, dann muss ich zielgenau die potenziellen Kunden ansprechen, die auch zu diesem Produkt passen. Alles andere wäre Vergeudung von Ressourcen und Zeit. Zielgenau die Leute anzusprechen, das mache ich mit Fundbridge. Ziel ist es, einzigartige Investmentideen für das jeweilige Segment zu identifizieren, den jeweiligen Asset Managern einen effizienten Auftritt im deutschen beziehungsweise europäischen Markt zu ermöglichen sowie deren Produkte im Markt zu platzieren.

Sie sagten einmal: „Meiner Meinung nach wird der Markt zwischen Core-Investment- und Speciality-Investment-Anbietern aufgeteilt werden.“ Was meinen Sie damit?

Das Vertriebsgeschäft wird sich sehr verändern. Es wird viel digitaler. Auf der einen Seite sind da zum Beispiel die europäischen oder amerikanischen Aktienprodukte, von denen es viele auf dem Markt gibt, wovon man sich den besten Fonds und eventuell auch

das günstigste Produkt raussuchen kann. Solche Core-Investment-Produkte sind einfach zu gestalten. Wenn man es jetzt aber mit einem neuen Thema probiert oder einem Thema, das etwas komplizierter ist und von dem nicht alle Informationen öffentlich erreichbar sind, dann kann man einen Mehrwert liefern. Wenn ich jetzt ein Produkt platziere, bei dem der Track Record noch nicht so lange ist, dann kann man Mehrwert liefern, wenn man die richtigen Leute an den Tisch bekommt. Das können ESG-Ideen (ökologisch, sozial oder gesellschaftlich nachhaltig, Anm. d. Red.) sein, es können Infrastrukturthemen sein oder Private Equity-Beteiligungen, also eher Spezialitäten statt Massenprodukte, wo der Markt schon verteilt ist.

Wer sind Ihre Kunden?

Auf der Asset-Management-Seite habe ich mit dem Schweizer Provider Alpinum angefangen, der auf den deutschen Markt will und mit alternativen Investments tätig ist, also etwas, das eher für Family Offices und institutionelle Kunden passt. Auf der Vertriebsseite sind es Versicherungen und Pensionsfonds, es können auch IFAs sein (bankunabhängige Finanzberater, Anm. d. Red.). Man muss verstehen, was genau das Produkt ist, um zielgenau die Kunden für dieses Produkt anzusprechen. Das Portfolio an Lösungen wird sich über die Zeit entwickeln, ich will aber auch nicht zu viele Produkte anbieten, weil ich nicht alles für jeden machen kann. Es wird am Ende also nur eine Handvoll Firmen sein, die ich vertreten werde.

Ohne Ihren beruflichen Werdegang würde es Fundbridge nicht geben. Was haben sie vorher gemacht?

Angefangen zu arbeiten hatte ich bei Clearstream, und meine Aufgabe war es die Verbindung zwischen Clearstream und London und anderen Regionalbüros aufzubauen. Zehn Jahre darauf ging ich zu Fidelity, wo ich Fonds vertrieben habe, erst in Luxemburg, dann in Belgien und schließlich in Benelux. 2013 ging ich dann nach Deutschland, um dort den Vertrieb von Fidelity-Produkten aufzubauen. Ich war immer ein

„Kundenmensch“ und habe immer Kunden betreut, was mir jetzt auch bei meinen nächsten Schritten weiterhilft.

Wird die Corona-Krise auch die Fondsbranche belasten oder den Finanzplatz Luxemburg?

Die Investmentfondsbranche in Luxemburg konnte ihre Bestände stabil halten und hat sich als solide erwiesen. Was die Banken betrifft, so wird sich das in den nächsten sechs bis zwölf Monaten zeigen und auch dadurch beeinflusst, was mit der Realwirtschaft passiert, wie viele Ausfälle von Unternehmen es geben wird. Aber ich glaube, der Bedarf, Geld zu investieren, und zwar langfristig zu investieren, der bleibt. Was sich vielleicht ändert, ist, wie die Menschen zu Investmentfonds kommen, sei es über Player, die neu auf den Markt kommen oder über digitale Vertriebskanäle und über Investmentthemen.

Sie sprachen den digitalen Fondsvertrieb an. Wann wird das konkret?

Ich glaube, dass die Unternehmen immer weniger Zeit haben, lange mit den Kunden zu sprechen. Ich glaube aber auch, dass es nach wie vor persönliche Beratung geben wird. Wichtig ist, den richtigen Kunden zum richtigen Zeitpunkt mit dem richtigen Produkt anzusprechen. Und das zu wissen, dazu wird die Digitalisierung einen wesentlichen Beitrag leisten. Das aber, glaube ich, beginnt gerade erst. Der andere Teil der Digitalisierung betrifft die Investmentprodukte selbst. Viele nutzen schon „Big Data“-Analysen, um herauszufinden, wie sie Aktien besser auswählen können oder um zu analysieren, wie sehr ein Unternehmen bestimmten ESG-Kriterien entspricht.

Letzteres ist ein großes Thema in Luxemburg.

Ja, und Luxemburg hat die Bedeutung von ESG früh erkannt und ist da auch schon weit fortgeschritten. Wenn bei mir das Thema ESG auf den Tisch kommt, schaue ich mir natürlich an, was es in Luxemburg dazu gibt. Die Brücke geht in beide Richtungen: Wenn ich Luxemburger Themen

nach draußen bringen kann, dann werde ich auch andere Themen aus anderen Ländern nach Luxemburg bringen.

Banque Raiffeisen und Wüstenrot kooperieren

Luxemburg. Nachdem die Schwäbisch Hall im Juni angekündigt hatte, das Neukundengeschäft in Luxemburg einzustellen, hat die Banque Raiffeisen nun einen neuen Partner für den Bereich Bausparen. Das Unternehmen meldete

gestern, dass es künftig mit der Bausparkasse Wüstenrot zusammenarbeiten werde. Wüstenrot Luxemburg, eine Niederlassung der deutschen Muttergesellschaft Wüstenrot Bausparkasse AG, ist seit 1978 im Großherzogtum aktiv. Die Niederlassung operiert von Munsbach aus und zählt 15 Mitarbeiter. Yves Biewer, Präsident des Direktionsvorstandes der Ban-

que Raiffeisen kommentierte, dass er sich auf die Zusammenarbeit mit der „seit vielen Jahren hier in Luxemburg etablierten Bausparkasse“ freue. Mit dieser neuen Partnerschaft sei man nun in der Lage, ein noch umfassenderes Angebot an Bankdienstleistungen anzubieten.

ThK



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

TRANSPORT UND LOGISTIK

Der Luftfahrt geht es dreckig

CORONA-KRISE Passagierzahlen am Findel sind im zweiten Quartal um 97 Prozent eingebrochen

Christian Müller

Seit 2010 verbuchte der Luxemburger Flughafen jedes Jahr neue Rekorde bei den Passagierzahlen. Das Geschäft boomte. Diese Erfolgsserie hat die Corona-Krise nun jäh unterbrochen. Auch die Aussichten für die Zukunft sind trüber geworden. Bis sich die Branche wieder erholt, könnte es einige Jahre dauern, schätzt René Steinhaus vom Luxemburger Flughafenbetreiber Lux-Airport.

Es ist eine Krise, wie sie die Luftfahrt seit dem Zweiten Weltkrieg nicht erlebt hat, so René Steinhaus, Geschäftsführer von Lux-Airport, gegenüber dem Tageblatt. Nach 9/11 habe es einige Tage gedauert, bis die Menschen wieder in den Fliegern saßen – nach dem isländischen Vulkan einige Wochen. Nun jedoch gibt es bereits seit Monaten massive Reisebeschränkungen. „Allen in der Luftfahrt geht es dreckig“, so der Flughafen-Direktor.

Noch letztes Jahr konnte der Luxemburger Flughafen sich freuen: Insgesamt 4,37 Millionen Passagiere haben den Flughafen genutzt. Ein deutlicher Anstieg zum Jahr 2018 (3,99 Millionen Passagiere). Vor zehn Jahren (2009) waren es erst 1,5 Millionen Passagiere gewesen.

Doch in diesem Jahr hat die Corona-Krise allen Wachstums-Erwartungen einen Strich durch die Rechnung gemacht. Europa-weit war der Linienverkehr von März bis Mai praktisch zum Erliegen gekommen. In den Monaten April und Mai war es, auch am Passagier-Terminal in Luxemburg, sehr still. Nur Sonderflüge fanden statt, etwa Corona-bedingte Krankentransporte aus der Großregion.

Das Trauerspiel
des leeren Terminals

Dementsprechend sind die Passagierzahlen am Flughafen, nach einem bereits merklichen Rückgang im ersten Quartal (17 Prozent), in den Monaten Mai bis Juni fast komplett (97 Prozent) eingebrochen. Insgesamt 37.270 Passagiere wurden in diesen drei Monaten am Findel gezählt, wie neue Zahlen von Eurostat zeigen. Zur gleichen Zeit im Vorjahr lag die Zahl der Passagiere noch bei deutlich über einer Million (1.185.171).

Besonders erschreckend waren die Zahlen im Monat April – ganze 26 Passagiere wurden am Findel gezählt. In den Monaten Mai und Juni ging es wieder aufwärts, wenn auch nur ganz leicht (auf 1.808 bzw. 35.436 Passagiere). Zum Vergleich: Im Vorjahr (April 2019) wurden stolze 384.281 Passagiere am Findel gezählt – in den Monaten Juni bis Oktober 2019 lag ihre Zahl bei über 400.000 pro Monat. „Das Trauerspiel des leeren Terminals“ konnte René Steinhaus täglich von seinem Büro aus beobachten.

Verglichen mit dem zweiten Quartal hat sich die Lage mittlerweile wieder gebessert. Im dritten Quartal hat der Rückgang „nur“ noch 66 Prozent verglichen mit dem Vorjahr betragen. Von den insgesamt 15 Fluggesellschaften, die vor der Krise im Passagierbereich am Findel tätig waren, haben elf den Flugbetrieb inzwischen wieder aufgenommen, so Steinhaus. Von den ehemals 85 Zielen werden heute wieder etwa 55 angeflogen, wenn auch mit geringeren Frequenzen.

„Wir mussten alles
am Leben halten“

Eine solche Situation ist derweil nicht nur für die Fluggesellschaften, sondern auch für die Betreiber von Flughäfen äußerst kompliziert. Selbst wenn am Passagierterminal

praktisch Stillstand herrschte, „mussten wir alles am Leben halten: den Sicherheitsbereich, den Tower, den Flughafenbetrieb, die Verwaltung, die Technik ... Cargo musste weiterfliegen können.“ Dementsprechend blieben die Kosten für Lux-Airport hoch, während die erwirtschafteten Umsätze wegbrachen.

Der Findel-Betreiber, eine Gesellschaft, die seit Jahren auf Wachstumspfad war, hat mittlerweile einen Einstellungsstopp verhängt. „Wir drehen derzeit jeden Euro zweimal um. Wir versuchen, Kosten zu sparen und die Effizienz zu steigern“, sagte Steinhaus. Mitarbeiter entlassen will er nicht. „Unser Ziel ist es, alle Jobs zu erhalten. Wir brauchen unsere Mitarbeiter, um alles am Laufen zu halten.“ Lux-Airport zählt 350 Mitarbeiter.

Schwarze Zahlen werde man dieses und nächstes Jahr jedoch nicht schreiben, so der Flughafen-Direktor weiter. Zudem habe man jedoch noch Investitionen, wie etwa die für nächstes Jahr geplante Runway-Sanierung, zu stemmen. Das könne man nicht verschieben.

Auch in die Immobilien-Projekte (Airport-City) rund um den Flughafen investiere man weiter, sagte Steinhaus. Ziel dieser Projekte ist es, unabhängiger von den Einnahmen aus dem Flugverkehr zu werden und ein Immobilien-Portfolio aufzubauen, dessen Vermietung für stabile Einnahmen sorgt. In diesem Sinne habe man bereits die neue Cargolux-Zentrale errichtet, die die Luftfrachtgesellschaft nun miete. Das nächste Projekt sei in der Vorbereitung.

Leichtes Wachstum
bei der Luftfracht

Des Weiteren hat Lux-Airport Glück, dass Findel nicht nur auf Passagiere spezialisiert ist, sondern eben auch auf Fracht. Nach einem absoluten Rekordjahr 2018

war 2019 zwar leicht weniger Frachturnschlag gemessen worden. Und auch 2020 begann nicht besonders gut. Doch dann kam Corona. Mittlerweile wird im laufenden Jahr mit einem leichten Plus von zwei Prozent bei der Luftfracht – einem Kernelement der Versorgung während der Krise – gerechnet.

Gründe hierfür gebe es mehrere, wie Steinhaus erklärte: So seien sowohl das Cargozentrum als auch die bereits 50-jährige Cargolux wahre Spezialisten ihres Fachs: „Wir haben erfahrene Teams, gekühlte Räume für Pharmaprodukte, und die Fracht bleibt nicht zwei Stunden auf dem Flughafen stehen.“ Seit Jahren zählt Luxemburg zu den zehn wichtigsten Fracht-Flughäfen in Europa. Gleichzeitig konnten Passagierflieger keine Fracht mehr mitnehmen (da sie nicht flogen). „Diese Waren mussten auf Vollfrachter umgebucht werden. Und das ist unser Geschäft.“

Retten kann die Luftfracht das Jahr aber nicht. „Es bleibt schlecht, überall“, so der Flughafendirektor. Mit neuen Maßnahmen gegen die Pandemie

scheinen sich die Zahlen bei den Passagieren im letzten Quartal des Jahres wieder zu verschlechtern. „Der Trend dreht sich wieder.“ Zurzeit wird für das letzte Quartal mit einem Minus von 65 Prozent gerechnet.

Bis die Folgen der Krise überwunden sind, werden Jahre vergehen, befürchtet René Steinhaus. Schon wegen der strukturellen Folgen: Weltweit wurden Flotten stillgelegt, teilweise Mitarbeiter entlassen. Allein bei der Luxair-Gruppe sollen 600 Arbeitsplätze abgebaut werden. „Es wird Jahre brauchen, um das alles wieder aufzubauen.“

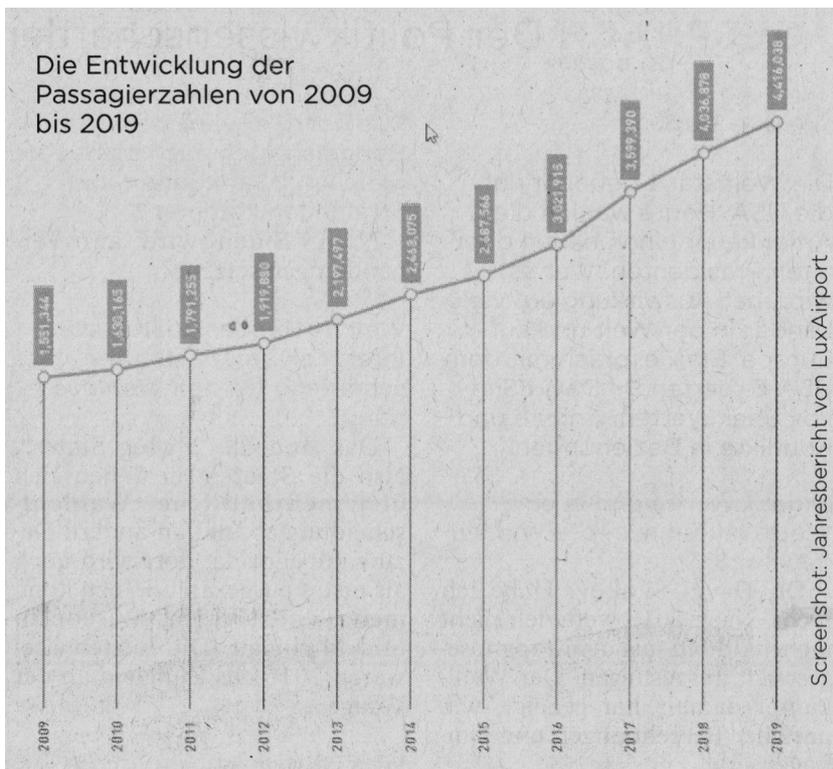
„Herausfordernde Jahre vor uns“

Dass der Findel wieder auf dem Niveau von 2019 ankommt, könnte bis 2023 oder 2025 dauern, schätzt er. „Und auch danach rechnen wir mit langsamerem Wachstum als bisher. Wir haben herausfordernde Jahre vor uns.“

Verzweifeln tut er jedoch nicht. Der Findel hat, neben dem

Frachtbereich und einem guten Umfeld für Immobilien, weitere Wettbewerbsvorteile, analysierte Steinhaus. So sei der internationale Langstreckenverkehr am stärksten getroffen. Luxemburg jedoch ist ein Regionalflygfeld, von wo aus die Ziele mit Direktverkehr und ohne Umsteigen angefliegen werden. Es gebe von hier aus ein gutes, ausgewogenes Angebot, etwa nach Mallorca, Tunesien, London, Portugal, Frankfurt, Paris oder München.

Und auch die „Netzwerkcarrier“, die Kunden aus der Großregion für Langstreckenflüge zu den großen internationalen Flughäfen bringen, werden ihre Verbindungen wieder hochfahren, sobald sich die Lage beruhigt hat, ist er überzeugt. „Ich bin mir sicher: Wir werden wieder fliegen. Die Menschen brauchen Kontakt, sie müssen sich austauschen. Langfristig wird die Luftfahrt eine Wachstumsindustrie bleiben. Wir haben eine globale Welt – Fliegen gehört einfach dazu.“



Luxair baut ab

Ohne Entlassungen sollen in den nächsten drei Jahren bei der Airline 350 Stellen wegfallen

Luxemburg. Einzig das Frachtgeschäft läuft gut. Das sonst profitable Geschäft mit Urlaubsflügen liegt am Boden, während das Linienfluggeschäft immer schon Verluste bescherte. Gestern nun unterschrieben die Sozialpartner Staat, Personalvertreter und Luxair-Direktion eine Vereinbarung, die helfen soll, die Gesellschaft die nächsten drei Jahre durch die Krise zu bringen. 265 Mitarbeiter sollen in diesem Zeitraum in Frührente geschickt werden, andere gehen zeitweise in Fortbildungsmaßnahmen oder

Kurzarbeit. Insgesamt, so der Plan, sollen bis 2024 rund 350 Stellen im Luxair-Konzern wegfallen – „ohne Entlassungen“, betont Mobilitätsminister François Bausch. Den Staat, Hauptaktionär der Luxair, werden diese Maßnahmen viel Geld kosten. Direkthilfen, die von Brüssel abgesegnet werden müssten, sind damit aber vorerst vom Tisch. Ob an weiteren Schrauben zur Rettung der Luxair gedreht werden muss, hängt vom Fortgang der Pandemie ab. *MeM*

Luxair: 350 Stellen fallen weg

Tripartite: Businessplan bis 2024 unterzeichnet – allein 265 Mitarbeiter sollen in Frührente

Von Marco Meng

In den kommenden drei Jahren erlebt Luxair eine Roskur. So lange werde im optimistischen Fall die Krise in der Luftfahrtbranche dauern, meinte gestern Mobilitätsminister François Bausch. Konkret bedeutet das für den Luxemburger Luftfahrtkonzern: insgesamt etwa 350 Stellen im Betrieb sollen bis 2024 wegfallen, durch Verrentung, Frühverrentung für 265 Mitarbeiter und freiwillige Fortgänge, die nicht ersetzt werden.

Das ist das Ergebnis des Geschäftsplans bis 2024, der gestern in der vierten Tripartite zum Luftfahrt-Sektor Luxair-Direktion, Personalvertretern und Staat unterzeichnet wurde. Der Ende des Jahres auslaufende Kollektivvertrag bei Luxair wird dabei um drei Jahre verlängert werden, wobei die Gehälter eingefroren werden. Durch die Pandemie sei eine Vorausschau für die Geschäftsentwicklung derzeit schwierig. „Es werden Stellen abgebaut, aber niemand wird bei der Luxair entlassen“, betont Bausch.

OGBL-Sekretärin Michelle Cloos wie auch Robert Fornieri von der Gewerkschaft LCGB begrüßten ebenfalls die Vereinbarung und dass es dabei zu keinen Entlassungen komme. „Alle gemeinsam glauben wir an die Zukunft von Luxair“, so Cloos.

Neben den Mitarbeitern, die in

den nächsten drei Jahren in Frührente gehen, werden 322 Mitarbeiter der Luxair-Gruppe zeitweise in Kurzarbeit geschickt sowie in Weiterbildungsmaßnahmen, respektive werden an andere Abteilungen und Unternehmen weitervermittelt.

Damit der Plan zur Überwindung der Pandemie-Flaute ohne Entlassungen funktioniert, muss das Kurzarbeitsgesetz modifiziert werden, um die Obergrenze der für Kurzarbeit erlaubten Stunden anzuheben, so Arbeitsminister Dan Kersch gestern, wie auch das Gesetz zur „Cellule de reclassement“, von der 157 Mitarbeiter betroffen sind, die wegen der schlechten konjunkturellen Situation vorübergehend „aufgefangen“ werden müssen. Von strukturellen, also betrieblichen Maßnahmen betroffen sind demnach 227 Beschäftigte.

Unsicherheit durch Pandemie

Die Fluggesellschaft befindet sich wegen der Corona-Pandemie und eines drastischen Rückgangs der Passagierzahlen seit März unter Druck. Einige Maschinen der Gesellschaft wurden vorläufig stillgelegt, andere fliegen, doch mit weniger Auslastung und mit weniger Frequenzen als normal. Die Gesellschaft rechnet für das laufende Jahr mit einem Fehlbetrag in Millionenhöhe. Luxair-Chef Gilles Feith erklärt die Situation im

Unternehmen folgendermaßen: „Es ist nichts mehr, wie es war.“ So würden heute Reisen nur sehr kurzfristig gebucht und ebenso kurzfristig abgesagt. Das mache es schwierig, Flüge zu planen. Sowohl beim Linienverkehr wie auch bei Urlaubsreiseverkehr.

Die positive Nachricht: während die Passagierzahlen rapide eingebrochen sind, stieg hingegen das Aufkommen der Fracht um 20 Prozent. Darum sei es nun auch nötig, so Feith, dass Beschäftigte, die sonst im Passagierbetrieb arbeiten, heute zum Beispiel im Frachtbereich arbeiteten. „Jeder trägt seinen Teil dazu bei, die Zukunft von Luxair zu sichern“, bewertet Feith das Ergebnis der Tripartite-Gespräche.

Mobilitätsminister Bausch sagte im Anschluss an die Tripartite: „Wenn wir zusammen kooperieren, kommen wir durch die Krise.“

Luxair habe eine schwierig komplizierte Situation. Es werde auch noch lange so bleiben. Während der Dauer des gestern unterschriebenen Geschäftsplans für die Luxair werden sich Firmendirektion, Personal und Staatsvertreter zweimal im Jahr treffen, um die Situation im Betrieb und in der Branche jeweils neu zu beurteilen. Der Staat hilft und hofft, so Bausch, dass die Situation der Luftfahrtbranche 2024 besser ist als heute.

Alle Sozialpartner begrüßten gestern die getroffenen Vereinbarungen, gleichzeitig wurde betont, dass niemand wisse, ob es damit bis 2024 getan sei. „Bis dahin ist noch ein langer Weg, und alles hängt davon ab, wie lange die Pandemie dauern wird“, so Bausch. Er hoffe, dass die Maßnahmen ihre Wirkung täten und nicht an weiteren Schrauben gedreht werden müsse. Bausch verweist darauf, dass die derzeitige Krise keine normale Konjunkturtrübung sei. „Das erschwert die Voraussicht.“

An den Gesprächen nahm gestern auch Finanzminister Pierre Gramegna teil, der versicherte, dass der Staat als Mehrheitsaktionär auch weiterhin in die Luxair investiere. Eine Kapitalerhöhung bei der Gesellschaft sei aber nicht geplant, so Gramegna. Das stehe nicht auf der Tagesordnung. Die gestern beschlossenen indirekten Hilfsmaßnahmen, für die laut Minister etwa 50 Millionen Euro im Staatshaushalt vorgesehen sind, bedürfen im Gegensatz zu direkten Finanzspritzen keiner Zustimmung der EU-Wettbewerbsbehörde.

● *Es liegt noch ein
● langer Weg vor
uns.*

François Bausch, Mobilitätsminister

Erfolgreich und doch reformbedürftig

30 Jahre Seefahrernation: Luxemburgs Hochsee-Schiffsregister

Von Marco Meng

Dass sich Luxemburg mit einem eigenen Schiffsregister „aufs Meer“ traute, obwohl es ein Binnenland ist, mag als raffinierter Streich eines Zwergs gelten, der neue Einnahmequellen sucht und seine Wirtschaft diversifizieren will. Ganz ungewöhnlich ist es aber tatsächlich nicht: So hat die Schweiz seit 1923 ein Seeschiffahrtsamt, und die Tschechische Republik verfügt über die größte Flotte eines europäischen Landes ohne eigene Küste. Aber während beispielsweise Österreich nach vielen Jahrzehnten des Rückgangs geflaggter Seeschiffe 2012 sein Seeschiffahrtsrecht einmottete, hat sich das von Luxemburg bewährt. Es wird am Montag, den 9. November, 30 Jahre alt.

„Jeder in der luxemburgischen Seeverkehrsverwaltung war sich damals bewusst, dass es keinen Spielraum für Fehler in Sicherheitsfragen geben durfte“, erklärt heute der Jurist Marc Glodt, der 1991 die Seeverkehrsverwaltung Luxemburgs eingerichtet hat und erster Commissaire du gouvernement aux affaires maritimes war.

Das Gesetz über das Seeschiffsregister ist ein Rahmengesetz, das die Registrierung von Schiffen und die Eintragung von Hypotheken ermöglicht, die Mechanismen für die Überprüfung und Zertifizierung von Schiffen bestimmt und die Sozialstandards für das Seepersonal festlegt, die nach den Tarifen des Wohnsitzes bezahlt werden. Ein zweites Gesetz mit umfangreichem Regelwerk ratifiziert die internationalen Konventionen in diesem Bereich.

Der breiten Öffentlichkeit dürfte erstmals bekannt geworden sein, dass Schiffe unter Luxemburger Flagge auf den Weltmeeren fahren, als Piraten Anfang 2016 das unter luxemburgischer Flagge fahrende Schiff „Bourbon Liberty 251“ im Golf von Guinea überfielen oder im letzten Jahr, als erstmals in der Geschichte der Luxemburger Seefahrt mit dem Schlepp- und Versorgungsfahrzeug „Bourbon Rhode“ ein Schiff mit der Flagge

des roten Löwen während eines Hurricanes im Atlantik gesunken war. Solche Meldungen sind natürlich Horrornachrichten für den Luxemburger Seefahrt-Sektor.

Kontrollen auf den Schiffen

Der technische Zustand der Schiffe muss also genauso kontrolliert werden wie die Einhaltung von Gesetzen – nicht ganz einfach, denn die Schiffe sind ja nie in Luxemburg, das zu den ersten Ländern gehörte, die 2006 eine internationale maritime Arbeitskonvention (MLC) über die Arbeit von Seeleuten ratifiziert haben. Darin sind Minimalgarantien in Sachen Mindestlohn (625 US-Dollar im Monat), Arbeitsschutz, Gesundheitsvorsorge und Versicherung festgeschrieben.

Dazu Robert Biber, der das dem Wirtschaftsministerium eingegliederte Commissariat aux affaires maritimes (CAM) leitet: „Wir haben ein Netzwerk von unabhängigen Inspektoren, die laut einer Checkliste, die wir zur Verfügung stellen, die Schiffe etwa einmal im Jahr kontrollieren.“ Solche „Flag State Inspections“ dauern normalerweise einen ganzen Tag.

Zu den regelmäßigen Kontrollen durch Hafenbehörden kommen Prüfungen durch Klassifizierungsgesellschaften hinzu, die im Namen der CAM technische Zertifikate ausstellen und auch die Einhaltung des Arbeitsrechts überwachen. Laut Jahresbericht des CAM wurden 2019 auf 170 in Luxemburg zugelassenen Schiffen Kontrollen durchgeführt, dabei stellten die Prüfer auf 97 Schiffen Mängel fest. „Je nach Schwere der Probleme“, so Biber, „kann das Schiff festgehalten werden, bis diese korrigiert wurden oder bei weniger schwerwiegenden Mängeln darf das Schiff weiterfahren, aber mit der Auflage, dass der Reeder oder die Besatzung diese zeitnah behebt und dies auch dokumentarisch belegt.“

Ein ganzer Wirtschaftszweig

Anfangs nutzten belgische Reeder die Luxemburger See-Flagge – ro-

ter Löwe auf blau-weiß gestreiftem Hintergrund –, und auch heute noch hat das aus Belgien stammende Familienunternehmen Jan de Nul, das seinen Firmensitz inzwischen ins Großherzogtum verlagerte, die meisten Schiffe im Luxemburger Hochseeregister, gefolgt von CLdN (Compagnie luxembourgeoise de navigation), früher als Cobelfret bekannt, das heute ebenfalls seinen Firmensitz in Luxemburg hat.

„Die luxemburgische Flagge hat ihre Nische und ihre Nutzer gefunden“, so das Fazit von Glodt nach 30 Jahren. In den 30 Jahren wurden insgesamt rund 800 Schiffe im Land registriert. 215 Schiffe zählt das Register aktuell. Vor fünf Jahren waren es noch 245 Hochseefahrzeuge. Vor allem die Zahl der großen Schiffe mit mehr als 25 000 Bruttoregistertonnen hat sich verringert, wobei nicht allein die Bruttoregisterzahl für die Bedeutung des Sektors ausschlaggebend ist.

Robert Biber von der CAM weist darauf, dass von der Einrichtung eines Schiffsregisters zum Beispiel auch – und das wohl nicht unbeabsichtigt – Banken, Steuerberater, Wirtschaftsprüfer, Rechtsanwälte und die Versicherungsbranche im Land profitiert: Mit Bruttoprämien von mehr als 640 Millionen Euro verbuchten Schiffsversicherer wie die West of England Ship Owner, Tokio Marine, The Britannia Steam Ship Insurance oder die International Shipowners Reinsurance. Insgesamt sind im Land etwa 3 000 Menschen im „pavillon maritime“ beschäftigt. Insgesamt 207 Schiffsfahrtsunternehmen („Entreprises maritimes“) gab es Ende 2019 in Luxemburg.

Neben Luxus-Charteryachten, kleineren Containerschiffe, Tankern und vor allem Spezialbaggerschiffen sind in Luxemburg aber keine Fischereischiffe und auch keine Kreuzfahrtschiffe registriert. Letzteres vor allem auch deshalb, weil Kreuzfahrtschiffe große Crews haben und das ein enormer Aufwand für die Luxemburger Verwaltung wäre. Eigentlich wollte man auch keine „großen Öltanker mehr“ – hieß es vor Jahren aus dem Wirtschaftsministerium. Allerdings sind im Luxemburger Schiffsregister 15 Tanker, darunter das größte Schiff unter Luxemburger Flagge, die 228 Meter lange und 38 Meter breite „Cielo di Cagliari“ von d'Amico Tankers, die 2018 von Hyundai in Vi-

etnam gebaut wurde und eine Ladekapazität von 90 000 Kubikmetern hat.

Der Schiffsbagger-Riese Jan de Nul, der weltweit Häfen wie den Frachthafen „Tanger Med“ in Marokko baut, Windparks errichtet und künstliche Inseln aufschüttet, hat rund 500 Beschäftigte in Capellen. Die 160 Kapitäne und mehr als 3 000 Besatzungsmitglieder des Unternehmens werden regelmäßig dort an der „Jan de Nul Academy“ fortgebildet – Luxemburger sind allerdings nicht darunter.

Laut Commissariat aux affaires maritimes waren Ende Dezember 2019 insgesamt 14 336 aktive Seeleute auf in Luxemburg zugelassenen Schiffen registriert. Der Anteil der Europäer beträgt 49 Prozent bei den Offizieren und 28 Prozent bei den Mannschaften. Hier stammt der größte Teil von den Philippinen (22 Prozent), gefolgt von der Ukraine, Belgien, Indien, Kroatien und den Niederlanden.

Die Frage des Umweltschutzes
Umweltschutzverbände kritisieren,

dass Luxemburg das Internationale Übereinkommen über das sichere und umweltgerechte Recycling von Schiffen, auch „Hong Kong-Konvention“ genannt, der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation IMO noch immer nicht unterzeichnet haben. Allerdings ist diese „Hong Kong-Vereinbarung“ 2013 EU-Recht geworden. Demnach dürfen EU-geflaggte Schiffe nur noch in EU-gelisteten Werften abgewrackt werden. Bislang wurde aber noch kein Schiff unter Luxemburger Flagge verschrottet. Trotzdem ist die Umweltfrage eine Wichtige, gehört die Schifffahrt doch mit zu den größten Treibhausgasproduzenten. Weltweit sind allein etwa 5 000 Containerschiffe auf den Meeren unterwegs, 80 Prozent des internationalen Warenhandels findet über die Ozeane statt.

Gleichzeitig herrscht zwischen den Registrierungsländern auch ein Wettbewerb bei den Tarifen. Die Länder mit den meisten registrierten Handelsschiffen sind Panama (6 500), Liberia (3 000) und die Marshall-Inseln (2 700). Das

europäische Land mit der größten Handelsflotte ist Malta (1 700). Hier will Luxemburg eigene Wege gehen: Im Koalitionsvertrag 2018 ist davon die Rede, das Schiffsregister entsprechend zu modernisieren und ein Konzept des „Green Shipping“ einzuführen. Luxemburgs Schifffahrtsbehörde untersucht diesbezüglich, wie man beispielsweise durch Steuernachlässe oder ähnliche Maßnahmen „grüne Schifffahrt“ finanziell unterstützen kann.

„Wenn Luxemburg diesen Wirtschaftssektor in den kommenden Jahren der Legislaturperiode noch ausbauen möchte, müssen grundlegende Nachhaltigkeits- und Menschenrechtsstandards berücksichtigt werden“, fordert die Vereinigung Justice et Paix Luxembourg. Und kritisiert dabei, dass menschenrechtliche Fragen im Regierungsprogramm gar nicht angesprochen wurden und der Begriff des „Green Shipping“ nicht klar definiert sei.

*Die Luxemburger
Flagge hat ihre
Nische und ihre
Nutzer gefunden.*

Schwieriger Seeweg zu „Green Shipping“

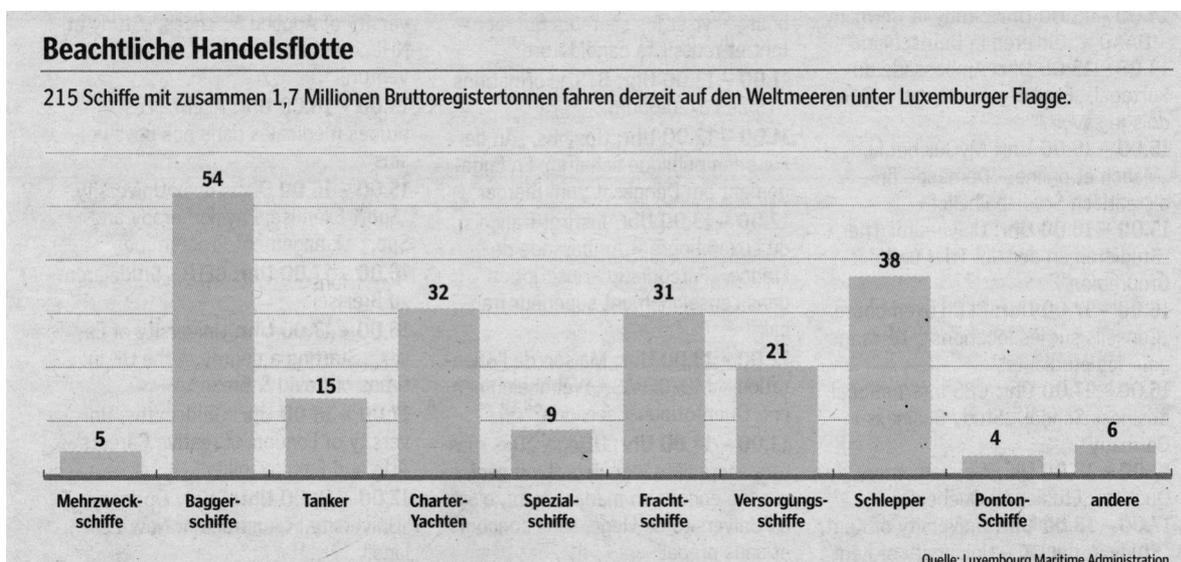
Fort vom Schweröl, hin zu Marinediesel, so heißt es derzeit bei Schiffseignern und Werften. Seit in diesem Jahr weltweit der maximale Grenzwert von Schwefel in den Abgasen von Schiffstreibstoffen auf 0,5 Prozent gesenkt wurde, wird bei der Luxemburger Firma Apateq vor allem eins gebaut: Filtersysteme für Hochseeriesen. „Wir haben bis dato über 150 Anlagen zur Aufbereitung des Wassers aus Rauchgaswaschanlagen ausgeliefert“, teilt Dirk Martin, Geschäftsführer von Apateq, mit. Weltweit müssen bis zu 70 000 Hochseeschiffe umgerüstet werden. Nach Justice et Paix Luxembourg soll „Green Shipping“ aber nicht nur eine Frage der Treibhausgasemissionen oder Schwefelgehalt von Schiffskraftstoffen bleiben, sondern ökologische und soziale Aspekte vollumfänglich beinhalten. Green Shipping ist umsetzbar, sagt

David Luty, Direktor von Jan de Nul, doch die Umsetzung sei nicht einfach. Fabrice Maire, Vorsitzender des 2008 gegründeten Interessenverbands „Cluster maritime luxembourgeois“ präzisiert: Er geht davon aus, dass „ökologische Schifffahrt“ letztlich auch zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Luxemburger Flagge beitragen werde. „Wir sollten jedoch nicht erwarten, dass in zwei bis drei Jahren ein Durchbruch bei diesem Thema erzielt wird.“

Maire sieht die Dekarbonisierung des Seeverkehrs durch die aktuelle Covid-19-Krise gebremst wegen mangelnder staatlicher Förderung von Alternativen zu fossilen Brennstoffen. Dennoch würden Schiffseigner bereits umrüsten, auch wenn viele Schiffe auf den Weltmeeren derzeit unter dem Selbstkostenpreis betrieben werden. Die CLdN, so Maire, hat Dual-Fu-

el-Schiffe in Auftrag gegeben, die die Möglichkeit haben, auch mit umweltfreundlicherem Flüssigerdgas zu fahren, während sich Jan De Nul und DEME zusammenschlossen, um gemeinsam mit dem portugiesischen Meeresforschungszentrum ein wissenschaftliches Forschungsprojekt zum Küstenschutz und zur Eindämmung der Auswirkungen der globalen Erwärmung zu starten. Auch diese beiden Schiffsunternehmen haben neue Schiffe mit emissionsarmer Antriebstechnologie geordert.

Der Luxemburger maritime Sektor hoffe auf die Förderung ökologischer Investitionen und die Gewährung finanzieller Anreize für die Reeder. Der Verband habe dazu dem Wirtschaftsministerium zu dem neuen Seegesetz, an dem zurzeit gearbeitet wird, entsprechende Vorschläge unterbreitet, so Maire. *MeM*



Luxemburg seit 30 Jahren Seefahrernation

JUBILÄUM „Commissariat aux affaires maritimes“ feiert Geburtstag

Christian Muller

Obwohl Luxemburg keinen eigenen Zugang zum Meer hat, ist das Land seit 30 Jahren eine Seefahrernation. Am 9. November 1990 wurde das Gesetz zur Gründung des „Commissariat aux affaires maritimes“ angenommen.

Dass Luxemburg ein Schiffsregister aufgebaut hat, geht auf den ehemaligen Wirtschafts- und Transportminister Robert Goebbels zurück. Im Rahmen einer Promotionsreise sei er darauf aufmerksam geworden, „dass bis zu 90 Prozent des Welthandels über das Meer laufen – und Luxemburg keinen Anteil daran hatte“, sagte er vor einigen Jahren gegenüber dem *Tageblatt*. „Ich dachte, ein maritimer Sektor wäre ein guter Zusatz für den Finanz- und Versicherungsplatz. Auch Länder ohne eigenen Meereszugang haben Schiffsregister, beispielsweise die Schweiz und Österreich“, so Goebbels damals weiter. „Dann hatte ich dem Regierungsrat einen Vorschlag gemacht. (...) Erst nach viel Hin und Her stimmte das Parlament zu. DP, KP und ADR stimmten nicht zu.“

Eine Schlüsselrolle im Aufbau des Luxemburger Schiffsregisters hatte Belgien. Es „war ein unglaublicher Glücksfall“, sagte Goebbels damals. Von seinem belgischen Amtskollegen Jean-Luc Dehaene (späterer Premierminister) sei er gefragt worden, ob es möglich wäre, die gesamte belgische Flotte ins Luxemburger Schiffsregister einzubringen. „Es war eine typische ‚histoire belge‘: Die belgische Gesetzgebung zum Schiffsregister war veraltet. Die gesamte Flotte flämisch. Eine politische Einigung war nicht möglich. Dehaene versuchte, über den Umweg Luxemburg, Bewegung in die Sache zu bringen.“ Auf einen Schlag kamen so mehrere Dutzend Schiffe ins Luxemburger Register. Ein paar Jahre später hatte Belgien seine Gesetzgebung erneuert. Die meis-

ten gingen zurück. Einige jedoch sind geblieben.

Belgien spielte eine Schlüsselrolle

Die Zahl der Luxemburger Schiffe beläuft sich heute auf insgesamt 215. Die Art Schiffe, die am stärksten im Register vertreten ist, sind Versorgungsschiffe (etwa für Ölplattformen). Am zweitmeisten vertreten sind Baggerschiffe, gefolgt von kommerziellen Yachten und Containerschiffen.

Nicht jeder wird im Register aufgenommen: „Kein Schiff darf älter als 15 Jahre sein, wenn es erstmals in Luxemburg angemeldet wird“, so Robert Biver gegenüber dem *Tageblatt*. „Wir wollen keine Mülltonne für alte Schiffe sein. Wir wollen moderne Schiffe. Das ist auch besser für die Umwelt.“ Robert Biver ist „Commissaire du Gouvernement aux Affaires maritimes“. Zuvor war er unter anderem Sprecher im Wirtschaftsministerium und Konsul in San Francisco. Er hat das Ruder 2008 von Marc Glodt, zuvor Attaché im Arbeitsministerium, übernommen, der die Abteilung im Wirtschaftsministerium 18 Jahre lang aufgebaut hatte.

Große Öltanker und Fischerboote will Luxemburg ebenfalls nicht im Register haben. Das war eine politische Entscheidung. Große Passagierschiffe, etwa Kreuzfahrtschiffe, gibt es auch keine. Da arbeiten mehrere tausend Menschen auf einem Schiff, was einen großen Arbeitsaufwand für die kleine Behörde bedeuten würde. Auf den luxemburgischen Schiffen sind aktuell insgesamt rund 4.000 Matrosen beschäftigt.

Zuletzt ist die Zahl der Luxemburger Schiffe leicht geschrumpft. Vor einigen Jahren zählte das Register noch 250 Meeresschiffe. Der Rückgang liegt unter anderem am niedrigen Ölpreis, wie Biver erklärt. Dieser habe dazu

geführt, dass einige Ölplattformen und somit auch ihre Versorgungsschiffe eingemottet wurden. Die Zahl der Baggerschiffe sei derweil stabil geblieben. „Unabhängig von der wirtschaftlichen Lage müssen Kanäle freigeschaufelt werden. Ihre Projekte laufen.“

Gelungene wirtschaftliche Diversifizierung

In diesem Jahr spürt die Branche die Pandemie. Sowohl die Mitarbeiter auf den Schiffen als auch die grenzüberschreitende Aktivität der Behörde. „Das ist alles nicht einfach“, so der Kommissar. Je nach Hafen, Land und Schiff sitzen manche Angestellte „Wochen auf ihren Schiffen fest, während andere nicht an Bord kommen können.“ Glücklicherweise gehe es mittlerweile wieder besser als zu Jahresbeginn.

Die Verwaltung selbst hat Prozeduren verändert, elektronische Dossiers ermöglicht und arbeitet von zu Hause aus. Selbst eine App hat sie eingeführt, mit der man mittels Video live Kontrollen auf Schiffen durchführen kann – ohne selbst präsent zu sein. Nach Covid setze sich die Modernisierung und Digitalisierung wohl fort, sagt Biver. „Die digitale Infrastruktur steht jetzt. Und sie bedeutet einen Zeitgewinn. Das werden wir in Zukunft weiter benutzen.“

In den 30 Jahren seit der Gründung hat sich rund um das Register ein kleiner, aber dynamischer Wirtschaftssektor entwickelt. Luxemburger Schiffe haben Offshore-Windparks in Belgien aufgebaut und eine der Palmeninseln vor Dubai errichtet. Schätzungen zufolge steht der Bereich hierzulande direkt für rund 300 Arbeitsplätze. Doch er bringt auch Geschäfte für Anwaltskanzleien, Finanzinstitute und Versicherer. Geschätzte 2.500 Arbeitsplätze in Luxemburg haben mit dem maritimen Sektor zu tun.

Drei Schiffsregister

Das „Commissariat aux affaires maritimes“ ist die staatliche Verwaltung, die für das Meeresschiffsregister zuständig ist. Ehe ein Schiff in Luxemburg angemeldet wird, untersucht die Behörde mit knapp 20 Mitarbeitern technische Daten und andere Dokumente, etwa die Besitzverhältnisse des Schiffes. Daneben gibt es hierzulande ein „Registre de plaisance“, wo Leute, die in Luxemburg wohnen, ihre eigenen Freizeitschiffe und -boote eintragen können. Dort sind etwa 1.000 Einheiten (Segelboote, Motorschiffe, Jetskis usw.) eingetragen. Auch dieses Register wird vom „Commissariat maritime“ verwaltet. Das dritte Luxemburger Schiffsregister ist für die Binnenschiffe zuständig. Es wird vom Transportministerium aus geleitet. Bei der Binnenschiffahrt handelt es sich mehr um eine Transportaktivität, bei der Schiffe auch Luxemburg anlaufen.

Zwölf schnelle Lösungen

Mobilitätsministerium will Fahrrad-Boom nicht verpuffen lassen und beschleunigt Infrastrukturprojekte

Von Steve Remesch

Luxemburg. „Wir haben die Pandemie nicht gebraucht, um zu wissen, dass Radfahren die Antwort auf viele Probleme darstellt“, erklärte Mobilitätsminister François Bausch (Déi Gréng) jüngst auf einer internationalen Videokonferenz (siehe Kasten rechts). Die Pandemie habe gezeigt, wie Menschen sich instinktiv dem Fahrrad zugewandt hätten. Selbst in einem Land wie Luxemburg, in dem fast jeder Erwachsene ein eigenes Auto besitze, habe es einen Ansturm auf Fahrradgeschäfte gegeben.

„Während dem Lockdown stellten sie dann fest, dass ihnen plötzlich viel mehr Platz im öffentlichen Raum zustand“, fährt Bausch vor internationalem Forum fort. Wohl auch wegen der ausgedehnten Telearbeit seien weit weniger Autos unterwegs gewesen. „Als der Lockdown dann gelockert wurde, kehrten die Autos zurück und so zogen sich auch die Radfahrer an die wenigen Orte zurück, an denen sie in Sicherheit fahren konnten“, bedauert der Minister. Nun würden die Menschen aber gerne weitermachen wie vorher.

Nicht ohne Stolz zeigt François Bausch beim Webinar dann auch, welche großen Projekte sein Ministerium derzeit in Luxemburg in Planung hat – allem voran das derzeitige Steckenpferd, die schnelle Trambahn und die damit verbundene, 13 Kilometer lange Fahrradautobahn zwischen der Hauptstadt und Esch/Alzette. Allerdings, und das ist in Luxemburg durchaus bekannt, wird dieses Projekt frühestens 2028 und dann auch nur zwischen Cloche d'Or und Foetz fertiggestellt sein.

Fahrrad-Boom oder Fahrrad-Blase?

Dabei scheint klar, dass wenn nicht sofort und kurzfristig Veränderungen kommen, der Fahrrad-Boom in Luxemburg zur Fahrrad-Blase wird und platzt. Die Gelegenheit, wie im Ausland Pop-Up-Radwege einzuführen, auf denen nun aufgebaut werden könnte, wurde nicht genutzt. Sollte es nun bei Sonntagsreden und Versprechen bleiben?

Auf diese Frage und auf seinen Vortrag beim Webinar angesprochen, betont der Mobilitätsminister gegenüber dem „Luxemburger Wort“, dass man den Fahrrad-

Boom keineswegs verpuffen lasse. Ganz im Gegenteil: Man habe sich bemüht, die Arbeiten an einem Dutzend bestehender Projekte voranzutreiben, um diese binnen der nächsten zwei Jahre abzuschließen. Auf diese Weise soll die neue Dynamik aufgefangen werden.

Direkte Wege in die Stadt

So könne nun endlich die direkte Verbindung zwischen Walferdingen und der Hauptstadt fertiggestellt werden. Knackpunkt war das geplante Teilstück in Dommeldingen entlang der Eisenbahn über das ArcelorMittal-Gelände. Nun lägen aber sowohl die Genehmigung der Umweltverwaltung vor als auch ein Flächennutzungsvertrag des Grundeigentümers für 50 Jahre. Die Straßenbauverwaltung habe zudem bereits das Lastenheft für die Arbeiten fertiggestellt.

Auf eine direkte Verbindung zwischen Esch/Alzette und der Hauptstadt müsse indes nicht bis 2028 gewartet werden. Denn man habe eine provisorische Lösung ausgearbeitet. Beim Velosummer habe man nämlich festgestellt, dass der CR 169 zwischen Leudelingen und Steinbrücken lediglich für den öffentlichen Transport von Bedeutung sei, sodass man nun eine endgültige Sperrung ins Auge fasst. Dann würden nur noch kleinere Puzzlestücke fehlen, um binnen maximal 18 Monaten einen direkten und sicheren Radweg zwischen Esch und der Hauptstadt anbieten können.

Beschleunigt werde nun auch der Bau des geplanten Expresswegs zwischen Bettemburg und Luxemburg-Stadt. Hier plant das Ministerium, aus dem von der CFL eingerichteten provisorischen Radweg eine Dauerlösung zu machen. Die Genehmigungen würden ohnehin bereits vorliegen und der neue Verlauf habe sich zudem als besser geeignet entpuppt, als der ursprünglich geplante. Gute Nachrichten gebe es auch zur PC 27 zwischen dem Bahnhof Cents, Sandweiler und Contern: Hier sei man dabei Zugriff auf die letzten erforderlichen Grundflächen zu bekommen. Zudem arbeite man auch mit der Gemeinde Hesperingen an einer Anbindung an diesen neuen Radweg.

Ebenfalls gemeinsam mit der Gemeinde Hesperingen fasse man derzeit die Errichtung der PC 11 ins Auge, die bald Hassel und Alzingen verbinden soll. Auch hier habe nämlich der Velosummer gezeigt, dass eine Sperrung des CR 154 kein echtes Problem darstelle. Zusammen mit der Straßenbauverwaltung prüfe man derzeit die Machbarkeit einer solchen permanenten Sperrung für den Allgemeinverkehr.

Zur Fertigstellung der PC 32 zwischen Bridel, Strassen und Eich habe man indes alle Obstakel ausräumen können.

Von der Vennbahn bis in den Süden

Im Norden werde zudem der Ausbau der Vennbahn zwischen Uffingen und Clerf vorangetrieben, der parallel zur Transversale von Clerf verlaufe. „Zwar sind hier noch nicht alle Hürden überwunden, aber wir können jetzt Gas geben“, betont Bausch. Von Clerf aus sei man dann bald schnell über Eitelbrück im Süden des Landes.

Im tiefen Süden meldet Bausch Fortschritte bei der PC 8 zwischen Esch und Belval, wo die Genehmigung des Umweltamts nun vorliege, eine Konvention mit ArcelorMittal unterzeichnet sei und die Straßenbauverwaltung einen besseren Zugang ins Zentrum von Esch analysiere. Voran werde es nun auch auf der PC 8 zwischen Beles und Niederkorn gehen, wo ein Baum die Pläne gestoppt habe.

Auch könne nun die Verbindung entlang der N17 zwischen Bleesbréck und Gilsdorf gebaut werden. Und für die PC 22 zwischen Bleesbréck und Fouren leite man jetzt die Enteignungsprozedur ein. Zu guter Letzt gebe es auch bei der PC 21 zwischen Goebelsmühl und Kautenbach Fortschritte. Hier müsse man die Pläne nach Einwänden des Wasserwirtschaftsamts zwar überarbeiten, man sei aber zuversichtlich.

In Kürze zwei Einweihungen

Darüber hinaus werde im Frühjahr der Radweg zwischen Mersch und Schoenfels eingeweiht und im Januar bereits jener in der hauptstädtischen Avenue de la Liberté. „Wenn die Stadt Luxemburg dann auch noch den Radweg vom Stadtpark auf den Boulevard Prince

Henri verlegt, dann gibt es eine sichere Verbindung für Radfahrer zwischen dem Bahnhof und Kirchberg“, meint François Bausch. „Diese wird dann sehr schnell so attraktiv werden, dass der Radverkehr erheblich zunimmt.“ Mit der Gemeinde müsse man dann überlegen, wie man die Radfahrer sicher aus den Stadtvierteln zu dieser zentralen Achse bekomme.

Auch ansonsten verspricht Bausch, Bürgermeister bei der Planung künftig stärker zu unterstützen. „Das Fahrrad wird bei den nächsten Kommunalwahlen eine weitaus größere Rolle spielen, als

in der Vergangenheit“, meint er abschließend. „Wer nicht versteht, dass wir die Städte den Menschen zurückgeben müssen, der wird bald das Nachsehen haben.“

Webinar: Die Pandemie als Beschleuniger

Das Ross Center für nachhaltige Städte des US-amerikanischen World Resources Institute (WRI) hatte kürzlich gemeinsam mit dem Luxemburger Mobilitätsministerium ein internationales Online-Diskussionspanel organisiert. Dabei führte etwa der beigeordnete Bürgermeister von Paris, David Belliard, vor,

wie die Pandemie genutzt wurde, um das Zentrum der französischen Hauptstadt quasi im Handumdrehen, aber dauerhaft in eine durchweg fahrradfreundliche Stadt zu verwandeln. Als prominenter Gastredner war auch der dänische Städteplaner Mikael Colville-Anderson eingeladen, der dafür bekannt ist, das Kopenhagener Modell in alle Welt zu exportieren. Die Aufzeichnung des Webinars „Cycling as a Mobility Solution for Challenging Times“ steht auf der WRI-Webseite zur Ansicht bereit:

► <http://bit.ly/WRIpanel>

Neue Lobbyisten bringen Bewegung ins Spiel

Bei dem internationalen Diskussionspanel hat Mobilitätsminister François Bausch keinen Hehl aus seiner Freude darüber gemacht, dass die Pandemie auch zu Entstehung einer ganz neuen Radfahrer-Lobby geführt hat. „Diese Menschen wollen die Freiheiten, die sie während dem Lockdown entdeckt haben auch weiter beanspruchen“, erklärte Bausch. „Sie wollen sicher Radfahren und das nicht nur auf touristischen Sightseeing-Touren über Land, sondern jederzeit und überall.“

Daran, dass derartige Rückhalt dem Minister sehr zupass kommt, lässt Bausch keinen Zweifel. „Wir müssen deren Traum nun Wirklichkeit machen“, betont er. „Radfahren ist eine der schönsten Möglichkeiten, um frei zu atmen. Und die Welt muss mehr denn je atmen.“

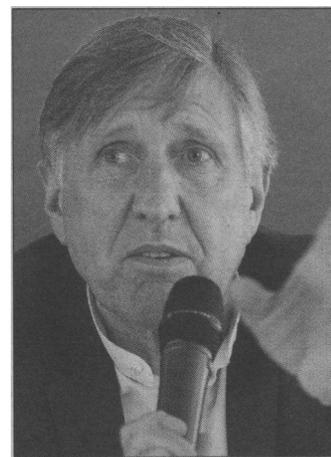
Doch wer ist diese Lobby, von der François Bausch seinen Amtskollegen

erzählt? Zum einen gibt es sie teilweise schon länger, zum anderen ist sie weit bodenständiger: Sie zielt nicht etwa auf die freie Welt ab, sondern auf konkrete Veränderungen auf lokaler Ebene – und organisiert sich über soziale Medien.

Mobilisierung über soziale Medien
Während traditionsreiche Bewegungen wie Critical Mass in Luxemburg ums Überleben kämpfen und die altingesessene Lëtzebuerger Vélosinitiative, (LVI), die sich inzwischen Pro-Velo.lu nennt, soziale Medien gerade erst zu entdecken scheint, leisten andere die Vorarbeit: So etwa @Luxembourgize, ein anonymer Aktivist mit ausgeprägtem Fachwissen, der seit Jahren via Twitter auf Infrastruktur-schwächen und Lösungsansätze für mehr Sicherheit für Fußgänger und Radfahrer aufmerksam macht.

Die neuen Mitspieler sind indes vorrangig lokal angesiedelt und es gelingt ihnen, zu mobilisieren: Vélo Dideleng und E(s)ch biken sind im Süden des Landes aktiv, Siggy the Cyclist in der Autofestung Luxemburg.

Bausch ermutigt deren Vorgehen im LW-Gespräch: „Wer es fertigbringt, spontan binnen 24 Stunden mehr als 100 Radfahrer zu mobilisieren, der führt auch eine nationale Fahrraddemo zu einem großen Erfolg“, meint er. „Und kann dann vielleicht auch dort etwas bewirken, wo es derzeit noch Widerstände gibt.“ Es sei daher auch wichtig, dass sie sich mit ihren konkreten Forderungen bei den jeweiligen Bürgermeistern bemerkbar machen. Allerdings, mahnt Bausch, sollten die neuen Aktivisten auch die Mühen der Kommunen loben. Eine positive Unterstützung sei ebenso wichtig wie Kritik. str



François Bausch will die Dynamik des Fahrrad-Booms nutzen.

Horizont 2035

Minister Bausch stellt Nationalen Verkehrsplan Ende nächsten Jahres vor

LUXEMBURG

PATRICK WELTER

Nachdem jetzt ziemlich klar ist, dass die Überland-Trambahn zwischen der Hauptstadt und Esch/Alzette kommen wird, fragt man sich in anderen Ecken des Landes, wie es mit ähnlichen Projekten aussieht. Genaue Auskunft über den Stand der Dinge wollten die beiden sozialistischen Abgeordneten Francine Closener und Cécile Hemmen, auf dem Wege einer detaillierten parlamentarischen Anfrage an Mobilitäts- und Bauminister François Bausch, haben

Nach der Vorstellung der Tramstrecke nach Esch habe der Minister von zwei weiteren Trambahnstrecken in der Hauptstadt gesprochen, insbesondere über eine via Arloner Straße nach Strassen.

Der Koalitionsvertrag 2018-2023 sehe vor, die besten Verkehrslösungen auch für andere Trassen zu analysieren, etwa in Richtung Munsbach, in Richtung Echternach, in Richtung Tossebiertg oder zwischen Düdelingen und Bettemburg.

Die LSAP-Abgeordneten wollten nun wissen, ob die bereits angesprochenen Strecken untersucht wurden und eine Analyse der geeignetsten Lösungen und der Art der Verkehrsmittel begonnen oder sogar abgeschlossen wurde? Wenn ja, wie sehen die Schlussfolgerungen aus? Wenn nein, warum wurden diese Analysen noch nicht begonnen? Wann sollen sie durchgeführt werden?

Kann der Minister in Bezug auf den Ausbau der Straßenbahn nach Strassen einen

Zeithorizont nennen? Wäre es nicht sinnvoll nicht nur bis zum Tossebiertg (Schulzentren) sondern bis zum Autobahnanschluss Mamer-Capellen auszubauen. Eine Überlegung, die der Minister selbst mehrfach vorgebracht habe?

Verkehrsplan35 kommt Ende 2021

Die Antwort aus dem Mobilitäts- und Bauministerium klingt ein wenig unwirsch. Die im Koalitionsprogramm vorgesehenen Analysen, um die beste Verkehrsverbindung auf den verschiedenen Trassen zu finden, würden mit dem „Plan National de Mobilité“ (PNM35) im vierten Quartal 2021 vorgestellt.

Bausch meint, dass es nicht darum gehe, einzelne „Flaschenhälse“ zu beseitigen, sondern das Große und Ganze zu sehen, und sich auch nicht davon beeinflussen zu lassen, welches Verkehrsmittel gerade „en vogue“ ist. Die Frage sei einfach: Was passt wo am besten? Außerdem gebe es neben dem Staat noch drei weitere Akteure in Verkehrsfragen – Kommunen, Arbeitgeber und die Bürger.

Die in Angriff genommene schnelle Trambahnverbindung nach Esch, stehe bildlich für ein multimodales Transportsystem. Nicht jedes Dorf brauche eine Trambahnhaltestelle, aber jede Region ein passendes Transportmittel. Zum Ausbauprogramm gehören rund 20 Straßenbauprojekte, die Neuorganisation der Überlandbusse, etli-

che Knotenpunkte zum Umsteigen von dem einen auf das andere Verkehrsmittel, zum Teil mit einem P&R, ein Bündel von grenzüberschreitenden Schnellbusverbindungen sowie weitere Fernradwege.

Die Umsetzung des „Plan National de Mobilité“ (PNM35) setze natürlich auch ausreichende budgetäre Mittel voraus – schlicht formuliert: Es wird nicht alles möglich sein.

Konkretes: Ende 2022

Ende 2022 will Minister Bausch dem Regierungsrat Vorprojekte zum Ausbau des Trambahnnetzes mit einem dazugehörigen Finanzierungsgesetz vorlegen. Dazu gehören:

Eine Verbindung zwischen der Innenstadt und einem Knotenpunkt in Strassen, in der direkten Nähe zum Klinikkomplex CHL.

Eine weitere Trambahnlinie auf dem Kirchberg. Nach Norden versetzt, zwischen dem Boulevard Adenauer und

der Luxexpo, die die zukünftigen Wohngebiete „Laangfuhr“ und „Kuebebiertg“ erschließen soll.

Eine Linie vom Bahnhof zur projektierten „Porte de Hollerich“.

Die schon vorgestellte Verbindung von der „Cloche d’Or“/Kockelscheuer zu den neuen Stadtvierteln auf der Industriebrache Esch-Schiffingen. ●

„Neben dem Staat gibt es noch drei weitere Akteure in Verkehrsfragen: Kommunen, Arbeitgeber und die Bürger“

FRANÇOIS BAUSCH Mobilitäts- und Bauminister

Der nächste Schritt

Vor rund drei Jahren wurde das erste Teilstück der Tram in Betrieb genommen. Ab Mitte Dezember wird die Trasse durch das Stadtzentrum bis zum Bahnhof fahren. Im Interview spricht Luxtram-Generaldirektor André Von Der Marck über diesen wegweisenden Schritt und die Zukunft.

Sind Sie eigentlich erleichtert, dass Mitte Dezember die Tram durchs Zentrum fährt und folglich die Bauarbeiten abgeschlossen sind?

Ich würde nicht sagen erleichtert, eher glücklich, dass wir das Angebot des öffentlichen Transports erweitern und es für die alltägliche Nutzung freigeben können. Das Bedürfnis ist groß und die Straßenbahn kann mit dem neuen Teilstück ihre Rolle als öffentliches Verkehrsmittel im Stadtzentrum voll ausspielen. Darüber freue ich mich, auch wenn aufgrund der aktuellen Corona-Krise der öffentliche Transport weniger genutzt wird.

Sie sind also nicht erleichtert, dass die komplizierten Arbeiten jetzt zu Ende gehen?

Natürlich war dieses Teilstück im Stadtkern komplizierter als andere. Man muss aber auch in Betracht ziehen, dass im Zentrum mit den Bauarbeiten von der Tram auch alles andere erneuert wurde: Bürgersteige, Fahrradpisten, die unterirdischen Netzwerke wie Wasser, Abwasser, Glasfaser, Gas, Strom etwa und jetzt alles auf dem neuesten Stand ist. Solche Arbeiten mit vielen Anrainern und Geschäften sind natürlich nicht einfach. Auch, weil aufgepasst werden muss, dass jeder noch in sein eigenes Zuhause kommt und die Geschäfte geöffnet haben können.

Inwiefern hat Ihnen das gesammelte Know-How durch den Bau der ersten Teilstrecke hierbei geholfen?

Wir haben Erfahrungen gesammelt, zusammen mit den Verantwortlichen der Gemeinde, der Straßenbauverwaltung und so gab es einen Pool von Architekten und Ingenieuren, die genau wussten, was es bedeutet, eine Tram zu bauen. Wir sind den Abschnitt im Zentrum also mit einer gewissen Vorkenntnis angegangen. Auch, wenn die Koordination der Arbeiten nicht immer ganz so einfach war, sind die Arbeiten meiner Meinung nach global gesehen recht gut verlaufen.

Es gab dennoch Anfragen auf Entschädigungen...

Insgesamt wurden 41 Dossiers eingereicht, davon kam es bei sechs von diesen bereits zu der Aus-

zahlung einer Entschädigung, siebzehn wurden verworfen und die anderen werden aktuell noch behandelt. Die Dossiers werden alle genauestens analysiert und gegebenenfalls kommt es zu einer finanziellen Entschädigung. Es ist in meinen Augen eine Premiere in Luxemburg, dass für Unannehmlichkeiten bei Bauarbeiten Entschädigungen ausbezahlt werden.

Ist die Anzahl der Anfragen in ihren Augen hoch, im Vergleich zu Straßburg oder Nizza, wo Sie auch den Bau der Tram koordiniert haben?

Dies ist schwer zu sagen, es hängt natürlich auch immer von den einzelnen Städten ab und davon, wo die Tram langfahren soll. In Straßburg gab es eine groß angelegte Entschädigungsaktion, auch weil viel mehr Geschäfte vom Bau betroffen waren. Es wurde für die Entschädigungen allerdings mit ganz ähnlichen Regeln wie in Luxemburg vorgegangen.

Wie wirkt sich die Corona-Krise auf die Anzahl der transportierten Passagiere aus und welche Projektionen gibt es mit dem neuen Teilstück für das kommende Jahr?

Vor der Pandemie haben wir zwischen 30.000 und 33.000 Passagiere pro Tag befördert. Momentan liegen wir mit 16.000 bis 18.000 Kunden bei etwa der Hälfte. Der Einfluss der Krise ist also deutlich zu bemerken, während des Lockdowns war die Zahl der täglichen Passagiere sogar bis auf 3.000 gesunken. Dies nur um zu zeigen, dass ich in der aktuellen Lage unmöglich einschätzen kann, was in einem Monat oder nächstes Jahr ist.

Der Abschluss von Arbeiten bedeutet auch der Beginn von neuen...

Der Ausbau in Richtung Gasperich oder zumindest die Vorbereitungsarbeiten haben allerdings bereits begonnen. Zum Beispiel ist die Straßenbauverwaltung dabei, den „pont Büchler“ neu zu machen und für die Tram fit zu machen. Luxtram selbst wird mit den Arbeiten am Ausbau im April des kommenden Jahres beginnen.

Bislang haben Sie es immer geschafft den angegebenen Zeitplan für die Arbeiten einzuhalten. Sind Sie in dieser Hinsicht zuversichtlich für die zukünftigen Teilstücke?

Ich hoffe doch sehr. Luxtram hat sich engagiert, sowohl die Deadlines wie auch die Kosten einzuhalten. Das hat Priorität. 2022 soll der nächste Abschnitt in Betrieb genommen werden, das werden wir schaffen. Was den weiteren Ausbau angeht, so wird im nächsten Jahr mit dem Bau der Brücke über die Autobahn angefangen, um später mit der Tram zum Flughafen zu kommen.

2017 wurde der erste Abschnitt in Betrieb genommen, jetzt wird ein zweiter großer Teil für Fahrgäste dazukommen. Worauf sind Sie besonders stolz?

Ein erster Abschnitt ist immer etwas Besonderes, vor allem wenn man ein neues Transportmittel in einer Stadt anbieten kann. Ich bin aber vor allem froh, dass wir es geschafft haben, die Infrastruktur und die Firma aufzubauen. Als ich 2014 nach Luxemburg kam, bestand Luxtram aus neun Mitarbeitern, heute sind es knapp 150. Wir bilden unsere Fahrer selbst aus, warten das Material und haben damit das Know-How erschaffen, eine moderne Tram in Luxemburg zu betreiben. Die Tram ist nicht nur durch den Bau spannend, sondern auch durch alle diese anderen Faktoren.

Die Stimmen der Tram-Skeptiker, die es zu Beginn gab, sind verstummt. Sehen Sie das auch so?

Das ist ein Klassiker. Ich habe das Gleiche in Straßburg und in Nizza erlebt, auch dort ist die Tram aber mittlerweile ein Riesenerfolg. In Straßburg sind die Gegner, als die Straßenbahn dann gefahren ist, vollständig von der Bildfläche verschwunden und dies, obwohl sie vorher regelmäßig ihren Platz in den Medien hatten. Ich sehe das so: So lange man sich nur gegen eine Idee oder ein angedachtes Projekt wehren muss, ist es recht einfach, Gegenargumente, die noch nicht mal immer wahr sind, zu finden. Wenn allerdings etwas zur Realität geworden ist, wird diese Argumentation weitaus schwieriger.

Der Transportminister hat den Bau einer schnellen Tram in Richtung Esch vorgestellt. Wird Luxtram diesen Bau koordinieren?

Wir stehen der Luxemburger Regierung zur Verfügung um zu helfen, dieses Projekt zu realisieren. Und natürlich interessiert uns diese schnelle Tram. Es ist ein innovatives Projekt mit großen Ambitionen. Wenn Luxtram beim Bau helfen kann oder sogar den Bau selbst verwirklichen würde, wären wir natürlich glücklich. Auf jeden Fall haben wir die technischen Kapazitäten, ein solches Projekt zu leiten.

Text: **Hubert Morang**

„Natürlich war dieses Teilstück im Zentrum der Stadt komplizierter als andere.“

André Von Der Marck



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

WISSENSCHAFT, BILDUNG UND KULTUR

„Neue Dynamik in den Bildungssystemen“

Der luxemburgische EU-Kommissar Nicolas Schmit über notwendige Kompetenzen für die digitale Arbeitswelt

Interview: Thomas Klein

Die Digitalisierung der Arbeitswelt schreitet voran und wird von der aktuellen Krise noch beschleunigt. Der Luxemburger Nicolas Schmit, EU-Kommissar für „Beschäftigung und soziale Rechte“ äußert sich im Gespräch mit dem „Luxemburger Wort“ anlässlich der „European Vocational Skills“ über die notwendigen Kompetenzen für den Arbeitsmarkt der Zukunft und wie die Europäische Union den digitalen Wandel ohne soziale Verwerfungen gestalten kann.

Nicolas Schmit, in Umfragen geben 40 Prozent der europäischen Arbeitgeber an, dass sie nicht die richtigen Mitarbeiter mit den passenden Fähigkeiten finden. Auf der anderen Seite haben wir aber in Europa vielerorts eine hohe Jugendarbeitslosigkeit. Wie erklären Sie sich die offensichtliche Diskrepanz zwischen den vorhandenen Kompetenzen und den Anforderungen am Arbeitsmarkt?

Dieser Mismatch ist ja an sich nichts Neues, das finden Sie überall in Europa, auch in Luxemburg. Die Gründe sind verschiedenartig und fangen schon in der Schule an. Manchmal sogar vorher, wenn die Kinder nicht hinreichend auf die Schule vorbereitet werden. Man kann eine zunehmende Polarisierung des Arbeitsmarktes beobachten, mit einem Rückgang der mittleren Qualifikationen, einem starken Anstieg der Hochqualifizierten und einem langsamen Anwachsen der gering- und unqualifizierten Arbeitnehmer. Das Problem wird durch die Digitalisierung und die Auswirkungen der aktuellen Krise, die den technologischen Wandel zusätzlich beschleunigt, noch verschärft. So ist das Problem besonders im digitalen Bereich sehr aktuell. Dort haben wir schätzungsweise eine Million Positionen in Europa, die nicht besetzt werden können.

Verschiedene Studien gehen davon aus, dass durch Digitalisierung und Automatisierung ein gewisser Teil

der bestehenden Jobprofile obsolet werden könnten. Wie schätzen Sie die Gefahr für den Arbeitsmarkt ein?

Die OECD spricht beispielsweise davon, dass zehn bis bis 15 Prozent der bestehenden Arbeitsplätze verschwinden werden. Wir werden sicherlich einen Verlust von Arbeitsplätzen haben. Auf der anderen Seite wird es natürlich durch die Digitalisierung auch neue Arbeitsplätze geben, die wir heute zum Teil noch gar nicht kennen. Da diese Entwicklung sich so extrem rasch vollzieht, ist es natürlich schwierig, Leute auf Jobs vorzubereiten, die es noch nicht gibt. Das heißt, dass wir eine ganz neue Konzeption brauchen, wie Ausbildung stattfinden soll und organisiert wird. Noch stärker als bisher müssen wir Arbeitnehmern die Möglichkeit bieten, sich weiterzubilden und neue Kompetenzen zu erwerben. Dies hilft gegen die Verunsicherung und Angst vieler Menschen in dieser Transitionsperiode.

Welche Kompetenzen werden notwendig sein, um auf dem Arbeitsmarkt unter diesen Bedingungen zu bestehen?

Wir müssen jungen Menschen nicht nur Wissen vermitteln, sondern vor allem die Fähigkeit, sich immer neues Wissen anzueignen. Es gibt natürlich Schlüsselkompetenzen, die man einfach braucht. Dazu gehören natürlich ein gutes Sprachniveau, mathematische Fähigkeiten, aber immer mehr auch Grundkenntnisse im Bereich der Digitalisierung, das wird zunehmend wie das kleine Einmaleins. Aber auch Soft Skills wie kreatives Denken und Teamarbeit müssen gefördert werden.

Inwiefern wird die aktuelle Krise diese Entwicklung am Arbeitsmarkt beschleunigen?

Wir gehen jetzt durch eine schwierige Periode, besonders für Jugendliche in Europa. Die sind die ersten Opfer dieser Krise, weil Be-

triebe natürlich weniger einstellen und ausbilden. Und das hat natürlich schon fast dramatische Konsequenzen, besonders in den Ländern, wo Jugendarbeitslosigkeit sowieso schon sehr hoch war.

Bildung und Ausbildung ist ja vor allem die Sache der Mitgliedsstaaten. Inwieweit kann denn die Europäische Union diesen Prozess begleiten und unterstützen?

Die EU-Kommission will nicht in die Bildungssysteme der Staaten eingreifen und bestimmen, wie diese zu organisieren sind. Wir können aber dabei helfen aufzuziehen, wo die großen zukünftigen Herausforderungen liegen, welche bewährten Lösungen und erfolgreichen praktischen Ansätze es gibt, die man vielleicht auch von anderen Ländern übernehmen könnte. Dann werden wir erfolgversprechende Initiativen finanziell fördern und so entsprechende Anreize setzen. Das gilt natürlich für die öffentlichen Bildungssysteme, aber auch für Unternehmen.

Es gibt heute bereits eine Kluft, zwischen Menschen, die Zugang zu digitaler Bildung haben, und solchen, die den Anschluss zu verpassen drohen. Das kann an fehlender Bildung liegen, am Einkommen oder am Alter. Wie kann vermieden werden, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen bei dem technologischen Wandel auf der Strecke bleiben?

Für Menschen, die den Anschluss auf dem Arbeitsmarkt verlieren, kann die Digitalisierung eine Katastrophe sein. Auf der anderen Seite ist das aber auch ein Verlust für Wirtschaft und Gesellschaft, wenn wir vorhandene Talente aus sozialen Gründen nicht nutzen. Wenn wir also diese soziale Dimension des technologischen Wandels verkennen und nicht darin investieren, dass alle den gleichen Zugang zur Technologie haben, dann wird es viele Verlierer

geben, was unsere Gesellschaften auseinanderreißen könnte.

Können Sie konkrete Beispiele für Instrumente nennen, mit denen die EU Investitionen in die Entwicklung neuer Kompetenzen ankurbeln will?

Zum Beispiel können über 20 Prozent des Budgets des Europäischen Sozialfonds genutzt werden, um Leute auszubilden, weiterzubilden und neu zu orientieren. Zweitens haben wir in Verbindung mit der Krise ein großes Programm aufgelegt, die „Recovery and Resilience Facility“. Die 750 Milliarden Euro aus diesem Fonds sollen dazu dienen, nicht nur die Wirtschaft wieder auf Trab zu bringen, sondern auch zu modernisieren. Zu dieser Modernisierung gehören natürlich auch Investitionen in Kompetenzen.

In dieser Woche findet die „Vocational Skills Week“ statt. Wie können solche Events dazu beitragen, diese Herausforderungen anzugehen?

Wir werden etwa 800 Events in Europa haben, an denen Lehrlinge, Unternehmer sowie Vertreter von Bildungseinrichtungen, Berufskammern und so weiter teilnehmen, um über die Zukunft von Berufsausbildung und Weiterbildung zu diskutieren. Im Rahmen solcher Veranstaltungen kann die EU dazu beitragen, eine neue Dynamik in die nationalen Systeme hineinzubringen, wenn die Verantwortlichen sich darüber austauschen, was zum Beispiel besonders gut in Deutschland, in Schweden oder in Rumänien funktioniert und so voneinander lernen.

Es ist natürlich schwierig, Leute auf Jobs vorzubereiten, die es heute noch nicht gibt.



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

TOURISMUS UND GASTRONOMIE

Jeder Gast zählt

Corona stürzt Hotelbranche in die Krise – die Lage ist besonders in Luxemburg-Stadt angespannt

Von Mara Bilo

Die Geschäftsleute fehlen, die Touristen sowieso – die Hotelbranche ist wegen der Corona-Pandemie in eine tiefe Krise geraten. Viele befinden sich in ernststen finanziellen Schwierigkeiten; bei Hotels in Luxemburg-Stadt ist sogar die Rede von Umsatzeinbußen von bis zu 80 Prozent. Während einige Betriebe noch einigermaßen im Sommer über die Runden gekommen sind, hat sich ihre Lage mit der derzeit wütenden zweiten Welle drastisch verschlechtert. Ob alle Adressen die Corona-Schockwelle überleben werden, ist noch ungewiss. „Es könnte sein, dass das eine oder andere Hotel die Türen schließen muss“, sagt der Generalsekretär des Verbandes der Hoteliers, Restaurantbesitzer und Cafetiers (Horesca), François Koepf. „Aber für eine Einschätzung ist es noch zu früh.“ Vieles hängt auch davon ab, wie sich die Lage im Ausland entwickelt, so Koepf.

„Der Monat Oktober war katastrophal“, sagt Marc Schwamberger. Er ist der Geschäftsführer des Hotels Park Inn by Radisson in Luxemburg-Stadt. Die Bettenauslastung liege im Schnitt bei 15 bis 30 Prozent, die Preise habe er um etwa 30 Prozent senken müssen. Für Hotels, die sich in der Hauptstadt befinden, eine besonders kritische Situation, denn: Die Mieten sind vergleichsweise hoch, so Schwamberger. „Für Hoteliers, die nicht Eigentümer der vier Wände sind, schlägt das zu Buche.“ Für das gesamte Jahr 2020 geht er von einem Gesamtumsatzverlust von mehr als 70 Prozent aus – „und diese Prognose habe ich vor der Verschärfung der Corona-Maßnahmen der vergangenen Tage abgegeben.“

Selbst im Vergleich zum Ausland schneide die Luxemburger Hotelbranche schlecht ab, sagt der Geschäftsführer. Sein Hotel ist Teil der Radisson Hotelgruppe; als Chef einer Franchise in Luxemburg steht er im ständigen Kontakt mit anderen Hoteliers der Gruppe. „In deutschen Großstädten liegt die Bettenauslastung noch bei 40 bis 50 Prozent“, sagt Schwamberger. Der Geschäftstourismus ist in Luxemburg komplett eingebrochen – „große Teile der nationalen Wirtschaft können ja vom Homeoffice aus weiter arbei-

ten“. Selbst auf größere Veranstaltungen der EU-Institutionen, die regelmäßig in Luxemburg organisiert werden, konnten sich die Hotels dieses Jahr nicht verlassen. „Kongresse, Seminare, Messen – alles abgesagt oder verschoben“, stellt Schwamberger fest.

Alles Anfang ist schwer

Eine ähnliche Erfahrung macht derzeit Marcel Goeres. Die von ihm gegründete Hotelgruppe – ihm gehört unter anderem das Hotel Parc Belair in Luxemburg-Stadt – empfängt ebenfalls kaum noch Gäste, wie er erklärt. Seine Hotels in der Hauptstadt sind auf den Besuch von Geschäftsleuten angewiesen; sie machen einen großen Teil der Kundschaft aus. Bei ihm liegt die Bettenauslastung je nach Hotel zwischen zehn und 25 Prozent; für das laufende Jahr rechnet er damit, dass er bei 27 Prozent des eigentlichen Umsatzes liegen wird.

Für Goeres stellt sich zudem das Problem, dass seine Einnahmen in der Gastronomie ebenfalls weggebrochen sind – wenige Besucher in den Hotels heißt schließlich weniger Gäste für die Restaurants. „Die Situation ist derzeit sehr schwierig“, sagt er. Wie es ausgehen kann, zeigt sich am Beispiel „La Pomme Cannelle“: Vor Kurzem wurde bekannt, dass das Gourmetrestaurant im Hotel Le Royal bis auf Weiteres die Türen schließen muss. Der Grund: die fehlende Kundschaft.

Auch für Neuankömmlinge ist die Situation schwierig. Im vor ein paar Monaten eröffnete Graace Hotel lassen die Kunden auf sich warten, so Geschäftsführer Steve Krack. „Wir empfangen fast keine Gäste aus dem Ausland“, sagt er. Ob Urlauber oder Geschäftsleute – jedes Mal wenn die Regierung das Wort ergreift und sich für eine Verschärfung der Corona-Maßnahmen entscheidet, häufen sich die Stornierungen. Ein paar neugierige Besucher aus Luxemburg gibt es zwar schon, erklärt Krack. „Diese Gäste nutzen ihren Iwwernuechtungsbon.“ Damit scheinen die im Sommer von der Regierung verteilten Tourismusgutscheine zumindest einen kleinen Teil der Umsatzeinbußen wettzumachen. Von den insgesamt mehr als 730 000 ausgeteilten Gutscheinen wurden bereits mehr als 68 000 eingelöst, so die Generaldirektion für Mittel-

stand. Minister für Mittelstand Lex Delles (DP) zeigte sich in einer Antwort auf eine parlamentarische Frage zufrieden mit diesem Ergebnis: „Auf der einen Seite haben wir es fertig gebracht, mehr Bürger dazu zu motivieren, ihr eigenes Land neu zu entdecken, auf der anderen Seite konnten wir durch diese Aktion die Übernachtungsstrukturen in dieser Krise unter die Arme greifen.“

Im Schnitt liegt die Bettenauslastung im Graace Hotel bei zehn bis 15 Prozent. „Maximal“, betont Steve Krack. In seinem Hotel muss die Bettenauslastung bei mindestens 35 Prozent liegen, um das Rentabilitätsniveau zu erreichen. „Da habe ich noch Glück; bei anderen Strukturen müssen es viel mehr Betten sein“, weiß Krack aus Erfahrung.

Ungewisse Zukunft

Die Hotelbetreiber sind sich einig: Die Kurzarbeit-Maßnahmen sind weiterhin notwendig. Ein Teil der Belegschaft ist aktuell immer noch zu Hause. „Kurz- bis mittelfristig ist Kurzarbeit eine absolut unerlässliche Maßnahme“, sagt Marcel Goeres. „Für die nächsten Monate muss es weiterhin möglich sein, auf solche Hilfen zurückgreifen zu können – sonst werden es viele Betriebe nicht schaffen.“ Dennoch werden in vielen Unternehmen bereits Entlassungen in Erwägung gezogen. Der Grund: Der Staat übernimmt zwar 80 Prozent des Gehaltes der Mitarbeiter in Kurzarbeit, nur fallen die Arbeitgeberbeiträge weiter an, wie Marc Schwamberger erklärt. „Langfristig können selbst diese Kosten nicht mehr getragen werden“, so auch Steve Krack. Dazu kommt, dass für diese Betriebe keine Erleichterung in Sicht ist: Mit einem Aufschwung rechnet der Chef vom Graace Hotel nicht vor März.

Die Hotelbetreiber zeigen sich aber erfinderisch in der Krise und setzen alles auf Digitalisierung. So konnte im Graace Hotel beispielsweise diese Woche der kontaktlose Check-in starten. „Alle unsere Prozesse sind ab sofort digital“, erklärt Steve Krack – eine physische Interaktion ist nicht mehr nötig, das Hotel ist mit sogenannten „smart locks“ ausgestattet. In der Hotelgruppe von Marcel Goeres

wurde in den vergangenen Monaten in modernste Technologien investiert, wie Goeres erklärt. „Die Corona-Krise hat die Digitalisierung der Hotelbranche beschleunigt.“ In seinen Hotels sei es nun für Geschäftsleute möglich, Seminare, Versammlungen, und Co. auch in digitaler Form zu organisieren.

Mit großer Besorgnis verfolgen die Hoteliers die aktuelle Coronalage: Angesichts der zuletzt rasant gestiegenen Zahlen könnte

die Regierung schon bald neue Verschärfungen bekannt geben – ein neuer Lockdown ist nicht ausgeschlossen. Viele Hoteliers rechnen sogar fest damit. „Ich befürchte, dass schwerwiegende neue Auflagen auf uns zukommen werden“, sagt Marcel Goeres. Marc Schwamberger arbeitet seinerseits bereits an einem Worst-Case-Szenario. „Es ist wichtig, gut vorbereitet zu sein, wenn strengere Maßnahmen kommen.“

Zahl des Tages

0,7

In der Woche vom 19. bis 25. Oktober blieb der Familienkreis mit 27,6 Prozent die häufigste Quelle unter den identifizierbaren Kontaminationsursachen, so das Gesundheitsministerium.

Der Anteil der Corona-Fälle, deren Ursprung nachweisbar in Verbindung mit dem Horeca-Sektor stand, lag bei 0,7 Prozent.

Die Horeca-Branche in Zahlen

Nach Angaben der Generaldirektion für Mittelstand gibt es in Luxemburg derzeit 228 Hotels, rund 900 Cafés und 1 650 Restaurants. Der Beitrag des Horeca-Sektors zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) liegt bei acht Prozent; insgesamt stehen rund 22 500 Arbeitsplätze in Ver-

bindung mit der Branche (davon sind 20 500 Vollzeitbeschäftigte). Die von vielen Experten befürchtete Pleitewelle im Horeca-Sektor ist noch nicht in Luxemburg angekommen: Zwischen Januar und September 2020 wurden in Luxemburg 71 Pleiten verzeichnet – dagegen stehen 112 Betriebe, die in diesem Zeitraum eine Niederlassungsgenehmigung erhalten haben. Grund

dafür können aber die verschiedenen Staatshilfen sein, die immer noch vielerorts die Betriebe der Branche unterstützen. Angesichts der Verschärfung der Corona-Maßnahmen werden einige Hilfen verlängert – beispielsweise der „Fonds de relance et de solidarité pour entreprises“, der sich auch an Betriebe der Horeca-Branche richtet.



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

VERSCHIEDENES

Was in Luxemburg ab heute verboten ist – und was noch geht

LOCKDOWN LIGHT Eine Übersicht

Frank Goebel

Die Chamber hat die neuen Maßnahmen im Kampf gegen das Coronavirus gebilligt. Diese Regeln gelten von heute an bis (mindestens) zum 15. Dezember.

PRIVATES

Die nächtliche Ausgangssperre wird verlängert: zwischen 23.00 Uhr und 6.00 Uhr darf man sich weiterhin nur aus besonderem Grund im öffentlichen Raum aufhalten.

Pro Haushalt sind nur noch Treffen mit maximal zwei Personen erlaubt, die ihrerseits ebenfalls aus einem Haushalt stammen müssen.

Bei Ansammlungen im öffentlichen Raum von vier bis zehn Personen müssen alle Beteiligten einen jeweiligen Abstand von zwei Metern einhalten und Masken tragen.

Bei Ansammlungen im öffentlichen Raum, bei denen zwischen zehn und 100 Menschen anwesend sind, müssen alle Beteiligten Masken tragen und sitzen – jeweils zwei Meter voneinander entfernt.

Versammlungen von mehr als 100 Menschen sind untersagt.

Für diese Regeln können Ausnahmen gemacht werden, zum Beispiel zur Durchführung von Märkten, Demonstrationen oder religiösen Riten (Beerdigungen).

GESCHÄFTE

Der Einzelhandel darf geöffnet bleiben. Hygiene- und Abstandsregeln sind einzuhalten.

Gesonderte Zugangskontrollen sind ab einer Verkaufsfläche von 400 Quadratmetern zu schaffen: Hier muss jeder Kunde zehn Quadratmeter Platz zur Verfügung haben (also darf, beispielsweise, ein 500 Quadratmeter großes Geschäft von maximal 50 Kun-

den gleichzeitig betreten werden).

GASTRONOMIE

Bars, Restaurants und andere Gaststätten: müssen schließen, aber: Essen zum Mitnehmen darf hergestellt werden, ebenso können Lieferdienste betrieben werden und damit auch mobile Einheiten („Food Trucks“).

Betriebskantinen müssen schließen.

Schul- und Universitätskantinen dürfen geöffnet bleiben.

Hotels dürfen Gäste aus jedem Grund (geschäftlich, privat) beherbergen und zudem Zimmerservice anbieten – Frühstückssäle dürfen allerdings nicht betrieben werden.

VERANSTALTUNGEN /

KULTUR

Filmvorführungen, Konzerte und Theaterstücke dürfen nicht stattfinden.

Messen und Salons dürfen nicht stattfinden.

Casinos müssen schließen.

Freizeitparks und ähnliche Einrichtungen sind zu schließen.

Konferenzen dürfen weiter stattfinden, allerdings ohne gemeinsame Mahlzeiten oder Kaffeepausen der Teilnehmer.

Museen, Kunstzentren, Bibliotheken und Nationalarchive dürfen weiter in Betrieb bleiben.

SCHULE / BILDUNG

In den Schulen wird für die oberen Klassen der Sekundarstufe II alter-

nierender Präsenz-Unterricht jeweils halber Klassen eingeführt, wobei aber die andere Klassenhälfte virtuell mit dabei ist – und nicht, wie im ersten Lockdown, nur Eigenarbeit zu Hause macht.

Mobile Teams führen vor Ort Tests durch, wenn es zu Infektionen einzelner Schüler gekommen ist.

Prüfungs-Taktungen werden von Trimester auf Semester umgestellt.

SPORT

Fitnessstudios müssen schließen.

Mannschaftsport ist nicht mehr erlaubt, es gelten Ausnahmen für Profisportler.

Sporthallen müssen schließen, lediglich für Schulen gelten Ausnahmen.

Schwimmbäder bleiben für Besucher geschlossen, lediglich für Schulen können Ausnahmen gelten.

Freiluft-Sportstätten (wie zum Beispiel Laufanlagen) können in Betrieb bleiben, gemeinsamer Sport mit bis zu vier Personen bleibt hier erlaubt.

TESTING

Wer Symptome hat oder sich aus anderen Gründen gezielt testen lassen will, wendet sich an die Labore von Bionext, Ketterthill oder der „Laboratoires réunis“. Zudem ist das öffentliche Testzentrum in Düdelingen von montags bis samstags von 10 bis 17 Uhr geöffnet.

Achtung: Für Kinder von zwei bis sechs Jahren muss ein PCR-Test unter www.ligue.lu vereinbart werden.

Spitäler sind Anlass zur Besorgnis

CORONA Gesundheitsministerin äußert sich bei RTL zur aktuellen Situation

Frank Goebel

In einem Gespräch mit RTL hat sich Gesundheitsministerin Paulette Lenert zur aktuellen Situation geäußert, das Vorgehen der Regierung verteidigt und erklärt, dass es bei einer Verschärfung der Maßnahmen nicht darum geht, einem Wirtschaftssektor den Prozess zu machen.

Heute wird Gesundheitsministerin Paulette Lenert gemeinsam mit Premierminister Xavier Bettel vor die Presse treten und wohl ankündigen, dass die Anti-Corona-Maßnahmen verschärft werden müssen. Das entsprechende Gesetzesprojekt hatte die Regierung ja bereits vergangene Woche auf den Instanzenweg gebracht.

Die Situation sei keinesfalls entspannt, so Lenert am Samstag gegenüber RTL: Zwar sei eine weitere drastische Zunahme der Fallzahlen in den vergangenen Tagen ausgeblieben – insgesamt seien die Zahlen aber immer noch auf einem stabil-hohen Level und außerdem zu „volatil“, also starken Schwankungen unterworfen. „Nach wie vor gibt es keine klare Tendenz nach unten“, stellt Lenert fest.

Prinzipiell glaube sie schon,

dass man mit dem softeren Vorgehen der vergangenen Tage und Wochen auch Chancen gehabt habe, bessere Zahlen zu erreichen. „Das hätte sicherlich auch in eine andere Richtung gehen können“, sagte die Ministerin im Radio.

„Es geht darum, Interaktionen einzuschränken“

Dass vor allem die Gastronomie betroffen sein wird, obwohl deren epidemiologische Bedeutung von vielen Experten als eher gering eingestuft wird, verteidigt Lenert: Das Infektionsgeschehen sei längst diffus und „kaum noch nachzuvollziehen“. Darum müsse es jetzt darum gehen, diese Bereiche auszuschalten, wo man noch ohne Maske und über längere Zeit zusammenkommen kann: „Es geht nicht darum, einem Sektor oder einer Aktivität den Prozess zu machen, sondern Interaktionen einzuschränken“, stellte Lenert klar. Das Gleiche gelte für den sportlichen Bereich. Natürlich sollten sich Menschen gerade in der jetzigen Zeit fit halten können – aber dazu müsse man sich ja nicht in Mannschaften trainieren oder Turniere bestreiten.

Bei allen Unwägbarkeiten hinsichtlich der Interpretierbarkeit von Testergebnissen gebe es einen Faktor, der klar zeige, wo man stehe: „Was uns im Endresultat besorgt, ist das, was in den Spitälern passiert“, sagte Lenert. Hier sei man zwar derzeit in einer Phase, die man eine Zeit lang vertreten könne – aber auch die derzeitigen Zahlen dürften nicht lange so bleiben. Und auch wenn man im Gegensatz zu Frankreich und Belgien gut dastehe, bestehe immer noch die Gefahr, dass die Situation in kurzer Zeit so selbstverstärkend eskaliert, dass die Krankenhäuser doch überlastet werden. (Laut dem jüngsten Wochenbericht sind derzeit fast die Hälfte aller verfügbaren Intensivbetten bereits mit Covid-19-Patienten belegt.)

Insgesamt hält Lenert die grundsätzliche Strategie für richtig, Maßnahmen zu ergreifen, die zwar die gesamte Bevölkerung treffen, dafür aber auch etwa älteren Menschen die grundsätzliche Teilnahme am gesellschaftlichen Leben weiter ermöglichen. In Ländern, wo man gezielt nur die besonders verletzlichen Menschen auch besonders intensiv schützt, werde es schnell „sehr brutal“.

Kliniken an der Grenze der Belastbarkeit

Mitarbeiter der Intensivstation am Centre hospitalier de Luxembourg berichten über die aktuelle Lage

Luxemburg. Der Kampf gegen das Corona-Virus sei „kein Sprint, sondern ein Marathon“, meinte Xavier Bettel kürzlich. Dem Vergleich würden wohl auch die Beschäftigten im Gesundheitswesen zustimmen. Ärzte, Pfleger und andere Mitarbeiter in den Kliniken stoßen seit Mitte März immer wieder an die Grenzen ihrer Belastbarkeit. Zuletzt ist die Zahl der Covid-19-Patienten wieder stark an-

gestiegen, auch die Todesfälle nehmen markant zu. Mittlerweile sind bereits 260 Personen in Luxemburg an oder mit dem Virus gestorben.

Gut acht Monate nach der ersten registrierten Covid-Infektion im Großherzogtum hat ein LW-Reporterteam vor Ort mit Mitarbeitern der Intensivstation des Cen-

tre hospitalier de Luxembourg (CHL) über die aktuelle Lage gesprochen. Es war eine Mischung aus Frust und Optimismus, die vor Ort zu vernehmen war. Für die Mitarbeiter der Unité 33 im Krankenhaus an der Route d'Arlon ist nicht nur die hohe Anzahl an Covid-Patienten auf der Intensivstation eine Herausforderung. Sondern auch, dass eine Entspannung derzeit nicht in Sicht ist.

Für Dr. Pit Braquet, Infektiologe am CHL, „werden die nächsten Tage entscheidend dafür sein, in welche Richtung es geht“. Der Arzt sieht jedoch Hoffnungsschimmer: Mit jedem Tag lerne man das Virus besser kennen. Und auch in Sachen Impfstoff gab es zuletzt positive Nachrichten.

► www.wort.lu/@chlreportage

jt/jmh